17

FREIRAUM

Bayerischer Frühling '87

ZU DIESER AUSGABE

Bevor wir was aktuell Neues sagen, müssen wir uns wieder auf das alte Spiel einlassen und auf die üblichen Aktionen der Schweine gegen die jeweils vorherige Nummer eingehen. Wie zu erwarten, gab es auch gegen die Nr. 16 einen "Beschlagnahmebeschluß", und zwar wegen § 90 b (Verunglimpfung des Bundesverfassungsgerichts), wegen der Bildcollage auf der Rückseite. Später kam noch § 129 a wegen der Dokumentation von verschiedenen Erklärungen ins Spiel. Genaueres weiß aber niemand, da es ja keine ausgehändigten Beschlagnahmebeschlüsse gibt, wir sind immer nur auf Vermutungen angewiesen.

Kurz nach Erscheinen der Nr.16 wurde im Zeitraum Dezember 1986 / Januar 1987 einen Monat lang sämtliche auf die Postlagerkarte Nr. 073396 A, 8000 München 34 eingehende Post spurlos eingesackt. Da es für die Postlagerkarte keine Verantwortlichen gibt, existiert auch hier kein uns zugänglicher Beschlagnahmebeschluß. Wer sich also über die Postlagerkarte mit uns in Verbindung setzen will, muß damit rechnen, daß die Post eingesackt oder zumindest kontrolliert wird. Wenn es mal keine Reaktion auf Bestellungen, Anfragen etc. gibt, muß das nicht unbedingt an der Schlampigkeit der Redaktion liegen.

Wir rufen allerdings trotzdem dazu auf, massenhaft Post an unsere öffentliche Adresse zu schicken. Es wird weiterhin die Postlagerkarte geben, da wir uns vom Staatsschutz nicht wie beabsichtigt in den "Untergrund" drängen lassen wollen. Neben materiell viel Post an die Postlagerkarte zur Unterstützung dieser Möglichkeit wollen wir so oder so möglichst viel Post erhalten, es geht uns um die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spektren des Widerstandes, d.h. verdammt nochmal, daß wir wie jede andere Zeitung des Widerstands überschüttet werden wollen mit Auseinandersetzungen, um den Kampf gegen diesen ScheißStaat voranzutreiben. Also beglückt uns mit Kritiken, Anregungen, Artikeln usw.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird es auch gegen diese Nummer einen "Beschlagnahmebeschluß" geben. Wenn sie in München nicht einmal mehr eine Infoveranstaltung zu Palästina zulassen, wenn sie jetzt noch den § 130 a zur Verfolgung speziell gegen Zeitungen haben, und da wir wissen, daß es ihnen besonders um die Zerschlagung unserer Kommunikationsstränge geht, dann ist klar, daß sie sich wieder einen Vorwand suchen und einen "Beschlagnahmebeschluß" zurechtschustern. Wir versuchen uns soweit wie möglich darauf einzustellen, und wir fordern hier nochmals die Wiederverkäufer auf, sich selbst auch was zu überlegen, damit die Strukturen dieser Zeitung im am leichtesten angreifbaren Bereich, das sind Buchhandlungen und Wiederverkäufer, sicherer werden.

Zu den in dieser Ausgabe enthaltenen Artikeln sagen wir hier mal nichts, was wichtig und unwichtig, was gut und schlecht ist, usw. dazu könnt und sollt ihr Euch selbst eine Meinung bilden. Konsumiert diese Zeitung nicht, sondern versteht die Artikel und Beiträge hauptsächlich als Diskussionsanreize und als reine Informationen. Diese Zeitung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

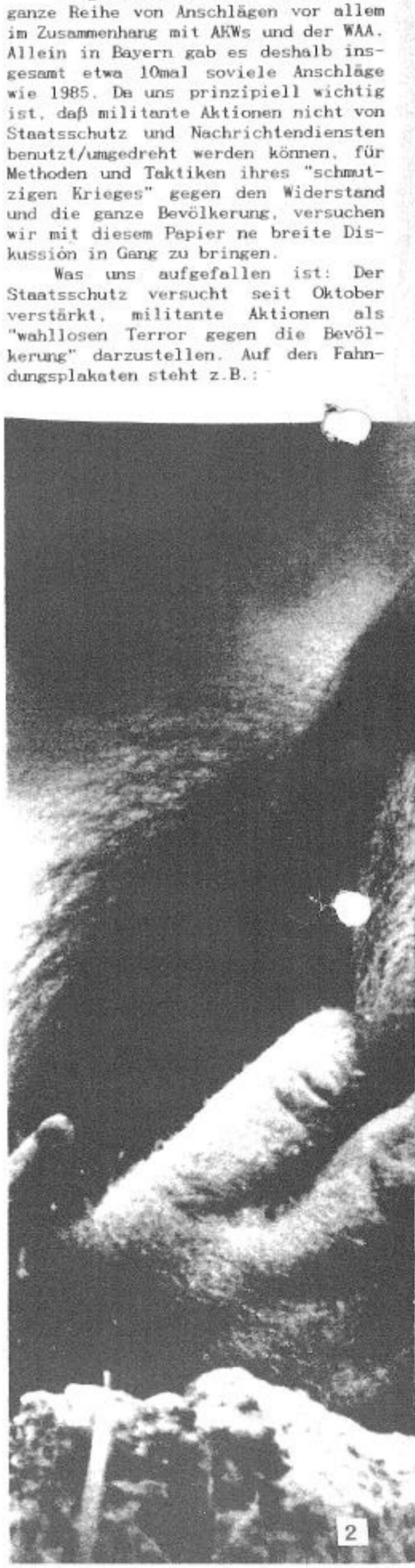
FREIRAUM - ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Otto Rühle, Hildebrandtstr.4,
4000 Düsseldorf 1
Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.
Eigendruck im Selbstverlag
Anschrift: c/o Postlagerkarte Nr. 073396 A,
8000 München 34
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Abonnement:
6 Nummern kosten 20.-DM
bitte im Voraus bezahlen
Wiederverkäufer:
2,30 DM pro Stück
auf Rechnung, mit Rückgaberecht
Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten kostenlose Abos.
Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1.- DM folgende Ausgaben angefordert werden:
Nr.5,6,7,8,10,13,15,16
Von folgenden Ausgaben existieren nur noch wenige Exemplare bzw. nur noch Photokopien, sie kosten deshalb 3.- DM:
Nr.0,1,2,3,4,9,11,12
Wir bitten um Vorausbezahlung in Scheinen oder Briefmarken

Zwischen uns

Zu den Anschlägen und Sabotageaktionen, die aus dem militanten Anti-AKW-Widerstand gegen Bundesbahnstrecken, Strommasten usw. laufen/gelaufen sind.

Im ganzen Jahr 1986 liefen eine ganze Reihe von Anschlägen vor allem im Zusammenhang mit AKWs und der WAA. Allein in Bayern gab es deshalb insgesamt etwa 10mal soviele Anschläge wie 1985. Da uns prinzipiell wichtig ist, daß militante Aktionen nicht von Staatsschutz und Nachrichtendiensten benutzt/umgedreht werden können, für Methoden und Taktiken ihres "schmutzigen Krieges" gegen den Widerstand und die ganze Bevölkerung, versuchen wir mit diesem Papier ne breite Diskussión in Gang zu bringen.

Was uns aufgefallen ist: Der Staatsschutz versucht seit Oktober verstärkt, militante Aktionen als "wahllosen Terror gegen die Bevölkerung" darzustellen. Auf den Fahndungsplakaten steht z.B.:



und dem Feind einen klaren Trennungsstrich!

Durch diese Anschläge wird das Leben und die Gesundheit einer Vielzahl von Bürgern gefährdet ... ausgesprochen glücklichen Umständen zu danken, daß der Anschlag kein folgenschweres Eisenbahnunglück zur Folge hatte ... hätte die akute Gefährdung einer Vielzahl von Verkehrsteilnehmern herbeigeführt ... Im Münchner Merkur vom 15.1.1987 wird ganz direkt im selben Zusammenhang behauptet: "Die Gefährdung von Passanten bzw. von Fahrgästen wurde von den Tätern einkalkuliert." Ermöglicht wird den Schweinen diese Hetze auch damit, daß nicht nur bei einigen Aktionen mögliche weitgehende Konsequenzen nicht oder nicht genügend einkalkuliert wurden. Dadurch gibt mann/frau dem Staatsschutz auch die Möglichkeit, den eigenen "schmutzigen Krieg", den es schon immer gibt, mit Aktionen des Widerstands zusammenzubringen.

In ihrem Krieg gegen den sogenannten "internationalen Terrorismus" sind den herrschenden Terroristen alle Mittel recht, und sie werden auch eingesetzt. US-Außenminister Shulz am 25.10.84: "Der Kampf gegen den Terrorismus wird nicht sauber und erfreulich sein. In diesem Kampf sind alle Mittel recht ... müsse man auch den Tod von Unschuldigen in Kauf nehmen."

Und es sind auch genau unsere Erfahrungen in der Konfrontation mit diesem System. Egal an welcher Stelle, ihnen ist das Leben einzelner oder der Bevölkerung nur dann wichtig, wenn die Menschen für ihre Politik benutzt werden können. Jedenfalls bedeutet dies, daß in Zeiten, in denen der Widerstand stark ist, Massenaktionen laufen, Knastkämpfe stattfinden etc. und so für viele ne Perspektive auf Umwälzung greifbar wird, parallel zur gesamten reaktionären Mobilisierung verstärkt faschistische Aktionen laufen, um sie dann gegen Guerilla und Widerstand verwenden zu können oder um Inhalte von Aktionen zu verfälschen oder wegzuwischen. Z.B. im Hungerstreik 1984/85 von politischen Gefangenen: Bomben auf Autobahnbrücken, in Fußgängerzonen , auf Bahnhöfe etc. Und dann die Bombe im Dortmunder Kaufhaus, durch die zwei Menschen schwer verletzt wurden. Da andere Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen, wie Kriminalisierung, Spaltungsversuche und Terror gegen einzelne, z.B. verstärkt auch gegen die Oberpfälzer Bevölkerung, den Widerstand und Protest gegen die WAA nicht stoppen konnten, rechnen wir auch in diesem Zusammenhang mit Eskalationen - d.h. auch COUNTERAKTIONEN, z.B. ein vom Staat inszeniertes Zugunglück.

Um diese Trennung zwischen den Zielen und Mitteln der Schweine und unseren auch praktisch klarzumachen, müssen die Überlegungen zum Ausschluß der Gefährdung von Unbeteiligten genauer und intensiver geführt werden.

Jede Aktion soll doch UNSERE Politik vorantreiben. Sie soll also eindeutig als solche zu erkennen sein. Um Verfälschungen durch Staatsschutz und Medien zu verhindern, halten wir Erklärungen grundsätzlich für sinnvoll, wodurch auch die Kontinuität mit anderen Aktionen und Kämpfen hergestellt werden können. Was das darüber hinaus konkret bedeutet, müssen sich die einzelnen Gruppen überlegen, aus der Verantwortung, die jede/r einzelne für die Weiterentwicklung des Widerstands hier hat.

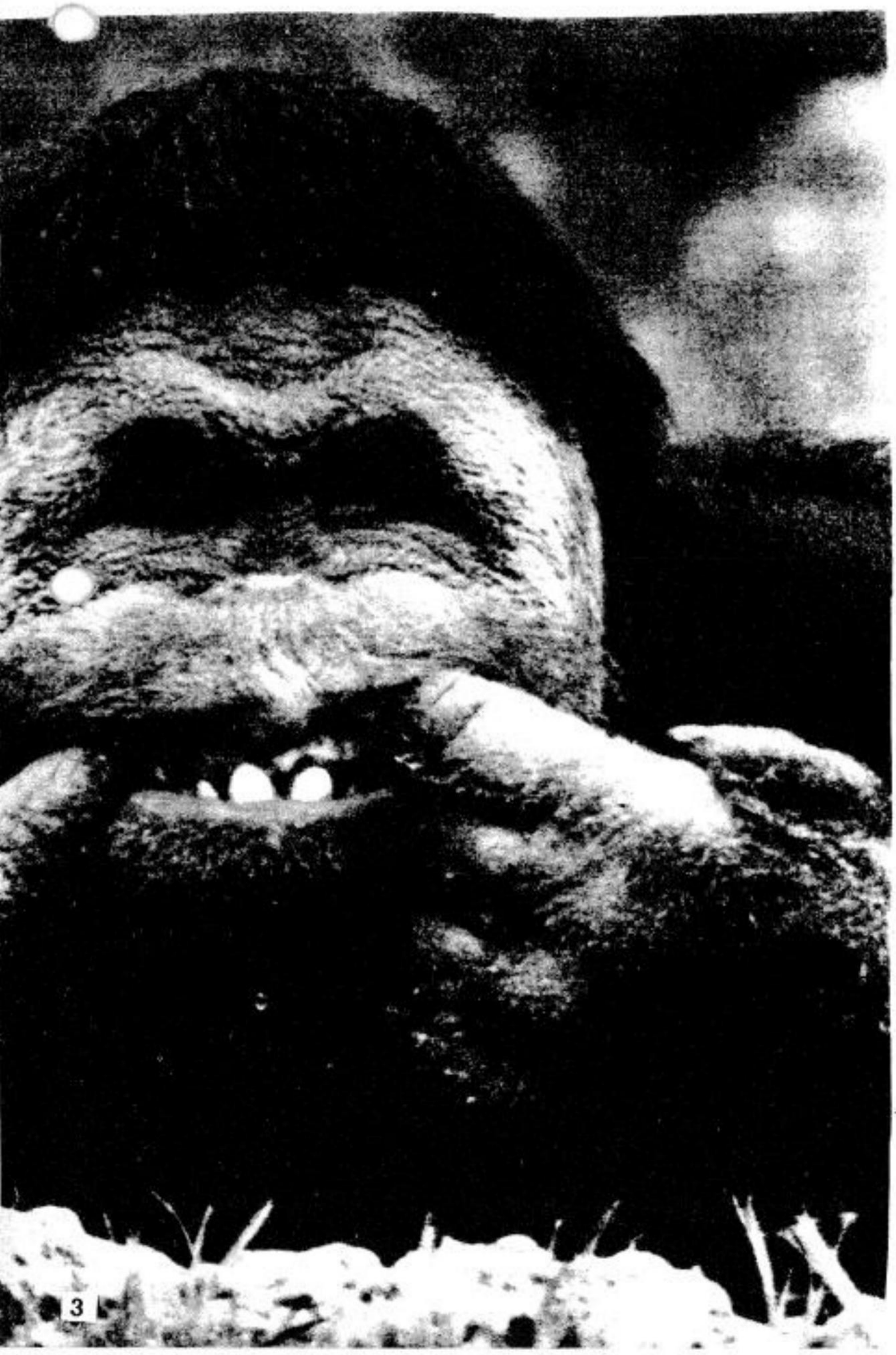
Aus der jetzigen Situation - der gesamten Zuspitzung auf der einen Seite und der notwendigen Weiterentwicklung im Widerstand auf der anderen Seite finden wir es wichtig, die Inhalte dieses Papiers zu diskutieren, damit sie in Überlegungen, wie Projekte des Systems angegriffen werden können, einfließen.

Mit revolutionären Grüßen
ANARCHISTEN UND ANTIIMPERIALISTEN

Anmerkung der Redaktion:
Leider haben sich die Einschätzungen und Befürchtungen dieses Papiers, nachdem es uns zugeleitet wurde, bereits mehrfach bestätigt:

- Katastrophenschutzübung bei Olching, wo von einem durch WAA-Gegnern verursachten schweren Zugunglück ausgegangen wurde.
- zwei Brandanschläge auf fahrende S-Bahnen in München
- Entgleisen einer S-Bahn bei Starnberg wegen Eisenteilen auf den Schienen

Zum Glück kamen in den letzten beiden Fällen keine Menschen zu Schaden. Bezeichnend ist, daß es bisher bei keinem einzigen Anschlag auf Bahnstrecken eine Erklärung oder Begründung gab. Wir jedenfalls wenden uns auf das schärfste gegen solcherlei Anschläge und teilen im übrigen die Einschätzungen dieses Papiers.



Mit einem rasanten Fest hat sich der Infoladen wieder zurückgemeldet. Lustfinger hat gespielt, obwohl sie eigentlich niiieee mehr in München spielen wollten. Und die Menge tobte, trotz des sporadischen Mikroausfalls, weil immer der eine oder andere auf der Leitung stand. Den Altstars folgten die Jungstars: die Psychopaten. Daraufhin wurde der Pogo noch schneller, und der Saal schwitzte. Zum Schluß, als die Comics kamen, wurds dann melodischer. Die Confliktsfans zogen sich in ihre Stammkneipe zurück, und so klang die wirklich stimmungsvolle Partie aus. Rundum war der Einstand, die Neueröffnung, der Neubeginn... mit Sekt und Tanzbein echt gelungen. Ein kleiner Wehrmutstropfen fehlte leider nicht: den Comics, die die Anlage stellten, sind ein Stimmgerät und ein Chorus geklaut worden.

Nun sind wir also wieder da. Wir sind mehr geworden, die neuen Räume sind heller, die Luft ist besser. Eine ideale Basis für neue Kraft.

Noch vor Weihnachten lagen wir unter Dauerbeschuß von LKA und BKA, deren Beamte wöchentlich in unserem Keller standen und mit dem 129a wedelten. Immer wieder nahmen sie oft uralte Druckprodukte mit. Ihr Archiv dürfte mittlerweile vollständig sein, während unseres immer dünner wurde. Das Netz zerstören, heißt die Devise des Staatsschutzes. Denn Kommunikation ist der Feind der Macht. Deshalb muß der Infoladen stetig besser ausgestattet werden. Mehr Archiv, mehr Zeitungen, mehr aktuelle Informationen von der WAA über Vobo bis zu AIDS, mehr Video, mehr, mehr mehr. Es gibt natürlich auch Bücher, Bepper und Broschüren, wie sichs gehört.

Die Ende letzten Jahres beschlossenen neuen Sicherheitsgesetze, vor allem der § 130 a, gibt dem Staat ein knallhartes Instrumentarium zur Kriminalisierung jedweder andersgearteter Kommunikation. Gerade Infoläden, Buchläden und Zeitungen der sogenannten Szene werden es zu spüren bekommen. Ob die Rechnung des Systems aufgeht, hängt auch von uns ab. Sicher, die passende Antwort auf die neuen Gesetze hat keiner, doch verunsichern sollte das auch nicht, im Gegenteil, die kommunikationsstruktur in München, um München und in Restdeutschland und zum Ausland muß aufgebaut werden. Wir kommunizieren sie schwindlig!

Übrigens, bevor ihr Druckprodukte wegschmeißt, fragt uns doch, ob wir sie gebrauchen können. Besuchts uns mal, wir sind zwar mehr geworden, aber immer noch zu wenig.

Ab April soll's wieder einen Informationsdienst geben, der dann monatlich rauskommt. Hinein sollen: Prozeß-, Veranstaltungs-, Demo und andere Termine, wichtige Flugis, Artikel etc... Also an die Schreibmaschinen Jungs + Mädels!

Anti-Atom-Büro im Infoladen

Nachdem sich das Koordinationsbüro Tschernobyl über eine Koordinations- und Informationsstelle der Stadtteilgruppen hinaus zu einem Büro des außerparlamentarischen WAA-Widerstands und der Anti-Atom-Bewegung in München entwickelt hat, zieht es nun in den infoladen um und nennt sich fürderhin Anti-Atom-Büro. Das Anti-Atombüro versteht sich als Anlauf- und Informationsstelle für alle Gruppen und Einzelpersonen, die gegen Atomenergie sind.

Darüberhinaus übernimmt das Anti-Atom-Büro organisatorische Aufgaben für das Münchner Anti-Atom-Plenum (alle 14 Tage in der ESG, Friedrichstr.25, Schwabing), in dem zahlreiche Initiativen, Gruppen und einzelne versuchen, den Widerstand gegen das Atomprogramm voranzutreiben.

Das Anti-Atom-Büro versteht sich als offenes Büro. Soll heißen, daß es keinen sog. festen Stamm gibt, sondern jedem die Gelegenheit bietet mitzuarbeiten. Notwendige Entscheidungen treffen alle zusammen.

Infoladenkino

Ab sofort gibts jeden 2. und 4. Sonntag im Monat um 19.00 Uhr Polit-, Dokumentar- und Undergroundfilme zu sehen.

Volkszählungsboykott

Der Infoladen ist eine der Informationsstellen zum Thema, über die Termine, Kontakte und Informationen bereitstehen. Das Plenum der VoBo-Initiativen trifft sich jeden Dienstag um 19.30 Uhr in der ESG, Friedrichstr.25.

Ermittlungsauschuß

Er bietet Hilfe in akuter Rechtsnot und einmal die Woche "Sprechstunde" sowie Rechts- und Prozeßhilfe an.

Infoladen/Anti-Atom-Büro
Breisacherstr.12
8000 München 80
Tel. 089/4489638
offen Mo-Do 17.00 bis 20.00 Uhr

Spendenkonto für Infoladen:
Sonderkonto Netzwerk Selbsthilfe München e.V., PGA München, BLZ 70010080, kto.Nr. 336385-801

Anti-Atom-Büro-Spendenkonto:
Sonderkonto Rebecca Luther, PGA München, BLZ 70010080, kto.Nr. 446[illegible]809

TERMINE TERMINE

25.4.87 Veranstaltung "Gewalt gegen Frauen" in VHS-Landwehrstraße
30.4.87 "Walpurgisnacht"
20.5.87 Guanaco (Theatro de El Salvador)
"En el reino de Chachamuca"
Satirisch-ironisches Theater zum Leben in Lateinamerika
Negerhalle 19.30
Ostern: libertäre Tage in Frankfurt

26.04.87: Tschernobyl-Tag, WEISSE Großdemo in Wackersdorf, 14.00 Uhr, weiß anziehen

04.04.87: KWU-Waldspaziergang, 14.00 Uhr in Erlangen

01.05.87: 1.Mai Demos in vielen Städten, in Nürnberg süddeutscher autonomer Block, in München eigene Demo verschiedener linker Gruppen und Organisationen im Anschluß an die DGB Kundgebung am Marienplatz

02.05.87: bundesweiter Widerstandstag gegen AKW's

10.05.87 bis 14.05.87: internationales Anarchistentreff in Portugal, Infos u.a. beim Infoladen

16.05.87 bis 17.5.87: Bundestreffen der Nach-Tschernobyl-Inis in Kassel

12.06.87: Reagan-Besuch in Berlin (750-Jahr-Feier)

13.06.87: Demo in Gronau gegen UAA

P.S.: Die Infoläden und Buchläden sammeln Infos für eine Doku über die 129a-Verfahren. Alle Betroffenen Läden in unseren Umkreis sollten sich doch bei uns melden, dann leiten wir es weiter, schließlich soll die Doku nicht zu dünn werden.

ERNEUT VERANSTALTUNG DURCH DIE SCHWEINE AUFGELÖST ★

Die Linie von Veranstaltungsverboten hat sich in München erneut fortgesetzt. Am 13.3. war im Cafe Normal eine Informationsveranstaltung zur aktuellen Lage der palästinensischen Revolution, zur aktuellen Strategie der Imperialisten im arabischen Raum, zum Lagerkrieg, zu der Rolle der BRD und Westeuropas im imperialistischen Krisenmanagement und zum Zusammenhang zwischen den Kampf der palästinensischen Revolution und dem Widerstand in den Metropolen geplant. So stand es auch in einem Flugblatt einiger Genoss/inn/en. Dazu sollte u.a. ein Film gezeigt werden, und ein palästinensischer Genosse wollte auch kommen.

An und für sich konnte mann/frau, auch wenn die Münchner/bayerische Linie allgemein bekannt ist, davon ausgehen, daß sie gegen diese Veranstaltung direkt nicht viel unternehmen würden, "rechtliche" Vorwände ließen sich in dem Flugblatt zur Veranstaltung nur äußerst schwerlich konstruieren.

Es kam aber anders, als sich vorher einschätzen ließ, auch wenn damit gerechnet wurde: Bereits eine Stunde vor dem geplanten Beginn konnten in der Nähe insgesamt mindestens zwei Hundertschaften Bullen ausgemacht werden. Überwiegend Bereitschaftspolizei, aber auch zusammengezogene "Normal"bullen. Mit einer Neuauflage der Geschehnisse bei der Zunfthaus-Veranstaltng im November war also zu rechnen. Dies hatte dann zur Folge, daß einige Leute dann gar nicht kamen, bei den Anwesenden im Normal bestand Unsicherheit, ob mann/frau dann um 19.00 Uhr runtergehen sollte zur Veranstaltung oder nicht. Nach einer halben Stunde gingen dann doch etwa 30 Leute in den Raum, wo die Veranstaltung stattfinden sollte. Dort passierte dann erst einmal nichts. Nach 10 Minuten herumsitzen kam dann die Nachricht, daß die Bullen vorführen, 15 Sekunden später war der erste Bulle im Saal. Der organisierte "Schutz" hatte leider nicht so recht genutzt, die Vorwarnzeit war extrem gering, so daß sich niemand z.B. in die Kneipe zurückbegeben konnte.

Beim Durchstürmen der Bullen in den Veranstaltungsraum gingen sie mit gezogenen Knüppel und ziemlich rücksichtslos vor, einige Leute bekamen was ab. Dann das gleiche wie beim Zunfthaus: Umstellung, Photos, Videofilme, LKA etc. Auch erster Staatsanwalt Maier-Staude war anwesend, er hatte bereits viele politische Prozesse in München durchgezogen. Ein Bulle trug per Megaphon (!) vor, daß wegen eines Beschluß des Kreisverwaltungsreferats vom 13.3.87 die Veranstaltung wegen § 129 a verboten sei. Und wegen eines Beschluß des BGH Karlsruhe vom 12.3.87 seien von allen Anwesenden die Personalien festzustellen. Alle Leute wurden einzeln rausgeführt, photographiert, die Personalien wurden überprüft... 7 Genoss/inn/en wurden in die Ettstraße mitgenommen, wegen Widerstand, § 129a... Bei zwei Leuten, die als Veranstalter verdächtigt wurden, gab es zusätzlich noch eine Hausdurchsuchung. Zum Glück wurden die 7 Festgenommenen noch am selben Tag freigelassen.

Bemängelt werden müssen an der ganzen Geschichte wieder einmal Fehler in der Vorbereitung und bei der Organisierung des "Schutzes". Hier muß einfach mehr getan werden. Auch Zusamenarbeit mit anderen Gruppen wäre zweckmäßig. Weiter lief nach dem Bullenüberfall nichts, wie Schafe ließ man sich zur Schlachtbank führen, andere saßen tatenlos in verschiedenen Kneipen umher. Zumindest eine Aktion vor der Ettstraße, wo Genoss/inn/en drin saßen, hätte drin sein müssen. Dies soll natürlich nicht heißen, daß man sich blindlings auf eine aussichtslose Auseinandersetzung eingelassen hätte sollen, aber mit Überlegung und Phantasie gibt es immer Wege.

Zu Denken gibt das politische Resultat: In München kann nicht mehr damit gerechnet werden, daß Antiimperialisten, Autonome oder Anarchisten noch "legal" und offen Veranstaltungen machen können. Ein Patentrezept dagegen kann es erst einmal nicht geben. Mit der neuen Lage heißt es sich nun aber zurechtzufinden. Möglichkeiten könnten manchmal "konspirative" Organisierung sein, sonst, wenn man "offen" was machen will, z.B. Aktionsbündnisse mit anderen Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum.

Gegen das politische Klima in München und Bayern muß jedenfalls bald Gegenwehr einsetzen, sonst finden wir uns alle plötzlich in Lagern oder Stadien wieder. Unsere noch "legalen" Möglichkeiten sollten wir uns nicht einschränken lassen, unsere Handlungsspielräume müssen unbedingt verteidigt werden, auch wenn wir uns nicht zu Wächtern und Verteidigern dieses schein-demokratischen staatsterroristischen Systems machen wollen.

Einige Veranstaltungsteilnehmer

Hände weg von den palästinensischen Flüchtlingslagern!

Schluß mit den Massakern am palästinensischen Volk!

Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand!

Seit Mai 1985 wird gegen die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, als Bastionen des palästinensischen Widerstands und Keimzellen der palästinensischen Revolution, ein Vernichtungskrieg geführt. Das Ziel des Imperialismus, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren, konnte bisher weder von ihrem Vasallen „Israel" noch von den faschistischen Gruppierungen im Libanon erreicht werden. Die Zionisten und die in Beirut stationierten Nato-Truppen mußten sich aus dem Libanon zurückziehen, nachdem sich der libanesisch-palästinensische Widerstand zu einem Volkskrieg gegen die Besatzer ausgeweitet hatte. „Israel" und die faschistischen SLA-Milizen halten nur noch einen Grenzstreifen im Süden des Libanon besetzt. Und auch die Faschisten waren zu schwach, die Aufgaben des Imperialismus zu erfüllen. Nun erledigt das dreckige Geschäft die Amal-Bewegung mit ihrem andauernden Terror gegen das palästinensische Volk im Libanon.

Die gesamte herrschende Medienpolitik versucht mit allen Mitteln, die politischen Hintergründe des Krieges im Libanon zu verschleiern und zuzudecken, den Widerstand als „Selbstmordaktion", „Schießereien" u.a. zu diffamieren, um die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen und libanesischen Volkes zu verhindern.

Wir halten es daher für notwendig, ausführlicher über die Lage und den Widerstand gegen die imperialistischen Pläne zu berichten.
Der palästinensische Widerstand als wichtiger Abschnitt im weltweiten Befreiungskampf und das palästinensische Volk brauchen unsere Solidarität!

Aktuelle Situation

Eines der Hauptziele der israelischen Invasion in den Libanon 1982 und der Entsendung von Nato-Truppen im September 1982 war, die palästinensischen Kräfte ein für allemal zu liquidieren. Die Standhaftigkeit des palästinensischen und libanesischen Widerstandes brachte dies zum Scheitern.

Mit der gleichen Zielsetzung entfachten im Mai 1985 die Amal-Milizen den sogenannten „Lagerkrieg" gegen die palästinensischen Flüchtlingslager.

Der militärische Führer von Amal im Süden, Daoud-Daoud, sagte schon am 14. Mai 1985, daß er alle Palästinenser im Süden erwarte, damit er endlich mit ihnen abrechnen könne. Außerdem ist es ein offenes Geheimnis, daß Daoud-Daoud Kontakte zu den Zionisten hat und der Liquidierungsversuch an den Palästinensern mit ihnen abgesprochen ist.

Die Luftangriffe der Zionisten auf Flüchtlingslager nördlich von Beirut im Sommer 1986 zeigen die beabsichtigte Arbeitsteilung:

auf die Lager Ain al-Helweh und Mieh-Mieh ausgeweitet hatte, gingen die palästinensischen Kämpfer in die Offensive und griffen die Amal-Stellungen in dem christlichen Dorf Magdouche (5 km östlich von Saida) an. Von dort sind die Lager und die Verbindungsstraße zwischen Beirut und Tyros kontrollierbar. So konnten Amal-Nachschubwege abgeschnitten werden. Diese Offensive wurde von allen fortschrittlichen palästinensischen Kräften begonnen. Inzwischen gibt es sogar ein verRücksicht mehr, da die getroffenen Abmachungen nie eingehalten wurden. Sie bauten die eroberten Gebiete zu einem Verteidigungsring aus, an dem seit über 14 Tagen die jüngsten Kämpfe stattfinden.

Die Amal greift mit Unterstützung von Einheiten der libanesischen Armee an. Mit schwerer Artillerie und Panzern versuchen sie, Shatila sturmreif zu schießen. Die 2–3000 Menschen in Shatila verteidigen sich erbittert gegen die Angriffe. Bisher konnten sie verhindern, daß Amal das Lager stürmt. Trotz-

Auszüge aus dem Waffenstillstandsabkommen vom 17.6.1985 (Damaskusabkommen)

1. Beendigung der Kämpfe und Angriffe, Beseitigung der bewaffneten Präsenz in den umkämpften Gebieten, Evakuierung der Verwundeten und Beginn humanitärer Hilfeleistungen.
2. Abzug der Amal an die Orte, wo sie vor Beginn der Kämpfe war.
3. Die 6. Brigade übernimmt ihre normalen Aufgaben, die sie vor den Kämpfen hatte.
4. Befreiung aller Gefangenen, Rückkehr aller Flüchtlinge. ...
6. Die Sicherheit der Lager in Beirut ist ein Teil der Sicherheit Beiruts. Das Sicherheitskomitee, das auf dem islamischen Treffen in Damaskus gegründet worden ist, bearbeitet den einzigen und vollständigen Sicherheitsplan für Beirut und die Flüchtlingslager . . .
8. Ganz- oder Teilsammlung der Waffen im Libanon nach Sicherheitsplänen von allen libanesischen Seiten oder der Regierung der nationalen Versöhnung zur Niederlegung der schweren und halbschweren Waffen nach außerhalb der Lager unter Aufsicht gemeinsamer Komitees.
9. Das gemeinsame Komitee wird gebildet aus jeweils zwei Vertretern von Amal, LNDF und PNSF sowie einem syrischen Beobachter ...
10. LNDF, PNSF und Amal machen eine Sitzung unter Aufsicht der syrischen Führung. Sie arbeiten ein Programm aus zur Verstärkung der Solidarität, Zusammenarbeit und Verbundenheit untereinander, für die Verstärkung des nationalen Kampfes und die Fortsetzung des gemeinsamen Kampfes in allen seinen Arten, auch dem bewaffneten Kampf. Unterstützung der palästinensischen Revolution in ihrem Kampf, um auch der nationalen Lösung des Libanon zu helfen.
11. Libanesische nationale Kräfte und palästinensische nationale Kräfte unterstreichen die Wichtigkeit der Verbundenheit mit Syrien.
12. LNDF und Amal bezeichnen PNSF als die anerkannte politische Führung der Palästinenser im Libanon, bis die PNSF, wie in ihrem Programm festgelegt, die Einheit der PLO wiedererlangt. ...

Flüchtlingslager im Libanon. Seit dieser Zeit ist die Bevölkerung in den Flüchtlingslagern im Süden Beiruts (Sabra, Shatila, Burg al-Baragna) und im Südlibanon (Raschidyia, Ain al-Helweh, Mieh-Mieh) mit aggressiven Angriffen von seiten der Amal-Milizen, der libanesischen Armee und „Israels" (durch Luftbombardements und Raketenbeschuß von der See her) konfrontiert.

Trotz mehrerer unterzeichneter Waffenstillstandsabkommen setzt die Amal-Bewegung ihre Beschießungen und Belagerungen fort. Tausende der Lagerbewohner wurden Opfer dieser Angriffe, von Verschleppung, Folter, Gefangennahme und der Zerstörung ihrer Häuser.

Diese Situation hat sich im letzten Monat weiter verschärft. Allein am 27.11. und 28.11. gab es 200 Tote und ca. 400 Verletzte.

Amal-Terror im Süden

Schon im ganzen vergangenen Jahr terrorisierten Amal-Kämpfer die Palästinenser in den Flüchtlingslagern Raschidyia, al-Bas, Burg ash Shimali und anderen kleineren Lagern im Süden Libanons. Sie entführten palästinensische Flüchtlinge, Hunderte verschwanden in den Gefängnissen von Amal in Ma'raka, Zita und anderswo. Die Lager wurden mehrfach angegriffen, Häuser, medizinische und soziale Einrichtungen wurden zerstört, ihre Wiederherstellung behindert.

Im Juni '86 wurde das Lager Jal al-Bahr zur Hälfte zerstört, im September gab es immer öfter Angriffe auf Burg ash-Shimali und Raschidyia. Den Palästinensern wurde verboten, Amal-Checkpoints zu passieren, Straßen wurden gesperrt, um die Verbindung zwischen den Camps zu unterbinden.

Gleichzeitig gab es immer wieder Bombenangriffe des israelischen Militärs auf die Lager. Amal-Aktionen wurden zum Teil von israelischen Patrouillenbooten abgesichert.

– Die faschistischen SLA-Milizen und die Amal sollen im Süden die Palästinenser entwaffnen und unter Kontrolle bringen. Amal spricht auch von einem Heiligen Befreiungskrieg gegen die Palästinenser. Ihr erklärtes Ziel ist die Auslöschung des palästinensischen Volkes.
– Israel verstärkt die Angriffe auf den Norden Libanons.

Die aktuelle Lage zeigt aber, daß Amal alleine dazu nicht in der Lage ist, weder in Beirut noch im Süden. Besonders in der Region um Saida, wo die Palästinenser schon längere Zeit sehr stark sind und gute Verbindungen zu den Libanesen, vor allem zu den sunnitischen, unabhängigen Nasseristen unter der Führung von Mustafa Saad, haben, zeigt sich die politische und militärische Schwäche von Amal. Mit ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk und ihrer Allianz mit den Zionisten verlieren sie weiter ihre Basis, auch in der libanesisch-schiitischen Bevölkerung.

Am 15. September 1986 wurde in Damaskus zwischen dem Stadtkomitee von Saida, Amal, Rettungsfront (PNSF), LNDF und Syrien ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart. Es enthielt folgende Forderungen:

- Freizügigkeit der Palästinenser
- Recht auf Arbeit
- Keine Folter
- Redefreiheit
- Freilassung aller politischen Gefangenen

und besonders

- das Recht, sich mit allem zu versorgen, was für den Kampf gegen den Zionismus notwendig ist.

Amal hat sich im Gegensatz zur PNSF nie an das Abkommen gehalten. Unmittelbar danach begann Amal mit den Angriffen auf Raschidyia. Auf die mehrfachen Verhandlungsangebote der PNSF ging sie erst nur zum Schein und seit November gar nicht mehr ein. Nachdem sich der Amal-Terror Ende November außerdem auch einigtes Oberkommando aller palästinensischen Kräfte in den Lagern.

Auch jetzt griffen die Zionisten militärisch ein. Am 26. November gab es Luftangriffe auf Mieh-Mieh und Saida und am 3.12. Raketenangriffe von israelischen Schnellbooten auf Saida und Umgebung. Trotzdem konnte die Stellung Maghdouche bisher von den palästinensischen Einheiten gehalten werden.

Aus Rache zerstörte die Amal das Lager Abu al-Assuad vollständig und ermordete einen Großteil der palästinensischen Gefangenen, deren Leichen sie vor die Eingänge der Flüchtlingslager warf.

Nachdem die Amal ihre Ziele in der Region Saida nicht so leicht durchsetzen konnte, verlagerte sie ihre Aktivitäten auf Beirut und verstärkte den Druck auf das Lager Shatila.

Seit 1985 ist die Eroberung Shatilas eines der Hauptziele der Amal. Sie führte seitdem 5–6 größere Angriffe durch, deren längster 45 Tage dauerte, ohne zum Erfolg zu führen. Die Verteidigung des Lagers war seit dem Lagerkrieg im Mai 1985 entscheidend verbessert worden:

- die Ausbildung der Kämpfer, besonders der Jugendlichen, wurde verstärkt;
- Kämpfer und Kommandanten kehrten nach Shatila zurück;
- eine Klinik wurde aufgebaut, in der auch Libanesen behandelt wurden, was das Verhältnis zwischen Palästinensern und der libanesischen Bevölkerung verbesserte;
- verstärkte und verbesserte politische Arbeit der fortschrittlichen Organisationen unter der palästinensischen Lagerbevölkerung.

Während der Kämpfe gelang es den Palästinensern immer wieder, Gebiete um das Lager zu erobern, die jedoch, um den Krieg nicht zu eska[illegible]en, stets zurückgegeben wur[illegible]. Im Februar '86 nahmen die Palästinenser hierauf keine dem spitzt sich die Lage zu. Medikamente, Lebensmittel und Wasser werden knapp. Aus den Shouf-Bergen östlich von Beirut gibt es Entlastungsangriffe von palästinensischen Stellungen gegen die Angreifer. Auch die über 10 000 Palästinenser im Lager Burg al-Baragna sind den Angriffen von Amal ausgesetzt. Burg al-Baragna gilt aber als „uneinnehmbare Festung".

Die Ziele von Amal

Ursprünglich als Selbsthilfeorganisation der ärmsten libanesischen Bevölkerungsschichten – der schiitischen Bauern im Süden – gegründet, ist Amal inzwischen zu einem mächtigen militärischen und politischen Faktor im Libanon geworden. In der Anfangsphase der Aufstellung ihrer Milizen arbeitete Amal mit den Palästinensern zusammen, ließ sich von ihnen ausbilden und bewaffnen. Nach der israelischen Invasion 1982 beteiligte sich die pro-imperialistische Führung um Nabih Berri oft nur widerwillig, vor allem auf Druck ihrer Basis, an dem Kampf gegen die zionistischen Invasoren. Nach dem Teilrückzug der Zionisten und der überstürzten Flucht der imperialistischen Truppen aus dem Libanon sollte die prozionistische, faschistische SLA-Miliz die Bekämpfung der palästinensischen bewaffneten Präsenz im Südlibanon übernehmen. Als sie sich zunehmend als unfähig erwies – sie verfügte im Süden über fast keinen Rückhalt in der Bevölkerung, zumal ihr Charakter als zionistische Söldnertruppe schnell deutlich wurde –, bot sich Amal den Zionisten und Imperialisten als neuer Ordnungsfaktor an. Die konfessionalistische Grundstruktur der Amal-Bewegung kam dabei den zionistischen Plänen einer Spaltung des Libanon sehr entgegen. In dieser Wandlung vom ehemaligen Verbündeten der fortschrittlichen palästinensischen und libanesischen Organisationen zu einer feindlichen Kraft offenbarten sich die wahren Ziele der Amal-Bewegung:

- Entwaffnung der palästinensischen Revolution, um jeglichen fortschrittlichen palästinensischen Einfluß in Richtung auf eine Demokratisierung des Libanon zu unterbinden,
- Ausdehung der militärischen und politischen Vorherrschaft in Beirut und im Südlibanon auf einer konfessionalistischen Basis mit dem Endziel eines schiitischen Südkantons.

Bei der im zionistischen und imperialistischen Interesse erfolgenden Neuordnung der libanesisch-islamischen Kräftekonstellation hat sich Amal bemüht, von der Schwäche der anderen zu profitieren und Vorteile für sich zu erringen im Rahmen einer konfessionellen Neuordnung (Kantonisierung) des Libanon.

Trotz zahlreicher Verhandlungen, Waffenstillstandsabkommen, immer neuer Bemühungen seitens der fortschrittlichen libanesischen Kräfte und der Palästinenser hat die Amal immer wieder die Waffen sprechen lassen und den Terror gegen die linken libanesischen Kräfte und die Palästinenser fortgesetzt. Ihre Methoden werden immer brutaler und menschenfeindlicher, wie der Versuch, Burg al-Baragna mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen, zeigt. Nachweisbar sind Aktivitäten des libanesischen 2. Büros (Geheimdienst) innerhalb der Amal-Bewegung und die Zusammenarbeit mit

LNDF

Die Libanesische Nationale Demokratische Front wurde von der Kommunistischen Partei des Libanon, der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP, unter Führung von Walid Jumblat), der nasseristischen Demokratischen Arabischen Organisation und der Arabischen Sozialistischen Union 1984 gegründet. Die Bemühungen, die Amal für das Bündnis zu gewinnen, scheiterten. Mit der Gründung der LNDF soll der Widerstand gegen die zionistischen Besatzer, die mit ihnen kooperierenden libanesischen Faschisten und die Nato-Truppen zusammengefaßt und effektiviert werden. Ihre Hauptziele sind daher:

- Kampf gegen die israelischen Besatzer,
- Kampf um die Wiedervereinigung und Unabhängigkeit des Libanon und Wahrung seines arabischen Charakters,
- Kampf gegen den Zionismus und Unterstützung des palästinensischen Widerstandes,
- Kampf für die demokratische Reform des libanesischen Regimes, um die konfessionelle Hegemonie endgültig zu beenden und den politischen Konfessionalismus (Aufteilung der politischen Macht nach Religionszugehörigkeit) gänzlich abzuschaffen,
- Kampf für die Durchführung einer wirtschaftlichen und sozialen Reform.

PNSF

Die Palästinensische Nationale Errettungsfront wurde im März 1985 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß von sechs Organisationen innerhalb der PLO: Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC), Palästinensische Befreiungsfront (PLF), Blitzstrahl (as-Saika), Palästinensische Volkskampffront (PPSF) und Fatah - provisorische Führung. Sie lehnen die derzeitige Politik Arafats, besonders das Amman-Abkommen vom 11.2.1985, ab. Ihr Hauptziel ist daher, die PLO auf eine antizionistische, anti-imperialistische Linie zurückzuführen. Der bewaffnete Kampf ist für sie weiterhin das wichtigste Mittel zur Befreiung Palästinas.

Die Bedeutung des palästinensischen Widerstands im Libanon

Die bewaffnete Präsenz der palästinensischen Kräfte im Libanon spielt vor allem seit Ende 1982 eine bedeutsame revolutionäre Rolle im Kampf gegen „Israel", die libanesischen Faschisten, die libanesische Reaktion und die imperialistischen Verschwörer. Einen wichtigen, nicht zu übersehenden Beitrag leisteten die revolutionären palästinensischen Kräfte sowohl bei der Gründung der Libanesischen Nationalen Widerstandsfront (LNDF), als auch bei der Durchführung von militärischen Aktionen gegen die zionistische Besatzung und die Nato-Einheiten. Gemeinsam mit libanesischen fortschrittlichen Kräften führten sie militärische Aktionen gegen Stellungen der israelischen Armee in der von „Israel" besetzten libanesischen Zone und in Nordpalästina durch.

Auf der Seite der libanesischen nationalen Kräfte kämpften die Palästinenser für die Befreiung Westbeiruts von der faschistischen Vorherrschaft. Darüber hinaus ist die palästinensische bewaffnete Revolution objektiv ein Hindernis bei der Durchführung der imperialistischen „Lösungen" der Palästina-Frage und bei der Umsetzung der undemokratischen, konfessionellen Kantonisierungspläne im Libanon.

Die fortschrittlichen und nationalen, palästinensischen Organisationen unterstreichen in ihren Stellungnahmen immer wieder die immense Rolle der palästinensischen Waffe und betonen, daß sie nach wie vor für die Ziele und Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte Libanons, die Lage in Westbeirut unter Kontrolle zu bekommen, eintreten.

Die fortschrittlichen und nationalen, palästinensischen Organisationen unterstreichen in ihren Stellungnahmen immer wieder die immense Rolle der palästinensischen Waffe und betonen, daß sie nach wie vor für die Ziele und Bemühungen der fortschrittlichen Kräfte Libanons, die Lage in Westbeirut unter Kontrolle zu bekommen, eintreten.

So haben besonders die Organisationen der PNSF schon vor dem „Lagerkrieg" im Sommer '85 und bei den Verhandlungen zu dem Damaskus-Abkommen vom 17.6.85 immer wieder versucht, die Schwierigkeiten auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Damals haben Amal, LNDF und PNSF unter syrischer Beteiligung ein Waffenstillstands-Abkommen zur Regelung der libanesisch-palästinensischen Beziehungen geschlossen (siehe Kasten). Die palästinensischen Organisationen haben trotz ihrer militärischen Stärke immer wieder auf eine Konfrontation verzichtet, um den Konflikt nicht zu eskalieren.

Trotzdem ging der Terror von Amal weiter. Dazu sagte der Genosse Abu Mahu Yamani, Vorsitzender der PNSF und Mitglied des Polit-Büros der PFLP:

„Amal hat sich nicht an die Vereinbarungen von Damaskus gehalten, die geschlossen worden waren, nachdem die Amal den Krieg am 20. Mai des gleichen Jahres aufgenommen hatte. Die Amal hat sich nicht an Artikel 2 des Abkommens gehalten, welcher vorsah, daß sie ihre Kämpfer aus dem Gebiet um die Lager herum abziehen und in die Positionen, die sie vor Ausbruch der Kämpfe eingenommen hatte, zurückversetzen sollte. Des weiteren hat sich auch die schiitische 6. Brigade (der libanesischen Armee) nicht an ihre Verpflichtungen gehalten, wie sie in Artikel 3 der Vereinbarungen festgelegt sind. Statt dessen unterstützte sie die Amal weiterhin in der Belagerung der Camps. Außerdem hielt Amal sich auch nicht an Artikel 5 des Damaskus-Abkommens, welcher die Einberufung von Massenveranstaltungen zum Zweck der Aussöhnung vorsah, um die Feindseligkeiten, die durch den Krieg verursacht worden waren, beizulegen. Zu guter Letzt war das gemeinsame Koordinationskomitee, welches in Art. 9 benannt ist, nicht in der Lage, seinen Pflichten in politischer, sozialer und sicherheitstechnischer Hinsicht nachzukommen; es war unfähig, die dringenden Probleme zu lösen.

Die Amal führte nicht nur den Beschuß der Lager fort. Sie stürmte auch palästinensische Häuser in den angrenzenden Vierteln, nahm viele Menschen gefangen und tötete viele von ihnen. Eines der blutigsten Ereignisse war das Massaker von Hureik im Herbst 1985, bei dem viele palästinensische Kinder und Jugendliche ermordet und die Häuser niedergebrannt wurden."

(Zitat Al Karamah Nr. 3/86, S. 32)

Wenn Amal diesen Terror nicht beendet, wird der palästinensische Widerstand gezwungen sein, eine veränderte Haltung einzunehmen. Er wird viel offensiver als bisher der Amal militärisch eine Grenze setzen.

So werden die palästinensischen Kämpfer die eroberten Stellungen in dem Dorf Maghdouches nicht eher aufgeben, als es wirkliche Garantien dafür gibt, daß Amal nicht wieder in diese Stellungen zurückkehrt.

Die nationalen und fortschrittlichen palästinensischen Organisationen unterstützten und unterstützen alle Bestrebungen für eine libanesische, nationale Versöhnung auf der Basis eines national-demokratischen Plans, der es ermöglicht, den arabischen Charakter, die Einheit, die Unabhängigkeit und den Demokratisierungsprozeß im Libanon zu garantieren. Sie gehen davon aus, daß dieser national-demokratische Plan die Möglichkeit eröffnet, den Kampf gegen den rassistischen, zionistischen Staat vom libanesischen Boden aus fortzusetzen.

Die Krise im Libanon ist nicht zu trennen von der Palästina-Frage und die Konfrontation mit den Zionisten ist nicht entstanden durch die Präsenz der Palästinenser im Libanon, sondern durch die imperialistisch-zionistischen Pläne für die Region. Darum ist es notwendig, in gemeinsamer Anstrengung Druck auf Amal auszuüben, um den Terror zu stoppen und sie zu zwingen, die Verträge einzuhalten. Es gilt, gemeinsam das palästinensische Gewehr im Libanon zu verteidigen.

Die Schwächung der palästinensischen, bewaffneten Präsenz im Libanon betrifft unmittelbar auch die libanesischen, linken Kräfte. Daß der Amal-Terror und die zionistische Aggression nicht vor ihnen halt machen wird, zeigt nicht zuletzt die Ermordung von Funktionären und Mitgliedern der KP Libanon im Süden.

Die fortschrittlichen libanesischen Organisationen sind deshalb aufgefordert, eine revolutionäre Haltung hinsichtlich der Verteidigung des Rechts der palästinensischen Kräfte, ihre Waffen zu behalten, einzunehmen. Ihre Aufgabe ist es nun, sich konsequent aus ihrer „Zuschauerrolle" hinaus in eine eindeutig parteiliche, kämpferische Rolle zugunsten der palästinensischen, fortschrittlichen Kräfte zu begeben.

Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand

Der palästinensische Widerstand im Libanon als Stütze für den bewaffneten und politischen Kampf in Palästina sowie seine führende Rolle im Kampf gegen die imperialistischen Pläne in dem arabischen Raum stellt als Ganzes ein Hindernis für die imperialistische Vorherrschaft in der arabischen Region dar. Die Entwaffnung der Palästinenser im Libanon ist deshalb das Ziel der imperialistischen, zionistischen und reaktionären Angriffe.

Die Liquidierung der palästinensischen Waffe im Libanon als wichtiger Bestandteil und Stütze im weltweiten antiimperialistischen Kampf würde auch eine Schwächung aller revolutionären Kräfte bedeuten. Insofern richtet sich der Angriff auf die palästinensische Revolution auch gegen die antiimperialistischen Kräfte in der BRD, Westeuropa und überall auf der Welt!

Alle revolutionären und progressiven Kräfte sind aufgefordert, aktiv den palästinensischen Widerstand zu unterstützen und sich konsequent mit ihrem Kampf zu solidarisieren.

Eine Genossin aus dem Flüchtlingslager Yarmuk/Damaskus in einem Brief an uns:

„...was euch angeht, denke ich, daß das Wichtigste, was ihr für uns tun könnt, neben der propagandistischen Arbeit, der Kampf gegen die Nato-Bedrohung und damit gegen die Nato schlechthin ist."

Die Beteiligung der BRD an der Vernichtung der Palästinenser

Der BRD-Imperialismus ist unmittelbar an der Aggression und den Angriffen auf die palästinensische Bevölkerung in den Flüchtlingslagern, durch die Abschiebung Hunderter von Palästinensern und Libanesen in den Libanon beteiligt. Die Abschiebungen erfolgen in einer Zeit, in der die Angriffe und die Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager durch die Amal-Milizen heftiger und aggressiver denn je geworden sind.

Der Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissars in Bonn, Rene van Rooyen, hat den Berliner Innensenat in einem Telex „in aller Schärfe" aufgefordert, „mit sofortiger Wirkung" von geplanten Abschiebungen von Palästinensern und Kurden in den Libanon abzusehen. Er weist in seinem mit „dringend, bitte sofort vorlegen" überschriebenen Fernschreiben den Innensenator darauf hin, daß in Beirut z.Zt. „kein Palästinenser den Flughafenbereich verlassen kann, ohne sein Leben zu gefährden". In dieser Situation sei eine sofortige Einstellung der Abschiebungen geboten.

Der BRD-Imperialismus unterstützt durch die Abschiebungen der Palästinenser somit die Versuche, die palästinensische Revolution zu zerschlagen. Der CDU-Innensenator Kewenig von West-Berlin reiste am 7.9.86 in den Libanon, um die Abschiebungen mit den reaktionären und faschistischen Kräften vorzubereiten. Kewenig sprach in einer Zeit von heftigen Kämpfen von „befriedeten Kantonen"!!! Weiteren 1600 palästinensischen Flüchtlingen droht die Abschiebung in den Tod.

Die Politik Syriens im Libanon

In den Kämpfen im Libanon spielt Syrien eine wichtige Rolle: es versucht Einfluß zu nehmen auf den Verlauf der Kämpfe, auf deren Intensität und das Wer-gegen-wen. Daher ist für das Verständnis der Situation im Libanon wichtig, sich mit der Politik Syriens, dem Verhältnis zwischen Syrien und den Palästinensern und dem Interesse des Imperialismus an Syrien auseinanderzusetzen.

Syrien ist der einzige Frontstaat, der die imperialistischen Pläne zur Lösung der Palästina- und Libanonfrage behindert und seine Beziehungen zu „Israel" nicht normalisieren will. Syrien widersetzt sich bisher der Camp-David-Strategie, die über bilaterale Verträge mit Israel im wesentlichen eine Einbindung arabischer Staaten in die imperialistischen Lösungspläne für die Palästinafrage, die Anerkennung des zionistischen Staates Israel und eine Öffnung arabischer Märkte für israelische Waren anstrebt.

Der Widerstand der syrischen Regierung gegen diese Politik ergibt sich allerdings nicht aus einer klaren anti-imperialistischen oder gar sozialistischen Ideologie der regierenden kleinbürgerlichen Baath-Partei. Syrien versucht eine eigenständige, arabische Politik zu betreiben, deren Kernpunkt allerdings das Streben nach einer Vormachtstellung im arabischen Raum ist. Daher hat Syrien auch kein Interesse an einem starken Libanon, sondern fördert Tendenzen, die eine konfessionelle Kantonisierung des Libanons anstreben und somit eine syrische Kontrolle der libanesischen Politik erleichtern. Daher hat Syrien langfristig auch kein Interesse an einem starken oder gar sozialistischen palästinensischen Staat, zumal dies zu einer Stärkung der fortschrittlichen Kräfte im eigenen Land führen könnte.

Das syrische Streben nach Souveränität und Stärke in einer für den Imperialismus geopolitisch wichtigen Region und in unmittelbarer Nachbarschaft zum expansionistischen zionistischen Staat bringt das Land zwangsläufig in die Konfrontation mit den imperialistischen Staaten. Das erklärt auch, daß, obwohl Syrien zu Verhandlungen mit den USA und Israel bereit ist (Rückgabe des Golans) und sich Syrien immer wieder den USA als Kraft anbietet (z.B. bei der Freilassung von Geiseln), diese nicht darauf eingehen. Syrien scheint sogar so weit zu gehen, daß es aktiv die Interessen der imperialistischen Staaten wahrnimmt, indem sie in deren Auftrag die palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräfte mit Hilfe der Amal zu schwächen oder auszuschalten versucht. Das Interesse des Imperialismus ist letztlich ein syrischer Lakaienstaat, die Durchsetzung der Camp-David-Politik und die endgültige Zerschlagung der libanesischen und palästinensischen fortschrittlichen Kräfte.

Um diesem Ziel näher zu kommen, wird Syrien in den letzten Monaten einem verstärkten politischen, ökonomischen und militärischen Druck ausgesetzt. Wichtigster Hebel, um entweder Syrien so zu destabilisieren, daß es zu einem Putsch kommt, oder die strategischen Voraussetzungen für einen Angriff zu schaffen, war bisher die Verschärfung der ökonomischen Situation in Syrien. Die schwierige ökonomische Situation ist Ergebnis einer gezielten Politik der reaktionären arabischen Staaten, an deren Spitze Saudi-Arabien steht, unterstützt von den imperialistischen Staaten. Sie hoffen, hauptsächlich mit Hilfe von Währungsmanipulationen das syrische Regime in die Knie und zu politischen Zugeständnissen zwingen zu können. Der Kurs der syrischen Lira verfällt von Tag zu Tag. Dementsprechend sind auch die Preise ungeheuer gestiegen: Preise für Grundnahrungsmittel wie Zucker, Mehl usw. um mindestens 200–300%, ausländische Industrieprodukte um vieles mehr. Die Löhne sind dagegen überhaupt nicht oder nur minimal angehoben worden, so daß sich die ökonomische Situation besonders derer, die nichts besitzen, sehr verschlechtert hat.

So ist das syrische Regime in einer Zwickmühle: dem ökonomischen Druck nachgeben will und kann es nicht, andererseits wird die Verschärfung der ökonomischen Situation zwangsläufig zu innenpolitischen Schwierigkeiten führen. Die öffentliche Stimmung gegen das Regime verstärkt sich. Zu Maßnahmen, die die Krise wirklich im positiven Sinne überwinden könnten, wie Enteignung, Verbreiterung des staatlichen Sektors, gerechte Lebensmittelverteilung, wird das Regime sich nicht entschließen können, und die linken Kräfte sind zu schwach, um dies erzwingen zu können.

Die imperialistischen Staaten versuchen jedoch nicht nur allein mit ökonomischen Mitteln, eine Änderung der syrischen Politik zu erzwingen. Ein militärisches Vorgehen wird verstärkt vorbereitet. Dies belegt die jüngste antisyrische Kampagne, die Prozesse in London, Westberlin und Ankara, in denen neuerdings Syrien als Drahtzieher des „internationalen Terrorismus" hingestellt werden soll. Sicher nicht zufällig werden die Prozesse in den wichtigsten europäischen Nato-Staaten inszeniert. Ziel der Kampagne ist es, in Europa erst einmal den Boden für ein militärisches Vorgehen zu bereiten, denn ohne Beteiligung der europäischen Nato-Staaten wird die USA keinen Krieg führen können und wollen. Die Proteste gegen den Nato-Angriff auf Libyen im April dieses Jahres offenbarten ein Widerstandspotential in den europäischen Nato-Staaten, das in dieser Breite und Stärke nicht erwartet worden war und dem nun bereits im Vorfeld begegnet werden soll.

Auch auf der direkten militärischen Ebene wird der Druck auf Syrien ständig verschärft. Die USA verstärken ihre Truppen im Mittelmeerraum, „Israel" hat Truppen an die Nordgrenze verlegt, und die Türkei konzentriert ebenfalls in jüngster Zeit Truppen an der Grenze zu Syrien. Mehrfach sind US-Kampfflugzeuge in den syrischen Luftraum eingedrungen. Ein sicheres Zeichen dafür, daß die syrischen Radar- und Raketenstellungen sowie die Kommunikationswege erkundet werden sollen. Zwar sind die sowjetischen Waffensysteme bereits beim Angriff auf Libyen seitens der Nato getestet worden, eine weitere Erkundung wird aber anscheinend für notwendig gehalten. Zudem müssen die Nato und Israel, bevor sie Syrien angreifen, feststellen, wie weit sich die UdSSR provozieren lassen. Anders als Libyen ist Syrien mit der UdSSR durch einen Beistandspakt verbunden.

Diese Verschärfung der Konfrontation durch die imperialistischen Staaten scheint aber den Spielraum der fortschrittlichen palästinensischen Organisationen zu verbessern. Syrien braucht sie ebenso wie die fortschrittlichen libanesischen Kräfte, um eine Intervention abzuwehren. Dies drückt sich sowohl in dem bereits erwähnten Waffenstillstandsabkommen vom 15.9.86 als auch in jüngsten Erklärungen der syrischen Regierung aus, in denen sie das Recht der Palästinenser anerkennt, sich im Libanon zu verteidigen. Und daß, obwohl der Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser von einer Kraft – der Amal – getragen wird, die bisher von Syrien unterstützt wird. Zugleich üben auch Libyen, der Iran und die UdSSR Druck auf Syrien aus, um eine Vernichtung der Palästinenser im Libanon zu verhindern.

Die fortschrittlichen palästinensischen Organisationen haben trotz der gegen sie gerichteten syrischen Politik z.Zt. kein Interesse, es zu einem offenen Bruch mit dem syrischen Regime kommen zu lassen. Ihr Interesse ist, engen Kontakt zur vertriebenen palästinensischen Bevölkerung zu halten sowie politische Zentren und Ausbildungslager in der Nähe des zionistischen Feindes unterhalten zu können. Syrien ist für sie Teil des „Widerstandsdreiecks", dessen andere Eckpunkte die libanesischen fortschrittlichen Organisationen und der palästinensische Widerstand sind.

Allerdings – dies sei noch einmal betont – ist Syrien innerhalb des „Widerstandsdreiecks" das schwächste Glied. Das kleinbürgerliche Baath-Regime hat kein Interesse an demokratischen oder gar sozialistischen Umwälzungen in der Region. Als die libanesische Linke und der palästinensische Widerstand im Klassenkrieg 1975/76 gegen die libanesische Bourgeoisie die Oberhand gewann, griffen syrische Truppen zugunsten des faschistischen libanesischen Regimes ein und beteiligten sich am Massaker in dem palästinensischen Flüchtlingslager Tel al Zaatar.

Der Widerstand im besetzten Palästina und der Kampf gegen die Zionisten im Libanon wurde immer schon als Einheit betrachtet. Auch 1982, während der israelischen Aggression, wurde der Widerstand in den besetzten Gebieten verstärkt. Die heutige Situation im besetzten Palästina, in dem sich der Widerstand in massenhaften Demonstrationen, politischen und militärischen Aktionen und alltäglichen Angriffen gegen die feindlichen Besatzer ausdrückt, zeigt, daß das palästinensische Volk nicht aufgegeben hat, für seine Ziele zu kämpfen. Besonders die Jugendlichen und die Frauen spielen eine entscheidende Rolle im täglichen Kampf gegen die Zionisten. Die israelischen Besatzungstruppen gehen mit unglaublicher Härte und Brutalität gegen diesen Widerstand vor.

Bei einer Sitzblockade am 4.12.86 an der Universität Bir Zeit in den besetzten Westbanks, die aus Solidarität mit den Palästinensern in den Lagern im Libanon und aus Protest gegen die israelischen Angriffe im Libanon stattfand, haben israelische Armee-Einheiten 2 Studenten erschossen und 20 verletzt.

Der Mord an den Palästinensern in den Westbanks hat am 5.12.1986 zu weiteren Demonstrationen in Nablus und Ramallah geführt. Auf diesen Demonstrationen haben die Israelis einen 14jährigen Palästinenser erschossen.

Inzwischen haben sich die Demonstrationen auf die gesamten Westbanks und auf den Gazastreifen ausgeweitet. Im Gazastreifen sind ca. 10 Leute verletzt und 70 festgenommen worden. In den Westbanks herrscht für die 20 000 in Lagern lebenden Palästinenser totale Ausgangssperre. Die Universität in Bir Zeit wurde bis auf weiteres geschlossen.

Seit dem 4.12. herrscht in den meisten Dörfern und Städten ein Generalstreik.

Spendet für das palästinensische Volk im Libanon:
Christuskirche Wandsbek,
Postgiroamt Hamburg, Kto.
17716-204 (BLZ 200 100 20),
Stichwort „Sabra + Shatila"

Die Ziele des Imperialismus in der arabischen Region

In ihrer Strategie, den sozialistischen Staatenblock einzukreisen, gelang es den USA bislang nicht, den arabischen Raum in ein militärisches Paktsystem einzubeziehen. Mit der Zerschlagung des Bagdad-Paktes 1959 und dem Aufschwung der arabischen Nationalbewegung in den 60er und 70er Jahren verlor die militärische Präsenz der USA wichtigen Boden im arabischen Raum.

Heute wollen die USA den Versuch wiederbeleben, eine pro-imperialistische Achse Amman-Kairo-Bagdad aufzubauen. Die Durchsetzung der imperialistischen Pläne in der arabischen Region setzt die Vernichtung seiner Befreiungsbewegungen voraus. Die revolutionäre Bewegung und der alltägliche Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus haben an Stärke gewonnen und finden immer größere Verankerung bei den arabischen Völkern. Die reaktionären arabischen Regimes verlieren zunehmend ihre Basis, geraten in Isolation und kämpfen um ihr Überleben. Ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Plänen wird immer größer und deutlicher.

die gesamte arabische Region auszuweiten und so den Hungerrevolten und dem Widerstand gegen die Politik des IWF in Ägypten, Jordanien, Tunesien und Marokko entgegenzuwirken, fehlen dem Imperialismus jedoch die ökonomischen Mittel.

Gleichzeitig greift der Imperialismus zu militärischen Mitteln. Daß die direkte militärische Aggression durch die Nato als Mittel der Herrschaftssicherung aktualisiert wird, zeigt der Angriff auf Libyen im April dieses Jahres. Neben der arabischen Befreiungsbewegung ist die antiimperialistische Politik Libyens und auch der DVR Jemen ein großes Hindernis für die imperialistischen Pläne.

Aber nicht nur Libyen oder die DVR Jemen waren mit diesem Angriff gemeint. Auch allen anderen arabischen Staaten sollte deutlich werden, daß sie unter dem Diktat der USA und der Nato stehen.

Das Wiedererstarken der palästinensischen Revolution im Libanon, ständige Widerstandsaktionen gegen „Nordisrael" und die zunehmende Schärfe des Widerstandes in den besetzten Gebieten durchkreuzen die imperialistischen Pläne. Die Absicht, die PLO zu befrieden, Hussein als ihren „Sprecher" einzusetzen und ihn dann mit den Zionisten und den USA das dreckige Geschäft machen zu lassen, wird durch die Offensive des palästinensischen Widerstands zunichte gemacht.

Der Versuch der reaktionären arabischen Staaten und besonders Jordaniens, eine „Alternative" zur PLO zu bilden, wird begünstigt durch die Polarisierung in der PLO, hervorgerufen durch den kapitulationistischen Kurs Arafats und sein Kollaborieren mit den imperialistischen Plänen. Arafat wird in jede wichtige Strategie mit einbezogen, denn die imperialistischen Pläne können nur beim Schweigen der Befreiungsbewegung gelingen.

Der erste und wichtigste Schritt, diese Pläne zu vereiteln, ist daher, die Einheit der PLO wiederherzustellen, d.h. auf der Basis der palästinensischen Nationalcharta die PLO auf ihre antiimperialistische, antizionistische Linie zurückzuführen. Die Einheit der PLO wiederzuerlangen, gilt bei allen revolutionären Organisationen der PLO als vorrangige Aufgabe. Dies fordert von der PLO-Führung die sofortige Aufkündigung des Amman-Abkommens vom 11.2.1985, die Annullierung des 17. illegalen Nationalrates und seiner Ergebnisse auf politischer und organisatorischer Ebene, den Abbruch der Beziehungen zu den reaktionären arabischen Regimes in Amman, Kairo und Bagdad und eine kollektive Führung der PLO. Ferner wird der Abbruch der Beziehungen zu den Kollaborateuren in Palästina (z.B. Hussein-loyale palästinensische Bürgermeister), die strategische und politische Zusammenarbeit mit der arabischen Nationalbewegung, den fortschrittlichen arabischen Staaten und den sozialistischen Staaten gefordert.

Ein wesentlicher Punkt, der die Strategie des Imperialismus und der von ihm abhängigen reaktionären arabischen Regimes verdeutlicht, ist der Versuch, Camp David zu „arabisieren".

Der US-Imperialismus finanziert in erheblichem Maße, neben dem zionistischen Staat „Israel", das jordanische und das ägyptische Regime. Diese Gelder werden z.T. für Investitionen in den Westbanks verwandt, um dort mit ökonomischen Mitteln die Region zu befrieden. Hier soll zum ersten Mal ein ökonomisches Enowicklungsprogramm eingeleitet werden. Diesen Befriedungsplan auf

Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und den Sieg der palästinensischen Revolution!

Gegen die zionistische und imperialistische aggressive Machtpolitik im arabischen Raum!

Für einen starken arabischen anti-imperialistischen Widerstand!

Schluß mit der Abschiebung von palästinensischen und anderen Flüchtlingen aus der BRD!

Solidarität mit dem Befreiungskampf des libanesischen und palästinensischen Volkes!

Autonome Nahost-Gruppe
Postlagerkarte 0590728
2000 Hamburg 4

v.i.S.d.P.: Peter Mölle, Lindenallee 70, 2 Hbg. 20

Nazis raus !

(Dokumentation)

Der 30.1.33 war der Tag der sogenannten Machtübernahme. Das heißt: Das Kapital setzte an diesem Tag den offenen faschistischen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und Intelligenz.

Deshalb haben wir zum 30.1.87 vier Kriegerdenkmäler besprüht und das Auto (grüner Passat WI-SN 535) von H. Schmidt angebrannt (Brandsatz). Denkmäler dienen der Kriegspropaganda und Neonazis zielen auf die reaktionäre Radikalisierung der Bevölkerung. Beide gehen davon aus, daß es eine Verschärfung der Situation geben wird, was heißen kann, daß die faschistischen Hilfstruppen konkret zum Einsatz kommen. So ermorden Neonazis schon heute Ausländer oder verunsichern die Bevölkerung durch terroristische Anschläge (Oktoberfestattentat), was zur Folge hat, daß diese nach einem starken Staat schreit. Die eine Lösung der Krise ist der Krieg nach innen, die andere der Krieg nach außen.

In Wiesbaden gibt es eine ganze Reihe von Kriegsdenkmälern, die an verschiedene Kriege "erinnern" sollen. Grundsätzlich haben solche "Ehrenmäler" eine Funktion. Sie dienen der ideologischen Vorbereitung auf einen neuen Krieg. Die "Leistung" der Soldaten steht im Vordergrund, diese "Leistungen" sind: Opferbereitschaft, blinde Treue, Mut und Kampfkraft. Über den Hintergrund der Kriege oder ihrer Funktion für die Herrschenden wird bewußt nichts ausgesagt. Es wird aber Betroffenheit beim betrachtenden Menschen ausgelöst, weil in fast jeder Familie ein Angehöriger umkam. Der Effekt: Stolz über den Tod "unserer Helden" und Haß gegen andere Völker. Gerade die Zeit von 1933-45 wird in letzter Zeit immer mehr verharmlost und in ihrer faschistischen Brutalität abgewertet, z.B. durch Kohl's Bemerkungen zu Göbbels (Gorbatschow) und KZ's (DDR).

So wird z.B. gezielt der faschistische Charakter der Wehrmacht geleugnet und die Unschuld des einzelnen Soldaten betont. Dazu einige Befehle des Oberkommandos der Wehrmacht:

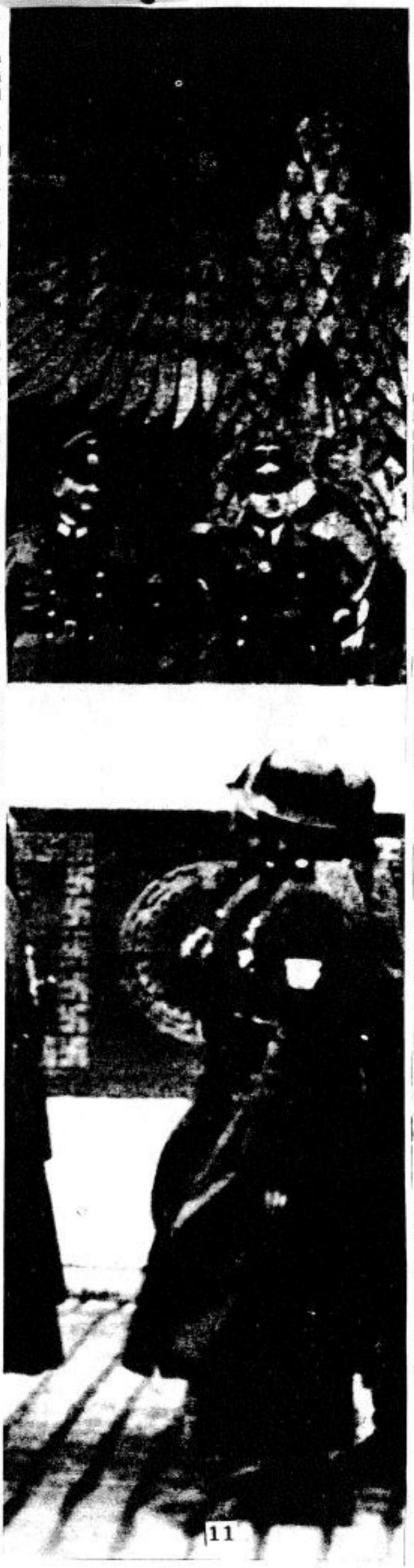
16.9.41: "...dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt, und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann."

16.12.41: "...die Truppe ist aber berechtigt und verpflichtet, ...ohne Einschränkung, auch gegen Frauen und Kinder, jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt ..."

Dazu noch der Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, Feldmarschall von Reichenau, in einer Rede vor Soldaten: "Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regelen der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen, völkischen Idee ..."

Neben solchen Befehlen hatten aber auch die Soldaten (natürlich nicht alle) ein besonderes Interesse an Pflichttreue. So ließen sie sich oft mit ihren gequälten und getöteten Opfern (Zivilbevölkerung, Partisanen etc.) in Siegerpose fotografieren, um solche "Erinnerungen" stets bei sich zu tragen.

Die Wehrmacht war eine faschistische Armee, alles andere ist der Versuch, sie reinzuwaschen um sie als Vorbild für den heutigen Soldaten hinstellen zu können.



Wer ist Hans Schmidt?

Hans Schmidt ist Vorsitzender des Kreisverbandes der NPD Wiesbaden; persönlicher Referent des NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Hessen. Für die Bundestagswahl '87 war er Kandidat der NPD im Wahlkreis Gießen. Schmidt wohnt in Wiesbaden-Bierstadt, Käthe-Kollwitz-Str. 15, ist 45 Jahre, hat fünf Kinder, hat zehn Jahre lang beruflich im arabischen Raum zu tun gehabt und ist seit 18 Jahren bei der NPD aktiv.

Zur NPD an sich:

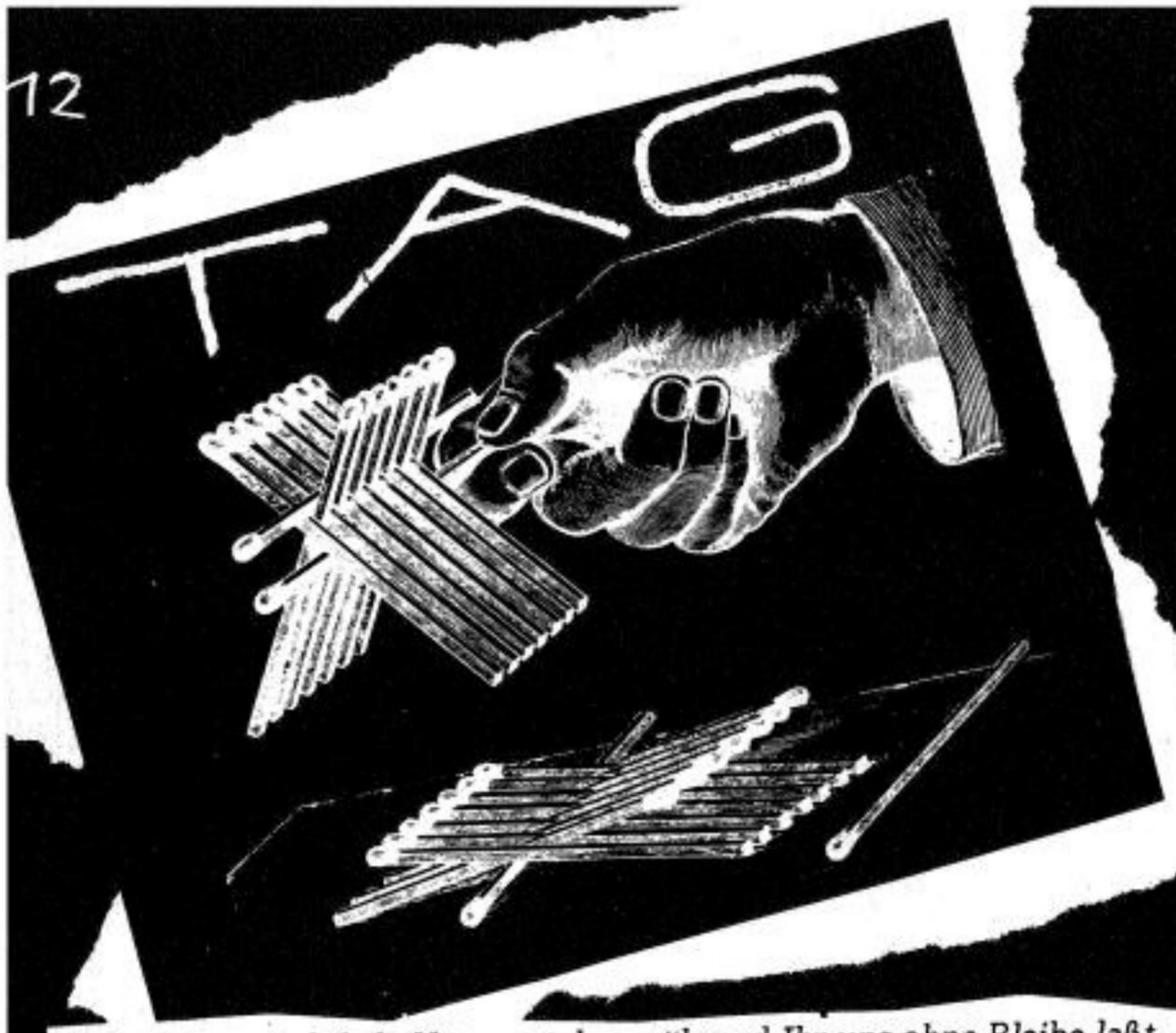
Für die Faschistenszene in der BRD erfüllt die NPD verschiedene Funktionen. Mit ihr hat der organisierte Neofaschismus sozusagen den Fuß in der Tür zum Parlament. Die NPD hat im Rahmen von Wahlen die Möglichkeit, faschistische Propaganda unter die Massen zu bringen. Wie die anderen Parteien kann sie Plakatflächen und TV-Werbespots nutzen. Außerdem hat sie die Möglichkeit, an Staatsknete in Form von Wahlkampfkostenerstattung zu gelangen. So erhielt die NPD z.B. bei der Bundestagswahl '87 für ihre Steigerung von 0,2% Stimmenanteil auf 0,6% 1,4 Millionen Wahlkampferstattungsgelder. Über die NPD sind schon viele Neofaschisten in militante Kreise und Wehrsportgruppen sind aus dem berüchtigten NPD-Ordnerdienst (OD) entstanden. So z.B. die Hamburger "Hansa-Bande", aus der später die ANS wurde.

Auch heute noch versucht die NPD, teilweise ganz offen, Kontakte zu militanten Nazi-Gruppen aufrecht zu erhalten bzw. zu vertiefen. So wurden zum NPD-Bundesparteitag '86 in Willingen, offiziell Vertreter der FAP geladen. Und der Wiesbadener NPD-Funktionär und Landesdelegierte Peter Naumann (33) versucht mit seiner Aktionsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund, die die "völkischen Eigenheiten" mit Sonnwendfeiern fördern will, auch andere Gruppierungen anzusprechen.

Auch für dem Staat hat die NPD ihre Funktion. So schafft sie mit ihren "Ausländer raus" Parolen ein rassistisches Klima in der Bevölkerung, das auch von Massenblättern wie der Bild-Zeitung angeheizt wird. Ist so ein politisches Klima erstmal da, kann der Staat die Ausländerfeindlichkeit in Gesetze gießen.

Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System!

Rotfront



zerstört werden konnte. Das verstehen wir unter Strukturen, das Verhältnis untereinander, das wir weiterbringen und vertiefen wollen. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß wir unsere Handlungsfähigkeit dadurch festigen, indem wir verantwortlich, listig und schlau mit unseren Plänen gegen sie für uns umgehen. Dabei sehen wir uns als Teil einer Bewegung gegen Staatsterrorismus und für Befreiung und Autonomie. Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler. Wir haben ihren ganzen Apparat gegen uns, nicht nur einzelne Behörden wie Sozialamt, Baubehörde, Kreiswehrersatzamt etc. Wir wollen gemeinsam mit euch und koordiniert versuchen, ihren Unterdrückungsapparat zu blockieren. Jeder von seinem Punkt und seinen Erfahrungen aus, selbstbestimmt in jeder Beziehung. Unser Ziel bei dem Aktionstag X ist es, so eine Stärke herzustellen, daß wir uns und unsere Forderungen durchsetzen können. **Unsere Minimalforderungen sind:**

"In Erwägung, daß da Häuser stehn, während Ihr uns ohne Bleibe laßt,
haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehn, weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.
In Erwägung, Ihr hört auf Kanonen, andre Sprache könnt Ihr nicht verstehn,
werden wir dann eben - ja das wird sich lohnen - die Kanonen auf Euch drehn

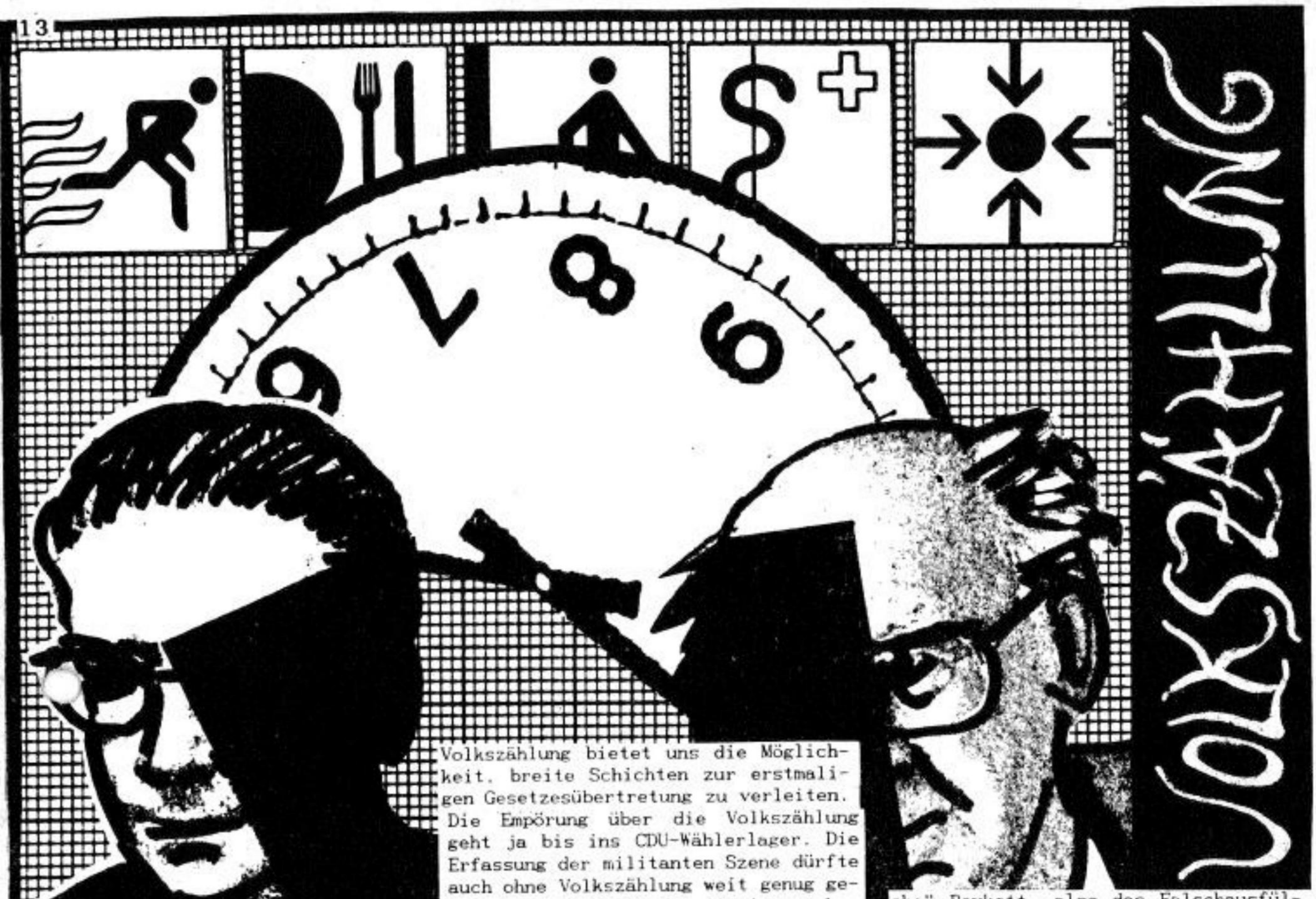
X Wiederanschluß des Stroms durch die HEW
X Zurückgabe der geräumten Wohnungen
X Keine weiteren 'Begehungen' durch Bullen und Saga
X Erhalt aller Häuser mit uns als Bewohner/innen

Um zur Sache zu kommen: An einem selbstbestimmten Tag X wollen wir mit möglichst vielen Gruppen den Apparat, der die tägliche Unterdrückung organisiert, möglichst weitgehend stören. Aus der Tatsache, daß die Bullen fast wöchentlich uns mit Einsätzen terrorisieren, haben wir beschlossen, den Spieß gegen sie zu drehen, sie anzugreifen.....Die Idee ist aus unserer Situation raus entstanden, aus der existentiellen Frage wieder Strom zu kriegen und zu verhindern, daß die Bullen uns alle paar Wochen die Wohnungen zerstören. Aus der politischen Lage, aus der Demo, aus der breiten Mobilisierung, die zum Erfolg führte, weil wir uns mit unterschiedlichen Kräften und Mitteln gegen sich durchgesetzt haben. Wir konnten die Angriffe der Bullen zurückschlagen und erreichen, daß sie das Spalier zurücknehmen mußten und die Demo nicht spalten konnten. Dadurch wurde die Demo ein Erfolg, erzeugte Gegendruck. An dem Erfolg der Demo, an der Stärke, wollen wir anknüpfen und weitermachen. Es geht darum nicht nur breiter, sondern auch tiefgehender zu mobilisieren. Aber der Druck der Demo reicht noch nicht, sie dazu zu bewegen, daß sie von ihrer stumpfen Räumungs- und Zerstörungslinie abrücken. Wir müssen Wege finden, wie wir die Stärke der Demo auf anderer Ebene organisieren und weiterbringen, für den Gegendruck, der sie zwingt, von ihren Positionen abzugehen und auf unsere Forderungen einzugehen. Das hört sich ziemlich hochgesteckt an, wird dann aber greifbar, wenn wir von unseren eigenen Erfahrungen ausgehen. Mit ihrer Einsatzstrategie wollten sie erreichen, daß wir der Frustation und der Ratlosigkeit verfallen, uns damit zermürben und zum Aufgeben zwingen. Weil aber Pawelczyk und seine Seinesgleichen nie begreifen, wie aus unserem Zusammenleben Power entsteht, haben sie sich mit ihren Strategien verkalkuliert.

Die Stärke, die wir dafür entwickeln müssen ist die, daß sie am Tag X mit so einer Menge und Vielfalt von Aktionen konfrontiert werden, daß sie es einfach nicht mehr schaffen und um die 'Ruhe und Ordnung' wiederherzustellen nachgeben müssen. Alfons Pawelczyks Pläne von einem Hamburg ohne Hafenstraße und ohne Widerstand bzw. von einer Stadt, wo kalte Friedhofsruhe herrscht, müssen von uns k[illegible]e Grenzen gesetzt werden. Alfons Pawelczyk muß geräumt werden!

Befreiung oder Barbarei!

Aus unseren gemeinsamen Leben, aus unserer Fähigkeit Grundbedürfnisse zusammen zu organisieren, uns gegenseitig zu unterstützen, schaffen wir eine Grundlage zur Solidarität, zum gemeinsamen Kampf, die von den Schweinen immer wieder angegriffen wird, aber niemals



VoBo-Inis gründen sich überall und kaum eine Szene-Zeitung, in der nicht über die Volkszählung berichtet wird. Wir wollen daher nicht auch auf die Gefährlichkeit der Befragung eingehen, sondern kurz was zu unserer politischen Strategie schreiben.

Die Fragen der Zählung scheinen auf den ersten Blick nicht sonderlich erschreckend - schließlich muß man dieselben Fragen schon bei Bewerbungen, auf dem Sozialamt etc. beantwor[illegible]. Auch deshalb tauchen zwei ern[illegible]unehmende Argumente gegen einen Boykott auf:

-warum sollen wir dem Staat die ganze Kohle für die Strafen zahlen
-hat die Volkszählung nicht gerade den Sinn, alle gefährlichen Elemente zu erfassen, um sie dann z.B. im Kriegsfall gleich aus dem Weg zu schaffen oder mit Psychopharmaka ruhigzustellen.

Wir halten trotzdem einen Boykott für richtig. Die Chance, die Volkszählung wie 83 zumindest indirekt verhindern zu können, ist zwar gering. Diesmal ist der Propagandaapparat offensichtlich gut vorbereitet und auch das Bundesverfassungsgericht wird nicht aus der Reihe tanzen - die entsprechenden Absprachen sind wohl getroffen worden - auch wenn es nicht zu verhindern sein dürfte, daß einige naive erneut den Weg über das BVG suchen werden.

Wer den VoBo ablehnt, weil er die eigene Überwachung fördere und trotzdem Widerstand leisten will, dem bleibt nur die nächtliche Kleingruppe. Dies bedeutet aber auch: im eigenen Ghetto bleiben. Gerade die Volkszählung bietet uns die Möglichkeit, breite Schichten zur erstmaligen Gesetzesübertretung zu verleiten. Die Empörung über die Volkszählung geht ja bis ins CDU-Wählerlager. Die Erfassung der militanten Szene dürfte auch ohne Volkszählung weit genug gehen; die neuen Daten bisher unbescholtener Bürger könnten vielleicht sogar für Verwirrung sorgen.

Da "was kann mir passieren?" die am häufigsten gestellte Frage ist, hier noch mal in aller Kürze:

"Wenn es uns gelingt, durch massenhaften Boykott die Volkszählung 87 zu verhindern, wird keinem, der sich nicht aushorchen läßt, etwas passieren. Die zuständigen Stellen wären schon bei einer großen Anzahl von Boykotteuren mit der Durchführung von Tausenden von Zwangsgeld- und Bußgeldbescheiden überfordert.

Sollten sie es dennoch versuchen, wird der Ablauf im wesentlichen folgender sein: Bei standhafter Auskunftverweigerung werden nacheinander zwei sogenannte Zwangsgelder angedroht bzw. verhängt werden, um den Verweigerer doch noch zum Ausfüllen der Bögen zu bringen. Die Höhe dieses Zwangsgeldes legt die Gemeinde fest.

Erreichen sie damit nichts, so wird ein Verwarnungsbescheid (entspricht Strafzettel in Höhe von DM 50) erlassen. Wird dieser nicht angenommen, so kann ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden, das vermutlich mit einem pauschalen Bußgeld von ca. 200 DM enden wird. Gegen Zwangsgeld- und -wenn die Verwarnung nicht angenommen wird- Bußgeldbescheid sollte unbedingt5t Widerspruch eingelegt werden, damit keine Rechtskraft eintritt.

Für Ausländer sind sowohl Ausfüllen der Bögen als auch Boykott gefährlicher als für Deutsche (Ausweisungsgrund!). Sie sollten sich von einem Rechtsanwalt gesondert beraten lassen." (Münchner VoBo-Flugblatt)

Von vielen wird der sog. "weiche" Boykott, also das Falschausfüllen, in Erwägung gezogen. Allerdings: politisch wird dies keine Auswirkungen haben. Die Fälschungsquoten werden von den statistischen Ämtern geleugnet werden. Wird die Fälschung entdeckt, wird der Bogen mit der Bitte um korrektes Ausfüllen zurückgeschickt, u.U. steht auch hier eine Strafe ins Haus.

Das Aufkommen der VoBo-Inis ist vor allem dadurch zu erklären, daß jeder selbst seinen Beitrag zum Überwachungsstaat leisten soll - das Ausfüllen der Bögen stellt eine aktive Unterwerfung dar. Zu befürchten ist, daß die Gruppen bei dieser Thematik stehenbleiben werden, anstatt den Volkszählungsboykott als Ausgangspunkt für Aktivitäten gegen die ganze Überwachung zu nuten.

Big Brother wird seine Kontrolle auch ohne Volkszählung erweitern - die allgegenwärtigen Kameras sind noch die augenfälligste Erscheinung neben ZEVIS, dem neuen Personalausweis (ab 1.4.87 - nix gelaufen), der zunehmenden Kontrolle durch Ämter und subtilen Methoden wie Btx und Kabelfernsehen.

Ebenso wichtig ist es, unsere Unterschiede zur grün-bürgerlichen Argumentation herauszuarbeiten, anstatt uns für eine grüne VoBo-Kampagne abzurackern. Nicht ein evtl. Mißbrauch, schon der Gebrauch der Daten richtet sich gegen uns!

Das Münchner VoBo-Plenum trifft sich jeden Dienstag um 19.30 Uhr in der ESG, Friedrichstr. 25, Schwabing.

Kontaktstelle ist u.a. der Infoladen, Breisacher Str. 12, Tel. 4489638, Mo-Do 17-20 Uhr.

AUFRUF zur KWU_Kampagne!

Am 2.5. findet in Erlangen eine große Anti-Siemens und -KWU-Demonstration als Abschluß der Tschernobyl-Woche statt.

Auf der BUKO vom 16./17.1. in Nürnberg wurde dieser 2.5. als bundesweiter Aktionstag beschlossen: An allen 4 Standorten soll gegen die Machenschaften der KWU protestiert werden.

Warum ist die KWU ein wichtiger Angriffs- und Ansatzpunkt unseres Widerstands? Der Widerstand gegen Atomprojekte darf nicht nur vor Ort (Wackersdorf, AKW-Bauplätze) stattfinden, sondern muß verstärkt in die Produktionsstätten, an die Wurzeln des Übels, getragen werden. Eine davon ist die KWU, als die zentrale Koordinierungsinstanz des bundesdeutschen Atomprogramms.

Was ist eigentlich die KWU? Eine 100%ige Siemenstochter und weltweit der drittgrößte Atomproduzent. Zur Zeit werden drei innländische AKWs fertiggestellt: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sollen pünktlich 1987, 1988 und 1989 ans Netz gehen. Aus dem Siemens-Geschäftsbericht 1986: "Künftig jedes Jahr ein Großkraftwerk...für eine preisgünstige Stromversorgung benötigt die Bundesrepublik Deutschland im Laufe der neunziger Jahre zusätzlich zwei bis drei Kernkraftwerke. Die im Gefolge von Tschernobyl eingetretenen politischen Unsicherheiten hemmen zur Zeit jedoch die Bereitschaft." Weiter gehts dann mit Auslandsgeschäften. Die KWU ist federführend in dem Konsortium für die WAA und projektiert zur Zeit große Teile in ihrem Werk in Erlangen. Ohne die KWU wäre kein westdeutsches Atomprogramm denk- und durchführbar. In Erlangen und Offenbach wird geplant, in den Werken Mühlheim und Berlin wird gefertigt, und das KWU-Servicezentrum Karlstein erledigt die für den Normalbetrieb notwendigen Inspektionen vor und nach der Inbetriebnahme.

Auch im Ausland ist die KWU aktiv. Sie baut zur Zeit 4 AKWs in den Ländern Spanien, Brasilien und Argentinien. Sie exportiert Atomanlagen in die 3.Welt, zum Teil unter Umgehung des Atomwaffensperrvertrages. So wird zum Beispiel Südafrika der Griff zur A-Bombe ermöglicht. Ihre Profite erwirtschaftet die KWU gemeinsam mit Militärdiktaturen auf Kosten der Lebensbedingungen der Menschen in diesen Ländern. Der Name KWU steht dort für Hunger, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung.

An diesen Verhältnissen wird auch die geplante Eingliederung der KWU in die Konzernmutter Siemens mit Sicherheit nichts ändern. Die Eingliederung der KWU geschieht ausschließlich aus wirtschaftlichen (Stagnierung der Aufträge) und unternehmenspolitischen Gründen (Arbeitskräfte können so vielseitiger eingesetzt bzw. herumgeschoben oder entlassen werden).

Die KWU ist ein Beispiel dafür, wie die Arbeit von rund 14.000 Menschen gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen ihre eigenen organisiert wird. Wir sind vor die Frage gestellt, wie diese Arbeit gestoppt werden kann. Die Entwicklung der bundesdeutschen Atompolitik nach Tschernobyl zeigt, daß die Herrschenden in diesem Land bereit sind, das Atomprogramm auf unsere Kosten und für ihre Profite weiter durchzuziehen. An der konkreten Atompolitik der KWU zeigt sich, was für eine Substanz das Gerede vom Ausstieg hat.

Wir rufen alle dem Atomprogramm kritisch gegenüberstehenden Gruppen auf, sich an einer offensiven und entlarvenden Kampagne gegen die KWU zu beteiligen.

Die Kapitalverflechtungen, Exportgeschäfte, das militärische Interesse bei der Durchführung des Atomprogramms, die Arbeitsbedingungen/Arbeitsplatzfrage müssen in der Öffentlichkeit bekanntgemacht und diskutiert werden.

UNTERSTÜTZT DIE VERANSTALTUNGEN IM RAHMEN DER KWU-KAMPAGNE!!

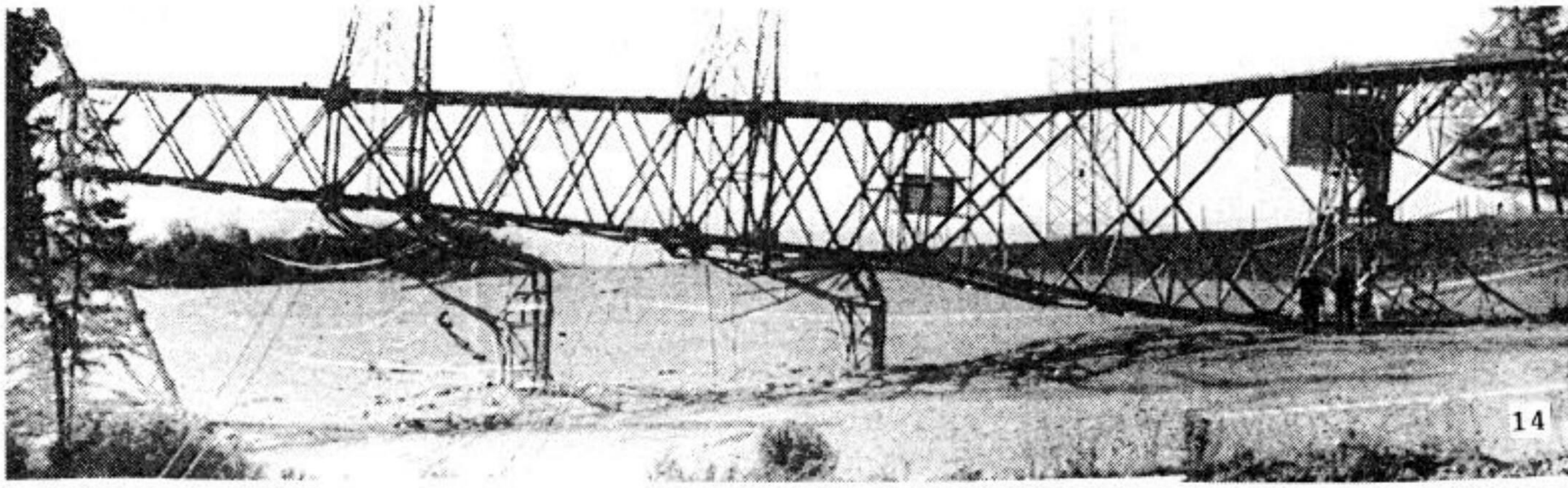
Am 29.4. findet in Erlangen (E-Werk, Mehrzweckbereich) ein KWU-Tribunal statt!!!

KOMMT ALLE AM 2.5. ZUR DEMO NACH ERLANGEN!

Diskutiert bitte diesen Aufruf in eurer Gruppe und schreibt uns, ob ihr Interesse habt diesen Aufruf zu unterstütz- Für die Demo am 2.5. wird es **Plakate** geben, zu bestellen bei (nur **gegen** Cash, leider!) der Kontaktadresse:

R. Buhlmann, Geschw-Scholl-St 10,
8520 Erlangen, T.09131/33927

Spendenkonto: Sparkasse Erlg. 331889
Stichwort KWU



BUKO

Extremistisches Schriftgut füllt Akten-Ordner

Zum Ablauf

Am 27. 11. 86 wurde die für den 28. - 30. 11. in Regensburg geplante BUKO verboten.

Am 12. 1. 87 erschienen erste Hetzartikel in der Presse, die von der Staatsregierung, die ein Verbot der BUKO forderte, lanciert waren.

Der Polizei gelang es, fast alle Diskussionen zu verhindern, indem sie den Ausnahmezustand probte. Die Teilnehmer ließen sich auf ein Katz- und Mausspiel mit den Bullen ein. Nach dieser Niederlage wurde beschlossen, die nächste BUKO wieder in Bayern stattfinden zu lassen.

Das Verwaltungsgericht Ansbach entschied am 15. 1. wider Erwarten gegen ein Verbot. Daraufhin konnten die Bullen nicht wie geplant das KOMM ab Freitag, 10 Uhr dichtmachen.

Am Freitag Vormittag versammelten sich SPD, Grüne und Presse im KOMM, während die Staatsregierung in 2. Instanz vor dem Obersten Verwaltungsgericht in München ihre Verbotsforderung durchpowern wollte.

Um ca. 17 Uhr wurde die BUKO schließlich mit folgenden Auflagen erlaubt:Benennung von Arbeitsgruppenleitern, Entsendung von Polizeibeamten in die Arbeitsgruppen, das Thema "Politische Gefangene darf nicht diskutiert werden.

Bayerns Innenminister August Lang wertet Einsatz bei

Nürnberger Anti-Atom-Konferenz als großen Erfolg

Wie geplant konnte um 19 Uhr im KOMM die Veranstaltung gegen die Anti-Terrorgesetze stattfinden, zu der u. a. Robert Jungk und Brigitte Heinrich eingeladen waren. Da Brigitte Heinrich (europaabgeordnete der Grünen) früher Kontakte zur RAF hatte und Robert Jungk seit seiner Rede in Hanau als Sympatisant von "Gewalttätern" gilt, sollten sie der Anlaß für ein Verbot der Veranstaltung sein.

Die Tatsache, daß viele BUKO-Teilnehmer über Nacht im KOMM blieben, zeigte ihre große Entschlossenheit, die BUKO zu sichern. Die Eingänge und Fenster wurden gründlich verbarrikadiert und es wurden Nachtwachen eingeteilt. Daran konnten auch die Grünen und die KOMM-Sekretäre nichts ändern, die immer wieder dazu drängten, die Barrikaden wegzuräumen und wo anders zu schlafen, da es genügend Schlafplätze gäbe.Das Wegräumen der Barrikaden war ihnen scheinbar so wichtig, daß sie deswegen Samstag morgen um 7 Uhr die Leute weckten, die zurecht darauf verärgert reagierten.

Der Samstag verlief weitgehend planmäßig.Auf der Demo, zu der ca. 3000 Leute gekommen waren, kam es zu keinen Zwischenfällen, die Bullen hielten sich zurück.Die Resolution auf dem Eröffnungsplenum sollte zeigen, daß die BUKO keine Kompromisse mit dem Staat aushandelt,sondern wie geplant weitermacht. Arbeitsgruppenleiter, sowie die übrigen Auflagen wurden entschieden abgelehnt.

Dies versprach ein entschlossenes, solidarisches Handeln aller Anwesenden. Alle Arbeitsgruppen zogen ihr geplantes Programm durch, keiner kam auf den Gedanken, ARbeitsgruppenleiter zu benennen.

Um 3 Uhr morgens wurde das Verbot erneut gültig. Gerüchte darüber waren etwa ab Mitternacht im Umlauf und sorgten für Panikstimmung. Etliche Leute verließen das Komm, so waren gegen 3 Uhr weniger Leute anwesend, als die Nacht vorher. Für die Bullen wäre es ein günstiger Augenblick für eine Räumung gewesen, da eine Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich war, und Unsicherheit und Chaos Diskussionen erschwerten. Da mit einer baldigen Räumung gerechnet wurde, wurde eine bundesweite Telefonkette ausgelöst.

Am Sonntag Vormittag, ca. um 9 Uhr, begann das Abschlußplenum mit der Diskussion des Verbots, während zur gleichen Zeit über die Beschwerde gegen das Verbot verhandelt wurde. Es folgten die Berichte aus den Arbeitsgruppen und die Verabschiedung der Resolutionen.

Um 12 Uhr wurde im Plenum bekanntgegeben, daß das Verbot endgültig feststeht.

Veranstalter und KOMM-Seks einigten sich mit der Polizei und der Stadt auf ein Ende um 13.30, ohne daß die Teilnehmer von der Absprache etwas mitbekamen. Dieser Vorschlag wurde von einigen Grünen im Plenum eingebracht und positiv abgestimmt. Um 13.30 wurde das KOMM geschlossen verlassen.

Resolution des Eröffnungsplenums der BUKO am Samstag, 17.1.1987

Durch die konkrete Vorbereitung der BUKO Nürnberg ist öffentlich der Eindruck entstanden, daß sich die Veranstalter/innen auf staatliche Auflagen eingelassen haben.

Der Verwaltungsgerichtshof München hat der BUKO folgende Auflagen gemacht:

- namentliche Benennung von Arbeitsgruppenleitern mit der Maßgabe der aktiven Unterbindung von Diskussion um vorgeblich "strafbare" Handlungen.

- außerdem dürfe die BRD nicht der Ermordung der Gefangenen der RAF beschuldigt werden. Es darf nicht behauptet werden, daß es politische Gefangene in der BRD gibt.

- dazu kommen Auflagen der Stadt Nürnberg, wie beispielsweise die Entsendung von Polizisten in Arbeitsgruppen.

Das Eröffnungsplenum stellt zu diesen Zwangsbedingungen folgendes fest:

Wir aktzeptieren diese Auflagen nicht! Die BUKO wird so stattfinden, wie es in Regensburg geplant und in Frankfurt noch einmal beschlossen worden ist, oder sie wird garnicht stattfinden.

Warum lehnen wir diese Auflagen politisch ab?

Die Auflagen widersprechen fundamental unserer bisherigen Praxis, freie und ungehinderte Diskussionen über die Organisierung des weiteren Widerstands zu führen. Diese Praxis werden wir auch gegen die neuen Gesetze erkämpfen!

Es gibt in unserer Bewegung keine einzelnen Verantwortlichen, sondern wir orientieren uns in unserem Handeln auf ein gemeinsames, solidarisches und kollektives Vorgehen.

Mit den neuen Sicherheitsgesetzen wollen die Herrschenden genau diese Strukturen, die unsere Stärke ausmachen, zerschlagen. An diesem zentralen Punkt gibt es für uns nichts zu taktieren!

Ein Nachgeben auch bei einzelnen Auflagen wird zu einer schleichenden Gewöhnung und dazu führen, daß zukünftige Widerstandsaktionen und Konferenzen mit den Herrschenden ausgehandelt werden müssen.

Dann werden wir jedoch nicht mehr über die Aufmerksamkeit einer großen Öffentlichkeit verfügen, wie es bei dieser BUKO der Fall ist. Die Schere im Kopf wird dann alltäglich.

Die BUKO Nürnberg trägt in Ihrem praktischen Verhalten Verantwortung für die weiteren Entwicklungen auch in anderen Bereichen des Widerstands.

Wir wollen die Unterstützung und Solidarität von Prominenten, Grünen und anderen Parteien nur auf Grundlage dieses Selbstverständnisses.

Wir wollen weiterhin unsere Aktionen und Diskussionen parteiunabhängig organisieren.

Für eine freie und selbstbestimmte Diskussion!
Für eine starke BUKO!
Machen wir die Sicherheitsgesetze unsicher!
Keine Kriminalisierung des Widerstands!

Nürnberg, 17.1.1987 Das Plenum

Einschätzung

Der erfreulich große Teilnehmerkreis (ca.1000) erschwerte natürlich die inhaltliche Arbeit ungemein. Was in Arbeitsgruppen von 50 - 100 Leuten diskutiert wird, hängt wohl mehr vom Zufall ab. Dennoch kam in einigen Arbeitsgruppen ein intensiver Meinungsaustausch zustande, der sich z.T auch in Resolutionen niederschlug.

Die Themen reichten von politischen Gefangenen über Ausstiegskonzepte bis hin zur "Gewaltfrage".Die Themen reichten von politischen Gefangenen über Ausstiegskonzepte bis hin zur "Gewaltfrage".

Auffällig dabei war, daß die Zensurauflagen von niemandem beachtet wurden. So gab es weder Arbeitsgruppenleiter noch wurden Sachbeschädigungen oder das Thema politische Gefangene ausgegrenzt. In dieser Hinsicht wurden also die Beschlüsse des Plenums voll umgesetzt.

Spd: Spd und Stadt Nürnberg sind wohl gleichzusetzen. Die Spd wollte kurz vor den Wahlen krawalle in Nürnberg vermeiden, sich als wohlgesonnen gegenüber der ANTI-AKW-Bewegung ausgeben und gleichzeitig ihr pseudofortschrittliches Image bewahren.

Grüne: Grundlegender Fehler der Vorbereitungsgruppe war es wohl, sich einzubilden, die Grünen als Veranstalter und Schutz der BUKO auszunützen, und gleichzeitig von ihnen als Wahlpartei zu erwarten, das Ganze nicht für ihren Wahlkampf zu gebrauchen. So manche/r unterschätze die Agilität einer Partei, die vor der Bundestagswahl steht. Wahlpartei heißt doch, alles für die Wahl auszunützen und brauchbar zu machen.

Die Frage, warum die Grünen noch vor der Wahl das heiße Eisen BUKO in die Hand nahmen, läßt doch einige Gedanken zu. Wir sind der Meinung, daß sie damit Wählerstimmen fangen wollten. Einerseits als führende Hüter der ANTI-AKW-Bewegung erscheinen, andererseits als erfolgreiche Friedenspartei, die in der Lage ist, ohne "low and order", die militanten Gruppen der Bewegung in Schach bzw. im Griff zu halten. Diese Vorgehensweise hat Geschichte und war/ist besonders durch die Jahrzehnte hindurch von der Führung der Spd gegenüber der radikal linken Bewegung erfolgreich angewandt worden.

Kb: Der Kb hat die Grünen voll dabei unterstützt, in der Öffentlichkeit die "Leitung" der BUKO zu übernehmen. Hatte ansonsten einen heißen Draht zu KOMM-Sekretären und Geheimrat ohne diese Informationen weiterzugeben. Das entspricht der klüngelei einer Kaderpartei.

Geheimrat: zur Existenz einer solchen Gruppe läßt sich sagen, daß unter den gegebenen Schwierigkeiten ein Gremium für schnelle Entscheidungen nötig sein könnte, allerdings auf keinen Fall so wie während der BUKO: Völlig abgehoben von Plenumsbeschlüssen und dem vorher besprochenen Handlungsrahmen. (Wir brauchen kein ZK, auch kein vorrübergehendes)

KOMM-Sekretäre: Sie sind Vertreter der Stadt, hielten diese ständig auf dem laufenden und verhandelten gleichzeitig mit der Polizei. Sie versuchten andauernd, die Barrikaden ohne vorherige Absprachen zu entfernen. Auch das Ende der BUKO wurde von ihnen vorher mit der Polizei abgesprochen. Einem Teilnehmer der BUKO gelang es einmal, das Telefon im KOMM-Büro abzunehmen und sich mit Poppe (Leiter des KOMM) zu melden. Er war mit der Polizei verbunden, die ihm mitteilte, daß das mit 13.30 klarginge.

Ende der BUKO

Die AG's faßten ihre Diskussionen zusammen, wobei nicht mehr alle Ergebnisse wegen dem vorzeitigen Ende der BUKO vom Plenum bestätigt werden konnten. Die Resolution zu den politischen Gefangenen konnte mit anderen nicht mehr verabschiedet werden (Zufall ?). Auffällig waren die vielen neuen Gesichter, die, obwohl sie die übrige Zeit kaum anwesend waren, jetzt die Meinungsbilder beeinflußten (das ist natürlich auch eine Taktik). Veranstalter und KOMM-Seks einigten sich mit der Polizei und der Stadt auf ein Ende der BUKO um 13.30 Uhr. Natürlich ohne dies den Teilnehmern zu sagen. Sondern: von verschiedenen Grünen, u.a. Ditfurth, wurde dieser Vorschlag am Sonntagsplenum eingebracht und positiv abgestimmt.

Daraufhin wurde der große Eingang entbarrikadiert und die BUKO-Teilnehmer verließen geschlossen das bereits von grünen Männchen umstellte KOMM.

Erfolg - Mißerfolg ?

Aus der Sicht der Grünen war die BUKO mit Sicherheit ein Erfolg, sowohl was die Durchsetzung an sich und auch den Ablauf anging. Sie konnten die BUKO in weiten Teilen als ihre Veranstaltung verkaufen.

Für die Außerparlamentarische Bewegung war die BUKO kein Erfolg.

- Die BUKO wurde durch Taktieren und Mauscheln über die Runden gebracht.

- Die Barrikaden und Stellungnahmen deuteten ein entschlossenes Handeln der Teilnehmer an, was Polizei und Stadt höchstens zu einer besseren Vorbereitung einer Räumung angeregt haben dürfte.

- Inhaltliche Diskussionen waren wenig und schlecht aufgrund unserer mangelnden Vorbereitung für die Diskussionen (wir waren eigentlich nur warm angezogen).

- Die mangelnde Vorbereitung zeigte sich auch im Klatschverhalten und der Autoritätshörigkeit der Plenumsteilnehmer (widersprüchliche Aussagen wurden von den selben Personen beklatscht).

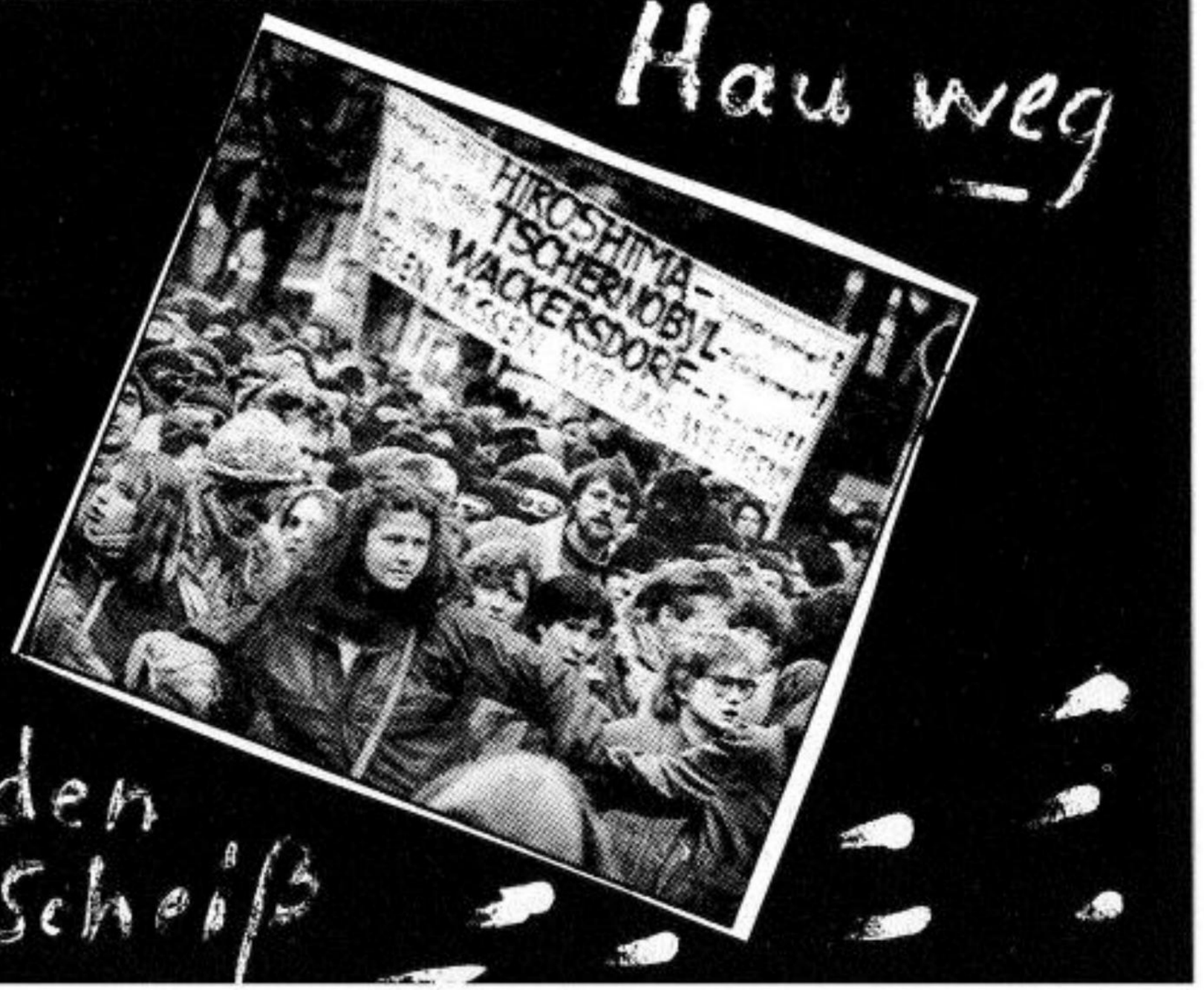
- Wir konnten für unsere Inhalte wenig Öffentlichkeit herstellen.

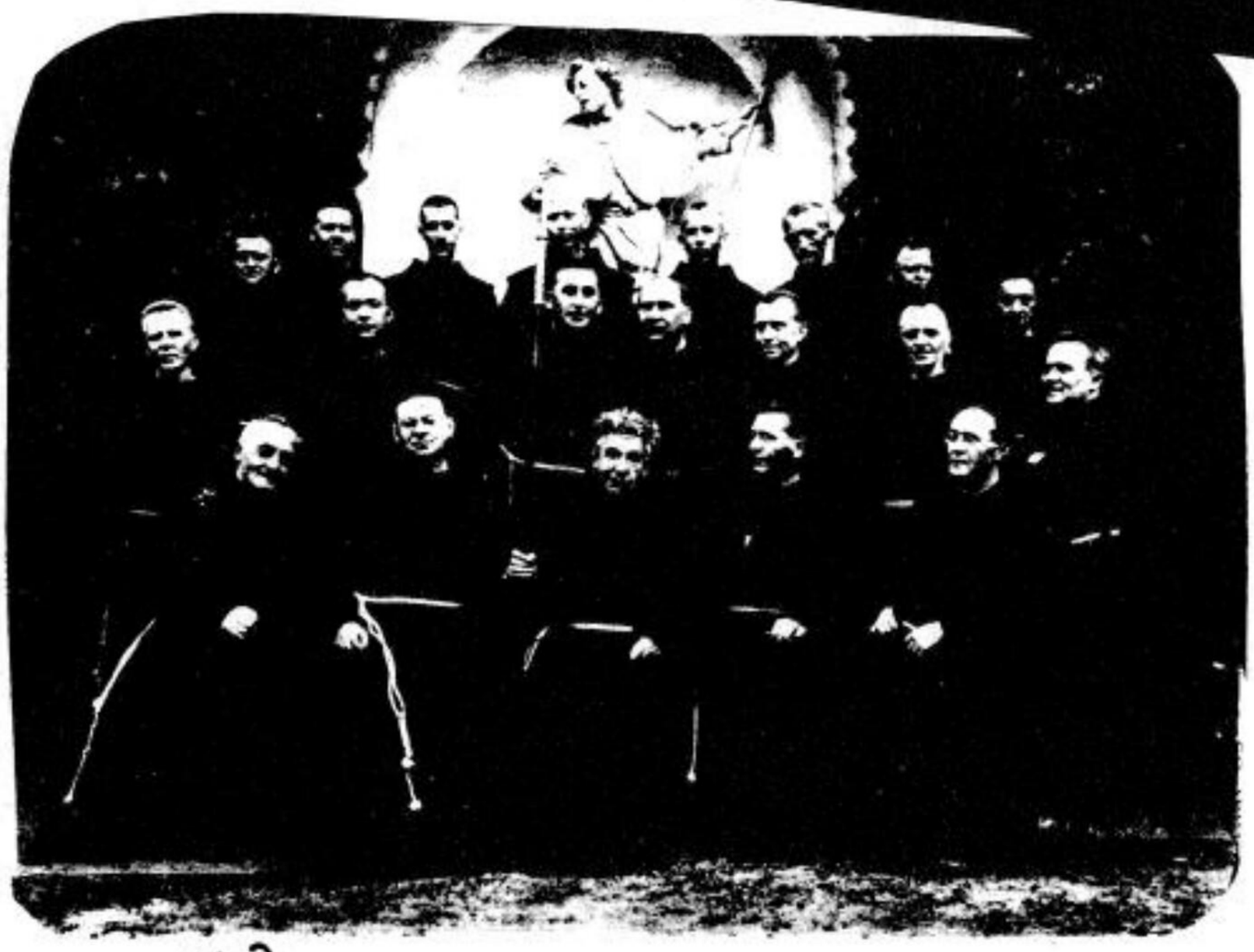
Insgesamt ist festzustellen, daß die BUKO für die außerparlamentarische Bewegung kein großer Erfolg war, da sie sich nicht unabhängig von der grünen Hilfe (wie in Regensburg) darstellen konnte, die Folgen davon könnten sein, daß sich die neuen ANTI-AKW-Gruppen mehr den Grünen als der unabhängigen Bewegung anschließen, da der Eindruck entstanden ist, daß die Grünen die führende und organisierende Kraft der Bewegung sind. Unserer Ansicht nach hätte eine von den Grünen unabhängige BUKO in einem anderen Bundesland für die außerparlamentarische ANTI-AKW-Bewegung mehr gebracht.

Konsequenzen

Wir müssen die nächsten Veranstaltungen dieser Art inhaltlich und organisatorisch besser vorbereiten. In Zukunft sollte darauf geachtet werden, daß keine Partei die ANTI-AKW-Bewegung für ihre Parteiziele mißbraucht, sondern nur gleichberechtigt/gleichrangig mitmacht.

Die Unabhängigkeit der Bewegung muß klarer betont und realisiert werden, da nur die Unabhängigkeit von Parteipolitik die ANTI-AKW-Bewegung für die Herrschenden unberechenbar und spontan bleiben läßt.





(Dokumentation)

In der Wahlnacht haben wir auf dem MAN-Gelände München-Nord die WAA-Fanatiker um 20.000 DM geschädigt. Wir fackelten einen Hydraulikbagger ab und besprühten die Baucontainer, um zu zeigen

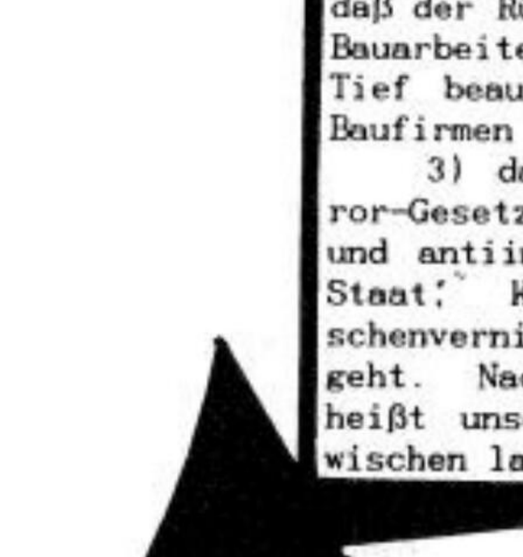
1) daß der Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf auch nach dem 25. 1. in entschiedener Härte fortgesetzt wird

2) um aufzuzeigen, daß Kapital zu Kapital kommt und hilft, wie z.B. daß der Rüstungskonzern MAN für seine Bauarbeiten den WAA-Totengräber Hoch-Tief beauftragt und nicht "normale" Baufirmen

3) daß auch nach den Anti-Terror-Gesetzen der sozial-revolutionäre und antiimperialistische Kampf gegen Staat, Kapital, NATO und menschenvernichtende Projekte weitergeht. Nach dem Anti-Terror-Gesetz heißt unser Gesetz "sich nicht erwischen lassen".

Krieg dem Krieg bis zum Sieg
Feuer und Flamme
Schutt und Asche
Der Staat WAAckelt

Anarchistische Zellen

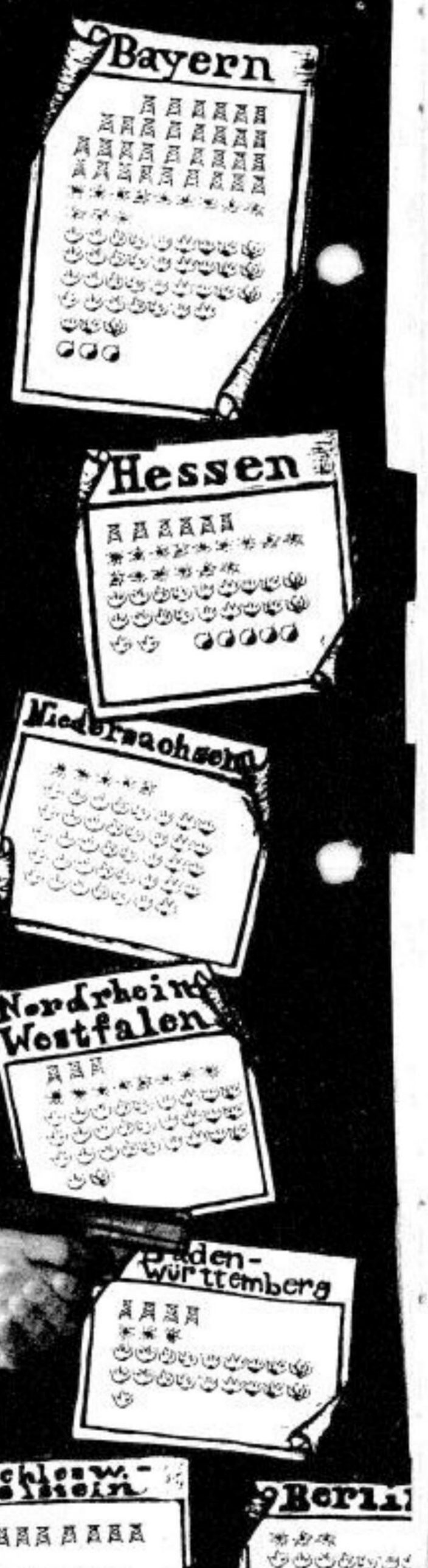


und

Bayern - -

- - - -

Franz!



immer wieder die HERZSCHLÄGE!

Ergänzung zu den anderen Erklärungen auf Seite 11+18

Auch die hier folgenden Erklärungen bezeichnen wir hiermit ausdrücklich als DOKUMENTATION, wegen ihrer interessanten Inhalte und weil wir die Zensur und Verdrehungen der sonstigen Presse nicht mitmachen. Vermutlich werden wir gerade deshalb trotzdem ein § 129a oder ein § 130a -Verfahren kriegen, doch wenigstens wird sich u.a. so Schritt für Schritt mehr die faschistische Fresse dieses Systems zei[illegible] wird die bürgerlich-demokratische Maske immer durchscheinender und unglaubwürdiger.

Zum einem Sprengstoffanschlag auf die zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin dokumentieren wir hier wegen seiner interessanten Inhalte folgenden Bekennerbrief der Revolutionären Zellen aus DE KNIPSEL-KRANT Nr.5 vom 25.2.87.

UNSER ANGRIFF AUF DIE ZSA IN BERLIN RICHTET SICH GEGEN DIE ASYLPOLITIK DER RASSISTISCHEN SONDERBEHÖRDE

Er ist kein Apell für eine menschlichere Außenpolitik. Es ist fatal zu glauben, durch Forderungen an die Herrschenden irgendetwas zu erreichen. Am Beispiel der jüngsten Ausweisungen in den Libanon verdeutlicht sich die eiskalte Logik gnadenloser Abschiebepolitiker. Bestandteil und Vorraussetzung dieser Politik ist die verwaltungstechnische Umsetzung der Vorgaben des Berliner Senats bzw. des Innenministers. Diese Rolle übernimmt in Berlin die zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA), eine zentralistische Sonderbehörde, speziell geschaffen für die hier ankommenden Flüchtlinge.

Die politischen, rassistischen Prämissen, unter denen diese Behörde agiert, stehen im direkten Interesse der europäischen Verbündeten: systematische Abschottung gegenüber der weltweiten Migrantenbewegungen, durch Schließung der Grenzen, vo allem des Zugangs in die BRD und nach Westberlin, durch Kanalisierung und Konzentration der Flüchtlinge in Sammellager.

Genau wie die Ausländerzentralregister in Köln und die Ausländerabteilungen der Bullen ist die ZSA absolut zentral organisiert - in Abweichung zur Struktur sonstiger Sozialbehörden, die kommunal bzw. bezirklich gegliedert sind. Mit einem optimierten Verwaltungsapparat und einer rigiden Anwendung des sozialtechnischen Instrumentariums setzt diese rassistische Sonderbehörde Maßstäbe für die Kontrolle kommender sozialer Auseinandersetzungen. Neben der Verteilung der Flüchtlinge auf die Lager in die BRD bzw. die Sammellager des Deutschen Roten Kreuzes regelt die ZSA die "soziale und medizinische Betreuung". Mit dem DRK besteht eine perfekte Symbiose in der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung der Lagerbewohner. Das beginnt mit dem Zwang, in der ZSA Sozialknete zu beantragen, weil den Flüchtlingen mit einem 2-jährigen Arbeitsverbot jede Existenzgrundlage genommen wird. Die ZSA erteilt einen erheblich verminderten Sozialhilfesatz: 50.-DM im Monat und - leben sie außerhalb der Sammellager - 190.- DM an Wertgutscheinen. Mit allen Mitteln - häufig durch Streichung der Wertgutscheine, der Sozialknete, der Mietzahlungen etc. - versucht die ZSA die Flüchtlinge in die Sammellager zu zwingen.

Die Konzentration in die Lager hat vorrangig drei Gründe: Zum einen sichert sie die arbeitsmarktorientierte Vernutzung der Flüchtlinge, weil sie leichter zu Zwangsarbeit verpflichtet werden können. Zum zweiten verdient sich das DRK in den Lagern eine goldene Nase. In unseren Erklärungen zu den Brandanschlägen auf die Autos der DRK-Funktionäre sind wir darauf eingegangen.

Zum dritten zielt die Zwangskasernierung verschiedener Nationalitäten auf die Widerstandskraft der Flüchtlinge: die gegeneinandergetriebenen Flüchtlinge werden von der Organisierung notwendiger Flüchtlingshilfen abgelenkt und am Aufbau klandestiner Strukturen gehindert. Nicht zuletzt erschwert der um die Lager gezogene Stacheldraht eine Vermischung mit dem hier existierenden Mileu.

Der auf niedrigsten Niveau eingeengte Lebensstandard und die Nichtachtung elementarer Hilfeleistungen - Krankenscheine werden zurückgehalten, Atteste werden nicht akzeptiert, Krankenbehandlungen unterlassen - ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden rassistischen Verwaltungsapparates.

Unser Ziel ist es nicht, für eine verbesserte Sozialtechnokratie zu kämpfen, unser Angriff auf diese Sonderbehörde ist grundsätzlicher Natur. Die ZSA und mit ihr alle rassistischen Behörden müssen weg.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

(Anschläge vom 1. Januar bis 15. November 1986)

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

geschichte strategie inhalte

In diesem Artikel soll versucht werden, Geschichte, Strategie und Inhalte der RZ objektiv darzustellen. Es geht nicht darum, für die RZ zu werben, sondern das Wissen über die Geschichte der RZ, sowie die Erfahrungen und Analysen der RZ müssen in die Diskussionen über Perspektiven des Widerstands mit einfließen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Artikel nur ein kleiner Teil unserer Diskussionsgrundlagen sein kann. Dazu gehört genauso Geschichte und Erfahrungen der RAF, die Lehren von der Pariser Kommune 1871, die von Rußland 1917, von 1919 und 1933 in Deutschland, von 1936 in Spanien. Dazu die bisherigen Erfahrungen im Kampf gegen den BRD-Staat seit 1949. Und nicht zuletzt die Erfahrungen von den Befreiungsbewegungen in der dritten Welt und das Wissen über die internationalen Zusammenhänge. Bewußt wird in diesem Artikel auch auf Wertungen und Schlußfolgerungen weitgehend verzichtet, denn der Diskussion soll nicht vorgegriffen werden, sie soll ja erst anfangen. Wir bitten alle Leser, sich daran zu beteiligen.

Einführung

Anfänge der RZ liegen im Zeitraum 1972/73, nach der RAF-Offensive von 1972 und nach der Festnahme von wichtigen RAF-Mitgliedern. Innerhalb der militanten Linken gab es kontroverse Diskussionen über die Form des Kampfes und die zweckmäßige Organisationsform. Es gab solidarische Kritik an der RAF, man suchte aber nach neuen Formen revolutionärer Praxis. Folgendes Zitat der RZ beschreibt recht anschaulich die damaligen Überlegungen der Leute, die sich dann als RZ konstituierten: "...Es waren halt ein paar Genossen, die es richtig fanden, die Frage auch des bewaffneten Kampfes hier und heute auf die Tagesordnung zu setzen, wobei wir aus Erfahrungen aus der politischen Massenarbeit aufbauen konnten. Na ja, was machen so ein paar Leute, die sagen, Propagierung und praktische Aufnahme des Kampfes ist richtig, die aber keine konkreten und praktischen Erfahrungen darin haben? Die sich sagten, so, wie wir bisher Massenarbeit gemacht haben, reicht es nicht, die sagen, das, was die RAF macht oder der 2.Juni, so wollen wir es auch nicht, die sich also immer nur negativ abgrenzen konnten? Wir waren nicht in der Lage, positiv und konkret was neues zu benennen. Die Genossen haben sich dann gesagt 'probieren wirs mal'..." (1) Nach einigen Jahren Aufbauarbeit, den ersten Aktionen usw. bildeten sich aus den vagen Überlegungen ein zur RAF alternatives und durchaus erfolgreiches Guerillakonzept heraus.

Struktur der RZ

Spätestens seit 1977 verstanden sich die RZ nicht als Revolutionäre Zelle wie in den ersten Jahren, sondern als Revolutionäre Zellen. In der Regel operiert jede Zelle selbstständig ohne konkretes Wissen von Einsätzen der anderen. Kontakte und Absprachen sind allerdings möglich, wie es sich z.B. jüngst bei der Kampagne zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik der BRD gezeigt hat. "Das Prinzip, viele selbstständige Widerstandszellen zu gründen, ist richtig, weil das gewährleistet, daß jede Zelle ihre eigene Politik macht, daß sich die vielfältigen Initiativen und Kampagnen entwickeln und weil es für die Bullen keine Methode gibt diese Struktur aufzurollen. Man kann dafür keine Fahndungsraster aufstellen, das einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall." (2) So wurde es 1978 von den RZ selbst geäußert. Im 1975 veröffentlichten Interview mit der RZ hieß es: "Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind." (3) Hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zur RAF, illegale Strukturen werden zwar organisiert, man bleibt jedoch Teil der Bewegung, genauso wie die einzelnen Mitglieder der RZ. D.h. RZ-Mitglieder gehen einer normalen unverdächtigen Tätigkeit nach, und beteiligen sich nach Möglichkeit auch an der Arbeit legaler Gruppen, die sich mit aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beschäftigen. Zwar bedeutet dies den Zwang, ein Doppelleben führen zu müssen. "...steht der einzelne in dem Konflikt, die Radikalität seiner Entscheidungen tagtäglich leben zu wollen, und sich andererseits aus Gründen der Abschirmung immer wieder zurücknehmen zu müssen." (4) Das Abtauchen in die Illegalität ist kein Selbstzweck, sondern eine mögliche taktische Notwendigkeit für einzelne, allerdings gilt es hierfür natürlich rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Wichtiges Prinzip der RZ ist es auch, die Herausbildung neuer Herrschaftsformen während des Befreiungsprozeßes schon im Ansatz zu verhindern. "Wir meinen, daß der umfassende Krieg gegen das System der Herrschaft von Menschen über Menschen gleichzeitig und gleichgewichtig den Kampf gegen das kapitalistische System in uns selbst einschließt. Das eine wäre nichts ohne das andere." (5) So sehen jedenfalls die RZ ihr eigenes Selbstverständnis. Auch wenn gerade bei illegaler Arbeit dies besonders schwer ist, fatale Konsequenzen wären aber Macher und Fußvolk. Vieleicht haben die RZ Erich Mühsam gelesen: "Die anarchistische Organisation hat stets so auszusehen, daß sie im Kleinen das Bild der erstrebten freiheitlichen Gesellschaftsorganisation vorführt." (6) Anarchistische Tendenzen finden sich bei den RZ insgesamt zahlreich, es bleibt aber festzustellen, und das kann man an inhaltlichen Aussagen feststellen, daß es da zwei Flügel gibt, einen anarchistisch/autonom und einen eher marxistisch einzuordnenden Flügel. Die Dezentralität der RZ geht sehr weit: "Wir müssen erreichen, daß jeder selbst entscheiden kann, ob diese oder jene Aktion, diese oder jene Erklärung der Politik der RZ entspricht oder nicht, ohne auf die Bestätigung oder das Dementi eines nicht vorhandenen ZK's zu warten." (7) Das hatte dann auch dazu geführt, daß die Politik der RZ zeitweise widersprüchlich und verwischt erschien. Der RAF nahestehende Antiimperialisten unterzeichneten 1984 und 1985 mehrmals Erklärungen mit RZ, allerdings mit ihren Inhalten. (8) Hier ist das Prinzip der Dezentralität und der Losung "Schafft viele Revolutionäre Zellen" (9) nach Meinung einiger Leute mißverstanden worden. "Die Richtigkeit des Prinzips RZ zeigte sich leztendlich am effektivsten an der Unangreifbarkeit der Genossen durch den Apparat. Nicht zu-

letzt deshalb versuchen oberschlaue Anti-Imps dieses Konzept für sich zu übernehmen, wie die Reutlinger bzw. Betzinger Erklärung zeigt, oder die zum Pipeline-Anschlag in Ahlen zuvor. Aber mit dem Namen und vor allem den Inhalten der Politik der RZ hat die RAF wenig zu tun." (10) So dann eine deutliche, selbst aber auch nicht unumstrittene Kritik. Die heutigen Anschläge unter dem Namen 'Kämpfende Einheiten' kommen jedenfalls dem Prinzip RZ in der organisatorisch/praktischen Durchführungen scheinbar ein wenig nahe, im Gegensatz zu früher aber unter eigenständigen Namen. Verwirrung gab es auch um die angebliche Kritik einer RZ zum Hungerstreik von politischen Gefangenen 1984/85, hier gab es dann ebenfalls harte Kritik im Papier "es ist zum Kotzen" (11) aus dem RZ-Zusammenhang. Diese beiden Beispiele sollen nur verdeutlichen, daß sich nicht jeder unbedingt einfach RZ nennen kann. Im letzten Fall gibt es sogar Vermutungen, daß es sich um eine bewußte Fälschung gehandelt hatte.

rategie und Taktik der RZ

Erste strategische und taktische Überlegungen der RZ finden sich im Revolutionären Zorn Nr.1, ihrer ersten Veröffentlichung, dort heißt es u.a.: "Die Aktionen der Revolutionären Zelle lassen sich in drei Bereiche unterteilen: a) antiimperialistische Aktionen, Aktionen gegen die Beteiligung der USA, ITT am Putsch in Chile, gegen die chilenischen Faschisten in der BRD und Westberlin. b) Aktionen gegen die Filialen des Zionismus in der BRD. c) Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollen, die ihre Feinde bestrafen und angreifen. (12) Damit war aber nicht eine Auswahl von ausgesuchten taktischen Zielen gemeint, sondern das Resümee von 1973 bis Anfang 1975. An anderer Stelle heißt es: "Wir wollen, daß die Stadtguerilla eine Massenperspektive wird und nicht eine Sache von ein paar Leuten. Alles andere wäre dann wirklich nur Selbstzweck. (14) Dies entsprach allerdings auch noch nicht ausgearbeiteten Theorien, sondern war ersteinmal Ausdruck von einigen Jahren Kampf. Ausführlich setzen sich die RZ im Revolutionären Zorn Nr.6 vom Januar 1981 mit ihrer Strategie und Taktik auseinander, unter der Überschrift "8 Jahre RZ - 2 Schritte weiter im Kampf um die Köpfe der Menschen und unsere eigenen" heißt es zu Anfang: "Wir stimmen mit der Bewegung 2.Juni darin überein, daß wir eine 'Populäre Guerilla wollen! Eine Guerilla deren Aktionen verstanden werden, die die Symphatie des Volkes genießt und die perspektivisch breit unterstützt wird ohne deshalb opportunistisch zu werden. Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung 'bringen sie die Bewegung weiter' bzw. 'verschärfen sie die Widersprüche eindeutig bestimmbar sein müssen. Orientieren sich unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei. Auch deshalb ist es für uns wichtig, entsprechend unseren persönlichen Möglichkeiten in legalen Gruppen mitzuarbeiten. Gerade dadurch erhalten wir die Rückkopplung unserer Aktionen, können wir die Fehler in unserer Einschätzung korrigieren und unsere Politik nach außen vertreten. Darüberhinaus gibt es Aktionen, die primär aus unseren eigenen Zusammenhängen bestimmt sind, z.B. Geldbeschaffung, oder auf einer anderen Ebene die Bestrafung von besonders schweinischen Richtern und Zwangsverteidigern, um Gefangene zu schützen. Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich: wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen, mühseligen Kampfes um die Köpfe

der Menschen - nicht in irgendeiner Etappe um einen militärischen Sieg! Wir bezeichnen dies als Defensivstrategie - wenngleich der Kampf für uns persönlich durchaus offensiv sein kann. Angesichts der immer schneller voranschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlage geht es erst einmal darum den Wahnsinn zu behindern, vieleicht zu stoppen (z.B. beim Atomprogramm). Es gilt, Aktionsmöglichkeiten zu finden, die Teil der Lösung des Problems sind (konkret z.B. den Bau eines AKW's zu behindern), aber auch ein Schritt weiter im Kampf um die Köpfe der Menschen. Auf den Weg dorthin wird jedoch nur eine kämpfende Linie Anziehungspunkt für die deklassierten Teile des Volkes sein können, nicht eine sozialarbeiterische, die objektiv nur neue Formen der Staatsloyalität erschließt. Wir müssen mit unseren Aktionen an der Unzufriedenheit, der Wut, der vermeintlichen Ohnmacht der Menschen ansetzen. Viele von ihnen haben längst im Herzen mit diesem Staat gebrochen, trauen sich nur keine eigenen Schritte zu. Dies kann z.B. heißen, die kleinen Feinde des Volkes (Werkschützer, Meister, Ärzte, Wohnungsmakler, Hausbesitzer, Bullen, Ämterbürokraten usw.) nicht nur propagandistisch, sondern auch ganz persönlich anzugreifen und ihnen ihr Handwerk zu legen.

'Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.'(Ulrike 1968)

Dies heißt, nicht nur darüber zu informieren und zu lamentieren, wieviele Betriebe am Atomgeschäft beteiligt sind, sondern auch dafür zu sorgen, daß hin und wieder einer davon in Schutt und Asche fällt- Dies muß auch heißen, daß mal eine Baumaschine, ein Abrißkran, ein Konstruktionsbüro oder ein Materiallager in Flammen aufgeht." (15) Der bewaffnete Kampf ist u.a. aus 2 wichtigen Gründen notwendig. Einmal geht es um das revolutionäre Subjekt, das für eine gesellschaftliche Veränderung notwendig ist: "Es ist gerade die Funktion der Guerilla bei der Entwicklung dieses Subjekts mitzuwirken. Die Guerilla schaft es diesen Kampf durch ihre über den Massenwiderstand hinausgehende Organisation eine Kontinuität zu verleihen, ihn immer wieder zu eskalieren oder auch zurückzunehmen, durch eigene Initiativen das Kampfniveau zu heben, neue Kampfformen, Kampfziele anzubieten, immer größere Teile des Volkes in diesen Kampf einzubinden." (16) Dies ist einer der Gründe, warum die RZ auch zu Zeiten, wo eigentlich 'nichts los' war, zuschlugen. Bereits früher gaben die RZ auch einen weiteren Grund für den bewaffneten Kampf an: "Bei Strafe des Untergangs bleibt dem legalen Widerstand in der BRD heute nur eines: Die Praxis des verdeckten Kampfes sich massenhaft so schnell wie möglich anzueignen." (17) Denn ist die Bewegung nicht in der Lage, die Taktik zu ändern, verharrt sie auf der Ebene der offenen Konfrontation und wird militärisch scheitern. Eine Gefahr ist die daraus resultierende Perspektivlosigkeit, die andere eben die Tatsache, daß die Bedingungen, offen und legal was gegen diesen Staat zu machen, immer schlechter werden, nur schlechter werden können. Die RZ warnen allerdings vor Fehleinschätzungen: "Die Entwicklung illegaler Kampfformen wird oft mißverstanden. Es handelt sich hierbei um eine Methode, die viele Abstufungen kennt und dadurch massenhaft nachmachbar ist." (18) D.h. nicht jeder muß zur Knarre greifen, aber jeder muß sich Kenntnisse aneignen und notwendige politische und militärische Erfahrungen machen. Dies fängt dann beim Verbreiten von Flugblättern an, von ersten Sicherheitsmaßnahmen, ein wenig Konspirativität usw. Jede/r kann seine Aktionsform frei wählen. Zum Schluß noch ein Zitat: "Unser Ziel ist die Verbreiterung des bewaffneten Widerstands, war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegungen in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind, die dort mit den Methoden der Subversität Widersprüche forcieren und auf den unteren Gliederungen des Machtgefüges intervenieren, die also das Handlungsarsenal der legalen Kinken um ihre Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern. Es geht uns, platt gesagt, zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fund[a]ments von Herrschaft, nämlich Oh[n]macht, also um die Veränderung d[er] Menschen und nicht darum, den 'Sta[at] zu kippen'. Denn das Herz des Staat[es] ist das Volk und nicht seine einze

nen Repräsentanten." (19)

Inhalte der RZ

Sowohl in den Ausgaben des Revolutionären Zorn sowie in Erklärungen und in einigen längeren Papieren zu bestimmten Themen äußerten sich die RZ ausführlich, analysierten die Absicht des Kapitals, die Aussichten des Widerstands etc. Drei davon werden hier wegen ihrer Wichtigkeit zusammengefaßt dargestellt.

In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod - Krise, Krieg, Friedensbewegung (Herbst 1983)

Zu Anfangs heißt es, daß die RZ nicht nur aus taktischen Gründen nur punktuell auf die Friedensbewegung eingegangen seien, sondern auch aus inhaltlichen Gründen. Die RZ kritisieren die Katastrophen- und Endzeitmentalität, worin kein Platz für soziale Utopien sei, sowie die Theorie von der 'Ohnmacht der Mächtigen' bzw. dem 'Rüstungswettlauf'. Sie kritifsieren auch die Orientierung der Autonomen an der Friedensbewegung, wegen der negativen Folgen, die für die Linke entstehen. Z.B. die Fixierung auf 'Waffen' bzw. die Pershing II, anstatt die Ursachen klarzumachen. Außerdem kritisieren sie die falsche Wahl der Orte der Auseinandersetzung, wodurch es auch keine Chance für die Entwicklung zur Militanz gebe. Außerdem würden die Erklärungsversuche der NATO-Nachrüstung dem eigentlichen Zweck der Stationierung und den imperialistischen Interessen, die hinter den militärstrategischen Entscheidungen stünden, nur z.T. oder auch gar nicht gerecht werden. Die BRD sei nicht Geisel, sondern die Nr.2 der NATO, die Stationierung der Pershing II habe nichts mit Selbstaufgabe, sondern mit der Entwicklung der BRD zu einem der Schlüsselstaaten der NATO zu tun. Die BRD müsse sich vor allem in ihrer Funktion als vorderste Linie im Ost-West-Konflikt bewähren, sie sei keinesfalls nur 'Drehscheibe', nur 'Hinterland'. Der NATO-Zweck solle von Westeuropa alleine durchsetzbar sein. Die Kriegsgefahr bestehe nicht in der abstrakten Gefahr eines Atomkrieges, sondern sie bestehe darin, daß die NATO-Staaten mit den qualitiv neuen Waffensystemen Krieg wieder für sich kalkulierbar machen würden. Die NATO-Strategie hätte eine trikontinentale Dimension, deshalb sei es wichtig, die eurozentralistische und rassistische Einengung, die in der Friedensbewegung vorhanden sei, zu durchbrechen und die Kriegs-, Völkermord- und Vernichtungsstrategien ins Bewußtsein zu rücken. Die NATO-Strategie sei eine aggresive Gegenstrategie des durch Vietnam, 'Ölkrise', Iran, Nicaragua usw. bedrohten US-Imperialismus, um u.a. die Sowjetunion unter druck setzen zu können, wobei sie Sowjetunion selbst allerdings nicht Hauptzweck sei. Gefahr für den Imperialismus gehe vor allem durch die abgewirtschafteten und bankrotten Schwellenländer aus, durch Massenaufstände und Hungerrevolten würden neue Fronten aufgemacht, interne Klassenfronten gegen die einheimischen Eliten. Durch den Ruin von 'Schwellenländern' ginge dann eine ganz neue Attraktivität von Ländern wie Kuba, Nicaragua und Vietnam aus. Im Anschluß an diesen Zusammenhang mal ein Zitat.: "Der militärische Überfall auf Grenada, der Abnutzungskrieg an den Grenzen Nicaraguas, die eskalierenden Interventionen in El Salvador sind Indiz dafür, daß der Imperialismus um diese Dynamik weiß und sie mit aller kraft zu zerschlagen versucht. Es zeichnet sich ab, daß die Konsolidierung sozialer Befreiung in den ländern der 3.Welt immer aktuoller an den Bedingungen des Kampfes gegen den Imperialismus in den Metropolen gebunden ist. Nur in der Gleichzeitigkeit der Kämpfe in den Zentren wie in den Ländern der 3.Welt begründet sich die Hoffnung, daß der erreichte Stand sozialer Befreiung in Nicaragua, in Kuba (20) usw. nicht einem neuerlichen Vernichtungsfeldzug des Imperialismus zum Opfer fällt, sondern zum Orientierungspunkt der Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt wird." (21) Die RZ kritisieren aber auch die SU, die auch versuche, sich Einflußzonen zu verschaffen und die.B. aus den Handel mit den meisten 3.Welt-Ländern Vorteile erziele. Außerdem kritisieren sie den nicht vorhandenen 'Revolutionären Internationalismus' der Sowjetunion. Die Sowjetunion sei allerdings weltweit in der Defensive. In diesem Zusammenhang nocheinmal die RZ selber: "Die Sowjetunion soll mit dem überlegenen atomaren Drohpotential 'neutralisiert', d.h. erpressbar werden und mit gefesselten Händen den Zerfall ihres Staaatenbündnisses, dessen Zurichtung und Vernutzung unter kapitalistische Verwertungsbedingungen und den damit einhergehenden politischen Systemwandel zusehen müssen." (22) Das westdeutsche Kapital habe dazu noch ein ureigenes Interesse an der Kapitulation des Ostblocks. Weiter behaupten die RZ: "Hinter dem Willen zur Unterwerfung auch dieses letzten Bereich des Globus unter kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen scheint das Projekt der Zukunft herauf. Denn eine dem westlichen Imperialismus gänzlich zur Nutzung unterworfene Welt ermöglicht auch ganz andere Formen der Reichtumsakkumulation und der Herrschaftssicherung." (23)

»Natürlich ist unser Reihenhaus etwas eng – aber alles ist nur eine Frage des Bewußtseins.

Und ein Stück weiter: "Die eigentliche Ursache der Krise, nämlich der Fall der Profit-rate, würde durch eine totale Unterwerfung des Ostblocks unter kapitalistische Verwertungsbedingungen zwar aufgehalten, aber nicht grundsätzlich umgekehrt. Um die Profitrate auf neuer, höherer Stufe zu realisieren, bedarf es einer grundlegenden Veränderung im weltweiten politökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Unterklassen, vermittelt über neue strategische Sektoren und eine Neustrukturierung der Produktionsformen. D.h. aber, daß das Nachkriegsmodell, das durch Fließband und industrielle Massenproduktion samt Massenarbeiter und Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist und in dem Auto-, Elektro-, und Chemieindustrie die entscheidenden Quellen der Profitmaximierung sind, ausgereizt ist und daß in der organischen Zusammensetzung des kapitals, also im Verhältnis von toter, angehäufter Arbeit und lebendiger Arbeitskraft, eine ganz entscheidende Verschiebung zugunsten des fixen Kapitals vollzogen wird. (24) Durch die neuen strategischen Sektoren Biotechnologie, Mikroelektronik, Energiesektor, Nahrungsmittelsektor und Rohstoffausbeutung der Meere und Pole und die Möglichkeit, alleine darüber zu verfügen würden sich Profitquellen in wahrhaft unbegrenzter Höhe auftun. Dadurch, daß die neuen strategischen Sektoren u.a. extrem kapitalintensiv seien, komme neben dem ökonomischen kalkül noch ein politisches dazu. Die Nachfrage nach lebendiger Arbeitskraft würde zurückgeschraubt, man könne sogar von der 'Abschaffung der Arbeit' an sich sprechen, die Fabrik werde auseinander- und neu zusammengesetzt. Und wo die Arbeit nicht abgeschafft werden könne, werde sie ausgelagert. Das Heer der Überflüssigen werde anwachsen, in der 3.Welt sei speziell die Tendenz zu beobachten, daß regionales Verhungernlassen der Ausbeutung vorgezogen werde. So stelle sich auch die Frage des revolutionären Subjekts neu. Die Veränderungen im ökonomischen System würden dann auch die Staatsformen verändern. Die neuen Herrschaftselemente der globalen Erfassung, Kontrolle und Überwachung würden bereits mit fliegender Eile entworfen. Durch die einzige Kampfideologie, über die der Imperialismus verfüge, Faschismus/Sexismus/Rassismus und das Nationalismussyndrom werde das Haß- und verzweiflungspotential nach unten kanalisiert. Zusammengefaßt ginge es um folgende neue imperialistische Strategien:

- Ruinierung der 3.Welt
- Zerfall und Unterwerfung des Ostblocks
- Abschaffung der 'freien' Lohnarbeit, Zerstörung der Klasse
- Kanalisierung des Haß- und Verzweiflungspotentials
- Verfügungsgewalt über die strategischen Sektoren

Durch die Friedensbewegung hätten sich gefährlicherweise aus allen gesellschaftlichen Bereichen Leute zurückgezogen und auf die vermeintliche 'Haupt-gefahr' hin konzentriert und organisiert. Und die Versuche des au-

tonomen Teils der Friedensbewegung, real zu behindern zu stören, zu sabotieren, hätten sich nicht durchgesetzt. Und eine Bewegung ließe sich nicht von innen kritisieren, sondern Kritik und Praxis müßten sich in einer Gegenbewegung verwirklichen. Die RZ kritisieren auch die verbreitete 'Pazifierung' nach innen als Entschärfung der 'Zeitbombe', die jedes Herz sein könnte. Weil der Imperialismus Protest gegen die militärische Eskalation nicht von vorneherein ausschalten kann, versuche er die Stoßrichtung in seinem Sinne zu steuern, siehe Endzeitstimmung, Gewaltlosigkeit, Geisel BRD etc. Sie kritisieren auch den Blick auf ein blockfreies Europa, das keineswegs neutral wäre, sondern die Verdopplung der Macht des imperialistischen Lagers bedeuten würde, konkret z.B. den linken Patriotismus der Grünen u.a. Einzig positiver Punkt an der Friedensbewegung sei die Herausbildung eines bestimmten Widerstandspotentials. Die RZ ziehen das Fazit, daß man aus der Abhängigkeit und Anlehnung herauskommen müsse und eigene Fronten aufgemacht werden sollten, eine autonome Gegenbewegung entstehen müsse. Sie fordern konkret: "Unsere Politik muß weiterhin auf eine Stärkung der Linken, auf ihre Radikalisierung und erweiterte Militanz abzielen. Sie darf sich nicht auf Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit angesichts einer vermeintlichen 'Hauptgefahr' begrenzen, sondern muß das System in seiner Totalität angreifen und die Verbindungslinien zwischen Krise und Krieg, zwischen sozialer Verarmung in den Metropolen und Verelendung und Vernichtung in der 3.Welt, zwischen Sexismus und Rassismus, zwischen technologisch vermitteltem Angriff von oben und ökologischer Verödung ziehen." (25)

Zum Schluß werden folgende Problembereiche genannt, wo es erst einmal nur offene Fragen gibt:

- neue soziale Bewegungen verlaufen zunehmend quer zur Klassenfrage.
- Unterklassen sind zwar auf der Ebene der Analyse revolutionäres Subjekt und kaum praktisch, sie haben eigene Kampf- und Widerstandsformen entwickelt.
- Konstitutionsbedingungen von Bewußtsein und Organisation nach Umstrukturierung der Arbeit.
- 3.Welt kann nur partielle Befreiung erreichen ohne 'Kampf im Herzen der Bestie'.
- praktische Konsequenzen durch die neuen strategischen Sektoren, werden sie zu zentralen Angriffspunkten und Sabotage zur vorrangigen Kampfform?
- Einengung der Handlungsspielräume durch die Transformation der bürgerlichen Demokratie, die aus den politökonomischen Umwälzungen resultiert. Linke muß sich eigene Strukturen von Subversität und Illegalität schaffen, um unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar zu bleiben.

Wolf im Schafspelz - 35-h-Woche - Sozialpartnerschaft - Linke - Klassenantagonismus (Anfang 1984)

Als Ausgangspunkt ihrer Kritik an der 35-h-Wochen-Kampagne, auf die auch die revolutionäre Linke aufgesprungen sei, ziehen die RZ die Erfahrungen vom Stahlarbeiterstreik 1978/79 heran, da es bereits damals um die 35-h-Woche ging, die seit Sept. 1977 im Forderungskatalog der IGM war. Die Strategie von Kapital und Gewerkschaftsführung in diesem Fall beschreiben die RZ folgen-dermaßen: "Die krisengeschüttelte Perspektive der Region verbunden mit der labilen Kontrolle der Klasse durch die Gewerkschaftsführung dürfte den Ausschlag gegeben haben, einerseits durch einen großen Streik die Belegschaften wieder mehr an die Gewerkschaft zu binden und andererseits durch seine - wie sich zeigen sollte - resignativen Folgen die Ruhe für die nächsten Jahre zu garantieren." (26) Und zum Ergebnis des Streiks heißt es: "Es sollte sich sehr bald zeigen, daß die Strategie des IGM-Vorstands aufgegangen war. Trotz der während des Streiks intensivierten autonomen Strukturen wurde die Niederlage akzeptiert, d.h. sich mit ihr abgefunden. Während der Großteil also resignierte, kanalisierte sich Wut und Schmerz des Rests zum ... hundertsten Mal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in dem - auch diesmal - erfolglosen Versuch, den verknöcherten hierachischen Apparat zu reformieren." (27) Die Entwicklung in den darauffolgenden 5 Jahren skizieren die RZ so:

- "Ausweitung des Arbeitsvolumens bis zum Herbst 1980, 300.000 neue Ausbeutungsverhältnisse, dazu nicht registrierte Schwarzarbeit
- durch gewaltige Investitionen, allein in der Automobilindustrie waren es zwischen 1979 und 1983 35 M5rd. DM, wird der technologisch vermittelte Angriff auf die Klasse vorbereitet. "Über die Kybernetisierung von Hand- und Kopf-arbeit sollen die traditionellen Facharbeiter- unteren und mittleren Angestellten- und Technikerschichten entqualifiziert, aufgelöst und unter dem zentralisierten Kommando des Kapitals neu zusammengesetzt werden." (28)
- die alten Massenarbeiterabteilungen werden durch technologische Restrukturierung und forcierte Transnationalisierung zersetzt.
- bis Ende 1982 eine Million weniger registrierte Ausbeutungsverhältnisse, Arbeitslosenzahl hat sich verdoppelt, dazu Ausweitung der illegalen Arbeit, Kürzung des Soziallohns, mehr als 50% der Arbeitslosen ohne Geld.
- seit 1980 Reallohnsenkung.
- dazu stehen weitere Verschärfungen an: Einschränkung des Kündigungsschutzes, Ausbau der Teilzeitarbeit, befristete Ausbeutungsverhältnisse, Ausbau der Leiharbeit, Einführung der Teilarbeitsfähigkeit, Zwangs-arbeit für Arbeitslose etc. seit der Bonner 'Wende'.

Durch die Befreiung der Sozial-

demokratie von der Regierungsverantwortung sei wieder 'Flagge' zeigen angesagt. Ziel sei die Integration als Teil der kapitalistischen Herrschaftssicherung, außerdem Absicherung des eigenen Apparates, zudem müßten nun endlich wieder Erfolge gezeigt werden nach den Reallohnsenkungen in den letz-ten Jahren. Die 35-h-Woche bei vollem Lohnausgleich stehe nur auf dem ersten Blick im offensichtlichen Gegensatz zur vom Kapital geforderten Flexibilisierung, Reallohnsenkung, Mobilität und Ausweitung des Arbeitstages. Die RZ führen als Schachzug im Vorfeld die Blümsche Vorruhestandsregelung auf, die nicht viele betreffe, für das Kapital aber die Arbeitskraft verjünge, alles vor dem Hintergrund, daß sich die in einem Boom befindliche Autoindustrie einen Streik kaum leisten konnte. Im Gegenzug hieß es Anfang Januar im Manager Magazin: "Der Weg nach Silicon Valley (29) führe nicht über die subventionierte Frührente." Während BMW-Chef Kuenheim noch verkündet hätte, in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung sei kein Kompromiß möglich, hätte es in Capital bereits geheißen, bei BMW werde die 36-h-Woche als Kompromiß bevorzugt. D.h. 4 Tage a 9 Stunden und regelmäßige Samstagsarbeit, Ausdehnung der Betriebszeit von 80 Wochenstunden auf 108 Wochenstunden. Die RZ führen auch die Wirtschaftswoche auf: "Es besteht im übrigen kein Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung. Im Gegenteil: Eine 35-h-Woche läßt sich sogar flexibler handhaben als die gegenwärtige 40-h-Woche." Und zwei Tage später machte die IG Chemie den Schwenk von Lebensarbeitszeitverkürzung zur "Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit". Also, Entgegenkommen in punkto 35-h-Woche gegen totale Arbeitszeitflexibilisierung, das hieße Samstagsarbeit, bessere Auslastung, schnellerer Umschlag des fixen Kapitals, Arbeitsintensivierung. Und auch den Lohnausgleich untersuchen die RZ kritisch, es sei nie um Reallohnausgleich gegangen: 11.1 % durch 36-h-Woche bedeute bei 5-jähriger Geltungszeit 2.22 %. Die Forderung der IGM von 3 % zusätzlich würde erfahrungsgemäß nur 1.3 bis 1.4 % bringen, also insgesamt 3,5 bis 3.6 %, also das übliche. Für die Gewerkschaften ginge es vorrangig nur um den Stop des Abbaus der Mitglieder, um den Schulterschluß mit der Basis bzw. der linken Opposition. Der Kampf um die 35-h-Woche sei nur der Kampf zweier Linien um die beste Durchsetzung der Flexibilisierung. Angesichts des vorhandenen gesunden Mißtrauens in den Betrieben hätten eigentlich Chancen für die Linke bestanden, wenn sie sich nicht vor dem fremden Karren hätte spannen lassen. Es hätte angepackt werden sollen, was die 35-h-Woche vorgibt zu sein, nämlich "...den Kampf gegen die vom Kapital abverlangte Zwangsmobilität und -flexibilität, gegen die technologisch vermittelte Restrukturierung von Fabrik und Gesellschaft im Sinne von sozialer Deorganisation der Klasse, Vereinzelung, Ausgrenzung, Verelendung und Vernichtung. (30) Die RZ werfen der Linken vor, sich aktiv an der Verfestigung der verbreiteten Resignation und Perspektivlosigkeit beteiligt zu haben, wodurch sie unglaubwürdig geworden sei. Und zum Schluß formulieren sie: "Wie die politische Strategie im Gegenzug auszusehen hat, können wir auch nur vage umreißen. Es kann dabei aber ohnehin nicht um Patentrezepte und -programme gehen. Ergebnisse kann da nur eine massive und massenhafte - auch theoretische - Auseinandersetzung bringen, in der es zunächst darauf ankommt, entlang der Klassenlinie die - zweifelsohne verschütteten - antagonistischen Tendenzen aufzuspüren und freizulegen. D.h. auf der einen Seite autonome sozialrevolutionäre Positionen - wenn sie auch erst minoritär bleiben werden - zu entwickeln, die das Kapitalprojekt definieren und auf seine möglichen Bruchstellen hin abklopfen. Und heißt auf der anderen Seite, sie alsbald praktisch und organisatorisch zu thematisieren und sowohl auf Massen- politischer wie auf militanter Ebene voranzutreiben." (31)

Keine Startbahn West (1983)

Als Zielsetzungen in Zusammenhang mit der Startbahn führen die RZ auf:

- Behinderung, die nach einem gewissen qualitativen und quantitativen Stand und einer auf Jahre angelegten Kontinuität doch noch in Verhinderung umschlagen kann.
- Vermassung von Sabotage, aktiven und militanten Aktionsformen.
- Entwicklung von Widerstands-perspektive über die Startbahn hinaus. Kippen des hessischen Atomprogramms. Entwicklung einer starken sozialrevolutionäre und antiimperialistischen Bewegung.

Die RZ wollten versuchen, durch kontinuierliche Propaganda der Tat die Verbreitung militanter Kampfformen in Gang zu setzen. Der Schwerpunkt wurde auf die beteiligten Baufirmen gesetzt, da sie das schwächste Glied seien, zudem überall angreifbar, und zugleich würden sie das Projekt faktisch realisieren. Die technischen Mittel wurden auf ein Minimum reduziert, um dieses Konzept massenhaft umzusetzen. Ausführlich wird auf die Schwierigkeiten mit BI's, Autonomen und der Bewegung eingegangen, was hier jedoch nicht näher erläutert werden soll. Bzgl. der Bedeutung des Startbahnwiderstands hatten die RZ die Einschätzung, daß es sowohl hinsichtlich der Form des Widerstands wie auch der Gesamtmobilisierung es Aus-wirkungen auf den Widerstand an den geplanten WAA-Standorten haben würde, und daß eine 2. Front für die Landesregierung auf Dauer nur schwerlich durchsetzbar sei. Die Einschätzungen der RZ können im Nachhinein als richtig bezeichnet werden, wird die WAA doch nun in Bayern und nicht in Hessen gebaut, und wenn man sich den Widerstand gegen die WAA anschaut, so ist er durchaus als Resultat und Fortsetzung sowohl in quantitativer wie qualitativer Hin-sicht des Startbahnwiderstands zu bewerten.

Bzgl. der Karry-Aktion gibt es von den RZ im Zuge obigen Papiers eine Menge Selbst-kritik. Über die Auswirkung im geplanten Ausmaß hätte es schon vorher Unsicherheit gegeben. Die ausführende Gruppe wäre politisch und praktisch voll-ständig überlastet gewesen. Neben dem Ziel einer Aktion würden auch Ort und Mittel politischen Kriterien unter-liegen, die Umstände der Aktion seien ein Verstoß gegen die Grundsätze revolutionärer Moral gewesen. Auch wenn die geplante Angriffsform angemessen gewesen wäre, Karry verkörperte für große Bevölkerungsgruppen ein ausgeprägtes Feindbild. Da Ziel und Form dem Stand der Bewegung um Meilen vorausgewesen seien, hätte es dann jedoch einer genügend stichhaltigen Begründung und einer politischen Konzeption bedurft.

Die abschließenden Bemerkungen der RZ bzgl. Startbahn und Friedensbewegung, Gewaltfrage etc. sind nicht mehr so von Bedeutung oder anderswo besser dargestellt. Interessant ist jedoch z.B. noch folgendes Zitat, das heute leider auch bzgl. WAA/AKWs äußerst aktuell ist: "Der Ausdehnung und Festigung des Kleingruppenkonzepts und einer großen Akzeptanz militanter Aktionen steht auf Massenebene das Fehlen eines politischen Pedants gegenüber." (32)

Publikationen der RZ

Mai 1975 Revolutionärer Zorn Nr.1
Mai 1976 Revolutionärer Zorn Nr.2
Mai 1977 Revolutionärer Zorn Nr.3
(ab Nr.3 Zeitung der Revolutionären Zellen)
Januar 1978 Revolutionärer Zorn Nr.4
April 1978 Praxis-Sondernummer
April 1980 Revolutionärer Zorn Nr.5
Januar 1981 Revolutionärer Zorn Nr.6
mit dem 8-Seiten-Papier 8 Jahre RZ
1983 Papier zur Startbahn West (1983 5 RZ-Anschläge)
1983 Papier zur Friedensbewegung
1984 Wolf im Schafspelz
1986 Kampagne zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik der BRD, Revolutionärer Zorn Extra (33) (6 Anschläge und Attentat auf Hollenberg)

Anschlagszahlen der RZ (34)

1973: 2	1979: 8
1974: 5	1980: 8
1975: 7	1981: 21
1976: mehrere	**1982: 38**
1977: 10	**1983: 27**
1978: 28	1984: 11
	1985: 18

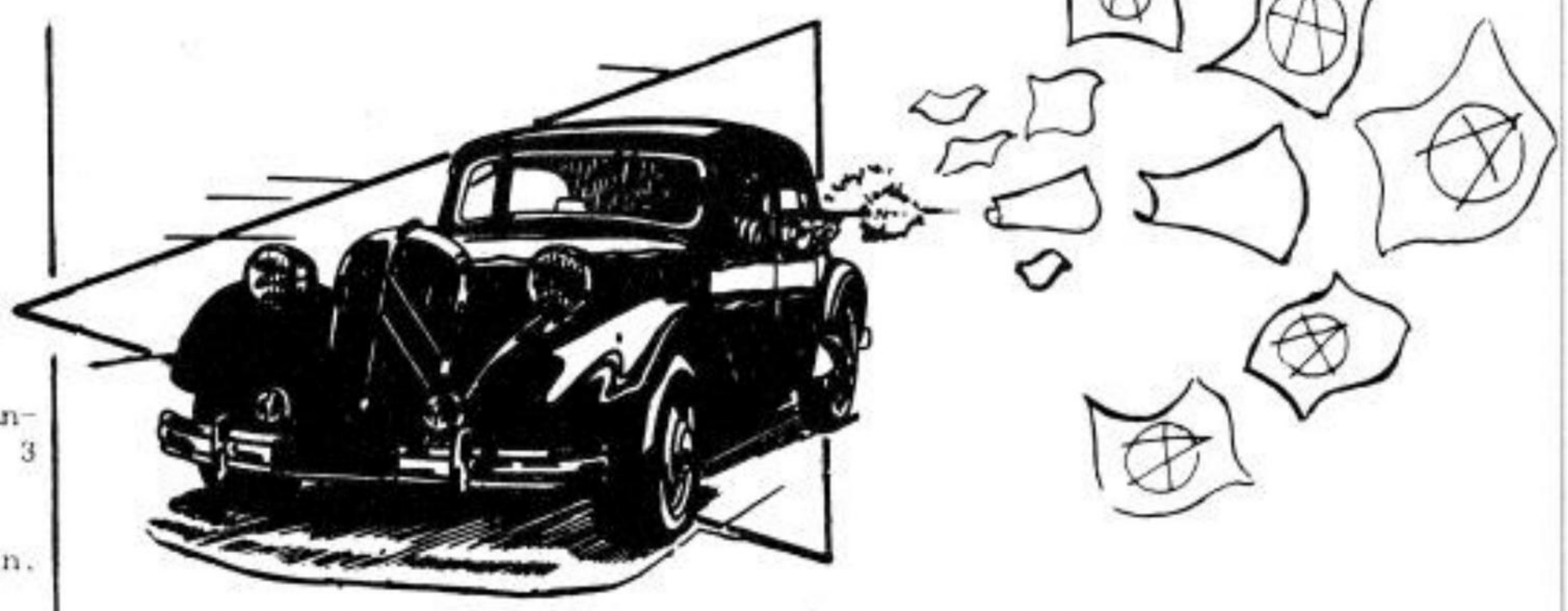
Alles Brand- oder Sprengstoffanschläge, dazu aber gab es auch 3 Schußwaffenattentate:

31.5.78: Rechtsanwalt Hehla, Berlin, Zwangsverteidiger gegen 2.Juni
11.5.81 Heinz-Herbert Karry, hessischer Wirtschaftsminister, durch Versehen tödlich getroffen

jüngst: Harals Hollenberg, Chef der Berliner Ausländerpolizei, wie bei Hehla Schüsse in die Knie bzw. Beine

Schlußbemerkung

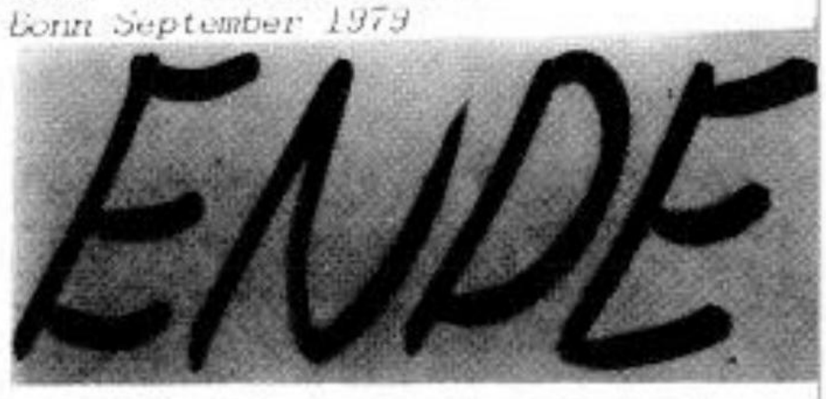
"Mit ihren Einzelaktionen er-reichten sie zwar nicht die schwerwiegenden Auswirkungen der letzten RAF-Attent[illegible] des Jahres 1977; ihre auf Breitenwirkung bestimmter Bevölkerungsgruppen angelegte Strategie bedeutet jedoch langfristig eine ebenso große Gefahr." So jedenfalls die Meinung des Verfassungsschutzes. (35) Vergleicht man RAF und RZ, so fällt als erstes auf, daß die personellen Verluste der RZ minimal sind. Ausnahmen gab es jedoch, z.B. in einem Fall am 23.6.78 die Festnahme des Heidelberger Studenten Hermann Feiling, der durch die vor-zeitige Explosion einer Bombe schwer verletzt wurde. Oder die Austritte einzelner Mitglieder der RZ, was zwar immer einen Rückschlag bedeutet, aber eben nicht direkte personelle Verluste durch die Bullen. Es ist möglich, daß zwar doch verschiedene RZ-Mitglieder fest-genommen wurden, aber in diesen Fällen gelang es dann, die Mitgliedschaft zu den RZ zu vertuschen, was taktisch besser ist, als dafür Jahrzehnte hinter Git[illegible]n zu landen. Ein gewisses breites Potential von militanten Widerstand hat sich inzwischen in der BRD herauskristalisiert, ob dies hauptsächlich Verdienst der RZ ist, scheint fraglich, aber das Konzept der RZ scheint so langsam aber sicher gute Chancen zu haben, sich zu verwirklichen. Inhaltlich bringen die RZ einige fundierte Analysen, die im Gegensatz zur RAF viel mehr Bezug zu den Menschen hier und ihren Lebensbedingungen haben. Was aller-dings fehlt, sind mehr praktische Lösungs-



möglichkeiten, allzuoft werfen die RZ nur Fragen auf, haben aber selbst nur bedingt praktische Antworten. Dies ist aber immer noch besser, als ein vermeintliches Erfolgsrezept zu propagieren. Es gäbe noch mehr positives und auch negatives zu sagen, aber diese Diskussion soll ja weitergehen.

Anmerkungen

(1) "Interview mit der Revolutionären Zelle" in Revolutionärer Zorn Nr.1, Mai 1975
(2) Revolutionärer Zorn Nr.5, April 1980
(3) siehe (1)
(4) "8 Jahre RZ - Zwei Schritte weiter im Kampf um die Köpfe der Menschen und unsere eigenen" in Revolutionären Zorn Nr.6, Januar 1981
(5) siehe (1)
(6) Erich Mühsam "Befreiung der Gesellschaft vom Staat", Karin Kramer Verlag 1973, Seite 61
(7) siehe (2)
(8) siehe z.B. Erklärung zum "Anschlag auf NATO-Pipeline" und Kommentare in Freiraum Nr.5, September 1984
(9) Erstmals in Revolutionärer Zorn Nr.1, Mai 1975
(10) Komitee gegen die Inflationierung & Vereinnahmung des Prinzips RZ - für die Verbreitung militanter Kämpfe in Freiraum Nr.9, Mai 1985
(11) "Es ist zum Kotzen", ebenfalls Freiraum Nr.9
(12) Revolutionärer Zorn Nr.1, Mai 1975
(13) siehe (1)
(14) siehe (1)
(15) siehe (4)
(16) siehe (4)
(17) Revolutionärer Zorn Nr.4, Januar 1978
(18) siehe (4)
(19) siehe (4)
(20) Die Rolle von Kuba mag im internationalen Befreiungsprozeß zwar p[illegible] sitiv sein, zu genauerer Auseinanc[illegible]setzung über die Bedingungen in Kuba selbst und zur Geschichte der kubanischen Revolution sei aber das Buch "Leuchtfeuer in der Karibik", von Sam Dolgoff, Libertad Verlag Berlin, 1983, empfohlen
(21) siehe Krise, Krieg, Friedensbewegung S.10
(22) siehe oben Seite 14
(23) siehe oben Seite 14
(24) siehe oben Seite 15
(25) siehe oben Seite 26
(26) Wolf im Schafspelz Seite 4
(27) siehe oben Seite 6
(28) siehe oben Seite 6
(29) gemeint ist das in wenigen Jahren mit sogenannten Risiko-kapital aus dem Boden gestampfte kalifornische "Mikroelektronikparadies"
(30) Wolf im Schafspelz Seite 2
(31) siehe (30)
(32) Keine Startbahn West S.6
(33) auszugsweise dokumentiert in Freiraum Nr.16, November 1986
(34) Die Zahlen sind über-wiegend den Verfassungsschutzberichten des Innenministeriums von 1973 bis 1985 entnommen
(35) Verfassungsschutzbericht 1978, Bonn September 1979



LIBERTÄRE TAGE OSTERN '87 in FRANKFURT

(von Do 16.4. bis Mo 20.4. in der Fachhochschule am Nibelungenplatz)

VON SOZIALEN BEWEGUNGEN ZUR SOZIALEN REVOLUTION

Zu den Vorbereitungen für die Libertären Tage haben bisher zwei bundesweite Treffen stattgefunden, auf denen zum einen die Themen, zum anderen die grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen festgelegt wurden.

Das Thema heißt:

Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution.

Dies soll auch die Leitlinie der Fragen, die in den Arbeitsgruppen diskutiert werden, sein.
Als Aufteilung haben wir vor, die Grundsatzfragen in den Mittelpunkt zu stellen und die Themen zum aktuellen Tagesgeschehen und zu Internationalem mehr als "Rahmenprogramm" zu nehmen. So ist die folgende Gliederung in sechs Themenblöcke entstanden.

I. PERSPEKTIVEN SOZIALER BEWEGUNGEN (Innenansicht)

1. Der tägliche Kampf, politische und kulturelle Gettosituation, innere Strukturen usw.
   - Michael Wilk -
2. Anti-Pädagogik
   - FLI/Morbach-Merscheid -
3. Sexualität
4. Vorstellungen der Indianerkommune Nürnberg zu "Kinderrechten"
5. Situation und Perspektiven libertärer Medien
   - Ralf/SRKK oder AKTION -
6. Kultur - Anarchistisches Selbstverständnis und Kulturkritik

II. PERSPEKTIVEN SOZIALER BEWEGUNGEN (Blick von außen)

1. Erfolgs- und Mißerfolgsanalyse der Auseinandersetzungen der letzten fünf, sechs Jahre, wo hat sich die libertäre/autonome Bewegung über diese sozialen Bewegungen weiterentwickelt, wie sieht die soziale Realität in der BRD aus, Begriffsbestimmungen usw.

Verschiedene AG's nach Bedarf.
- Autonome/Ffm -

III. ZUSTAND UND ENTWICKLUNG DER WARENGESELLSCHAFT

1. Ökonomie - Beschreibung der Lage, Einschätzung der Entwicklung, Rationalisierung, Computerisierung (z.B. PIS, BDE), Flexibilisierung, die Rolle des DGB, unsere Situation und Kampfmöglichkeiten, Organisierung...
   - FAU/Ffm -
2. Innere "Sicherheit" - Entwicklung der zukünftigen Gesellschaftsrealität, Computerisierung und Flexibilisierung, Abschied von der Fabrikgesellschaft?, Repression...
   - Sicherheitsgruppe/Ffm -
3. Anarcho-Syndikalismus - Theorie und Praxis
   - FAU/Köln -
4. Jobber und Entgarantierung
   - Jobberini/Ffm -
5. Aktuelle ökonomische Kämpfe (z.B. 35-Stunden-Woche)
6. Knast und Gefangenenarbeit
   - Haberfeld -
7. Polizeiwaffen - Dia-Vortrag und Infos
   - Sanigruppe/Rhein-Main -

IV. FRAUEN

1. Frauenarbeitsgruppe (siehe Reader)
   - Autonome Frauen/Ffm -
2. Diskussion im Plenum oder in einer AG über die Ergebnisse der 1. AG.

V. INTERNATIONALES

Veranstaltungen:
1. Libanon
2. Griechenland
3. Osteuropa (Bulgarien, Polen, DDR)
4. Der Krieg zw. Irak - Iran
5. Frankreich
6. Japan
7. Eritrea
8. Italien
9. Nicaragua
10. AG Internationalismus
    Unsere Haltung zu Internationalismus, warum Solidaritätsarbeit, IWF, Imperialismus des Westens und des Ostens...
    - LZ/Ffm -

VI. AKTUELLES

1. Volkszählung
2. Praktische Übungen zu Selbsthilfe und Selbstschutz
   - Sanigruppe/Rhein-Main -
3. Sonntag: 14^{00} Uhr Startbahn
4. AIDS - Infos und Diskussion
5. 1. Mai

Dies sind die bisher feststehenden Arbeitsgruppen. Wenn jemand Lust hat noch eine weitere AG vorzubereiten, soll er oder sie sich schnell bei uns melden!
Bei einigen AG's sind Gruppen angegeben, die die Vorbereitung machen und an die ihr schreiben könnt, wenn ihr gutes Material habt oder euch selbst mitbeteiligen wollt. Die Adressen kommen am Schluß.

Zu den Libertären Tagen wird vorab ein Reader erstellt. In ihm werden das Konzept und die Referate den einzelnen AG's und Themenblöcken enthalten sein, so daß sich alle Leute inhaltlich auf die Beiträge vorbereiten können.
Außerdem wird dort die räumliche und zeitliche Planung der AG's und der Veranstaltungen beschrieben, die kulturelle Begleitung, wichtige Anlaufstellen und Adressen wie z.B. billige Kneipen und Cafes, Kinderhaus, Libertäres Zentrum, Fachhochschule, eventuelle Schlafplätze (großes Problem!) und natürlich auch die Planung der Versorgung: Volksküche, Buffet, Cafe, Infodienst, Kinderbetreuung, Fest usw..
Den Reader gibt es ab dem 15. Februar gegen Überweisung von 10.- Mark.

Diejenigen, die bei den praktischen Arbeiten an dem einen oder anderen Tag mithelfen können, sollten sich möglichst bald bei uns melden und bitte angeben, ob Kaffee kochen, Bier zapfen oder Kinderhüten...

Zum Schluß noch etwas zur Finanzierung: Wir wollen weder eine Eintrittskasse machen, noch die Unkosten auf das Essen aufschlagen, daher bitten wir euch den Unkostenbeitrag von **15,- Mark** auf unser Konto zu überweisen!

Plakate und Flugis sind ab 1. März bei uns zu bekommen. Menge angeben und Porto beilegen!

Spenden und Unkostenbeiträge nur auf das folgende Konto überweisen:

G. Neumann (LT)
Postgirokonto 500 812-602
Postgiroamt Ffm, BLZ 500 100 60

Infos:

Libertäres Zentrum, Kriegkstraße 38
6 Ffm 1, Tel.: 069/7381152

DIE SCHÖNEN ZEITEN SIND VORBEI?- DIE SCHÖNEN ZEITEN HAT ES NIE GEGEBEN!

Fast ein Jahr ist seit dem letzten Höhepunkt der Bewegung vergangen und wieder mal kämpfen wir um die Erhaltung der Reste. Und die Krise der Bewegung ist diesmal auch mit meiner eigenen neuen Standortbestimmung verbunden. Autonome Verhaltensmuster, die ich lange mitgemacht habe, werden heute von mir in Frage gestellt. Ich möchte es mir ersparen, allgemeine politische Analysen zu liefern: beim Durchblättern alter Zeitungen -zB. radikal- fällt auf, daß vieles vor fünf Jahren schon einmal diskutiert wurde. Zudem gibt es zur Zeit ein paar gute überfällige polit. Analysen, z.B. die Militanzdebatte in der "Unzertrennlich" oder Papier von Frankfurter Autonomen im "Schwarzen Faden". Ebenso wichtig ist aber die Beschäftigung mit unseren persönlichen Verhältnissen, wenn wir eine Perspektive haben wollen.

Wenn ich heute an meine ersten "autonomen" Wochen zurückdenke, so war dies zum einen zwar ein Gefühl der Befreiung - zum anderen aber auch eine gute Möglichkeit, persönliche Probleme durch militantes Gehabe zu verdrängen. Wenn ich mir andere Autonome anschaue, so scheine ich da kein Einzelfall zu sein. Sicher kann eine Lederjacke ein wichtiger Bestandteil der eigenen Identität sein, die Gefahr, Mittel der Militanz zum Fetisch zu machen, ist aber offensichtlich äußerst groß. Ich denke da z.B. an zahlreiche Leute, die ihre Sturmhaube demonstrativ um den Hals -oder noch besser: über die Haare gezogen- tragen, an die ständigen schwarzen Klamotten, an die Ledermenschen -Lederjacke, -hose, an den Springerstiefelkult. Ebenso die Freude über hetzerische Presseberichte, anstatt über ihre Funktion nachzudenken.

Das autonome Rollenklischee wurde von mir auch gut erfüllt. Das heißt eben der ganze Touch von Gefährlichkeit wurde gespielt- und ebenso wie der Autonome hart auf Demos ist, nimmt er auch harte Sachen: Dope, Alk, Schwarzer Krauser (es ist kein Zufall, daß ausgerechnet der stärkste Tabak der beliebteste ist). Angesichts unserer Kritik am Konsum des Normalbürgers werden unsere eigenen Beruhigungsmittel erstaunlich wenig in Frage gestellt. Genauso einheitlich ist es mit der autonomen Musik: Harter Punk, harte Scherben und Revolutionslieder aus Nicaragua. Der harte Kämpfer hört harte Kampfmusik. (Nichts gegen Punk oder eine Lederjacke: aber wo das zum autonomen Erkennungsmerkmal wird, ist was faul) Und die immer wiederkehrenden Phrasen: An das "sie kriegen uns nicht klein" und "der Widerstand geht weiter" hab ich auch so lange geglaubt, bis die Realität das als Wunschdenken entlarvt hat. Besonders übel stößt mir "Widerstand ist Leben" auf. Widerstand ist noch lange kein Leben -wie die autonome Realität zeigt-, sondern notwendiges Übel, um unsere Vorstellungen vom Leben verwirklichen zu können. Ich wüßte auch besseres zu tun, als Tage in nervenden Treffen zu verbringen oder mir Schlachten mit Bullen zu liefern. Das Mittel ist kein Zweck!

Auf der anderen Seite bleibt die Diskussion über die persönlichen Verhältnisse außen vor. Wie gesagt, Aktionen waren bei mir lange Zeit auch Mittel zu Verdrängung, aber selbst als ich mir über meine Situation im klaren war - aus der eigenen Scheiße muß jeder selbst rauskommen. Die Gesprächsthemen beschränken sich auf das Politische: Neulich kam Besuch vorbei, begann mit der Begrüßung "Habt ihr gehört, was die Schweine im Libanon gemacht haben?", diskutierte eine halbe Stunde darüber und verschwand. Das ist sicher ein Extremfall, aber trotzdem: Was hat Wackersdorf mit meiner Beziehungskrise, der §129a mit meiner persönlichen Perspektivlosigkeit und der Libanon mit meiner Langeweile zu tun? Jeder steckt irgendwo in der Scheiße -allein das Problem, diese Arbeitsgesellschaft abzulehnen und trotzdem in ihr weiterexistieren zu müssen nervt uns genug und doch muß sich jeder selbst durchwurschteln, oft ohne mit anderen überhaupt darüber zu sprechen. Der Traum von der Rückkehr ins bürgerliche Leben manifestiert sich geklautem Lachs und Kaviar.

Stattdessen gibt es kleinliche Streits in den Gruppen, der/die wird aus irgendwelchen Gründen angemacht oder hintenrum abgelehnt. Überhaupt: die Gruppe ist 'ne Fiktion, eigentlich ist es mehr eine Aktionsgruppe, lediglich der Feind hält uns zusammen. Mangelnde persönliche Beziehungen sollten durch theoretische Diskussionen ausgeglichen werden, was natürlich daneben gehen mußte: statt zusammenzukommen setzten sich kleinliche Streits auch hier fort.

Zu den autonomen Mythen gehört die Hierarchisierung der Widerstandsformen: an höchster Stelle stehen die militante Demo und die Nachtaktion. Für mich war es zu Beginn wichtig, dies nicht weiter als heilige Aktionen über mir schweben zu lassen und die erste Scheibe war wichtig für mein Selbstbewußtsein. Allerdings: natürlich hätte es leicht schief gehen können und angesichts des Dilettantismus bei manchen Aktionen stehen mir heute noch die Haare zu Berge. Nöh gut, ich hab Glück gehabt; bei anderen scheint es danebengegangen zu sein, wie die Festnahme der angeblichen Bahnattentäter von Günzburg zeigt. Der Dilettantismus dürfte bei den meisten zumindest in der Anfangsphase weit verbreitet sein, so daß die gelegentlich geäußerte Arroganz gegenüber Festgenommenen ziemlich fehl am Platze ist. Wichtiger wären vielmehr genauere Diskussionen über Sinn und Ausführung militanter Aktion, anstatt Jubelzeitungen wie z.B. das neue radikal-info oder gefährliche Anleitungen zu verbreiten.

Heute hätte ich mir für meinen autonomen Anfang was gewünscht: irgendwann hätte mal einer der Erfahreneren sagen können: mach nicht gleich am Anfang soviel Illegales, sonst kannst du irgendwann nicht mal mehr auf 'ne Demo gehen, ohne für den kleinsten Widerstand gleich eingeknastet zu werden. Stattdessen bin ich an ebenso neue Leute mit der Parole "da können sie nichts machen" -also dem Glauben, daß sich der Staat an seine eigenen Gesetze halten mußgeraten und hab die Parole für mich übernommen. Die gegenteilige Erfahrung ist natürlich umso schmerzhafter. Mit den gleichen Leuten scheint es heute unmöglich zu sein, einen gemeinsamen Prozeß gemeinsam vorzubereiten. Das ist auch so eine Sache: das schludrige Herangehen an Prozesse sowohl der einzelnen als auch der Bewegung: die Demo ist organisiert, 'nen EA gibt es später oft nicht und selbst wenn hat jeder die Folgen alleine zu tragen. Der Heroismus der Demos endet in der individuellen Verurteilung ohne Öffentlichkeit und Widerstand. Für mich ist das heute einer der Hauptgründe auf Demos nichts mehr zu machen oder erst gar nicht mehr hinzugehen.

Was bleibt?

Die politische Analyse in der BRD militanten Widerstand zu leisten wird durch die kaputten Beziehungen der Autonomen nicht falsch. Aber die konkrete Umsetzung wird schwieriger. Es macht keinen Spaß mehr. Tagsüber der tägliche Ärger und abends der in der eigenen Gruppe, mit der man doch eigentlich was anderes aufbauen wollte.

Wichtig wäre es zunächst mal, sich über die Mechanismen der eigenen Szene klarzuwerden, anstatt sie zu überdecken. Theoretische Erkenntnis und praktische Umsetzung sind bei uns aber schon immer zweierlei gewesen. Wie schwierig tatsächliche Änderungen im autonomen Verhalten ausfallen zeigt sich daran, daß unsere Probleme seit Jahren unverändert dieselben sind.. Gerade durch diese Probleme ist die Zeit des Durchschnittsautonomen auf wenige Jahre beschränkt, danach folgt der Ausstieg aus der Szene. Erfahrungen scheinen immer wieder neu individuell gemacht werden zu müssen, ein kollektiver Lernprozeß ist nur schwer zu erkennen.

Zum Ausschneiden und Sammeln

Diskussionsartikel

Nach Hanau - Gedanken über Weg und Ziel

Hanau war vielleicht der Beweis dafür, daß der "gewaltfreie" und der "militante" Flügel des Widerstands zu gegenseitiger Toleranz bereit und fähig sind. Das ist nicht gerade wenig. Aber nicht nur in der Praxis, auch in der Theorie sehen wir einen Durchbruch.

Der klassische Spruch "Der Weg ist das Ziel" bedeutet ja wohl, daß es nur einen Weg zu einem gemeinsamen Ziel gibt und daß irgendein Papst diesen Weg bestimmt. Aber die Päpste sind entthront.

Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß die üblichen Sitzblockaden zu einem Ritual verkommen sind, mit dem das Gewaltmonopol des Staats letztlich anerkennt oder doch hingenommen wird. Trotzdem, wer meint, das sei seine Widerstandsform und es mache ihm nichts aus, den Staatssäckel zu füttern, den soll man ernst nehmen. Dogmatismus ist auf beiden Seiten ein Übel und steht der Freiheit im Weg. Das andere Extrem liegt in der Behauptung, zur Freiheit gelange man nur über die Diktatur des Proletariats. Wann hat sich je eine Diktatur selbst abgeschafft?

Dikatatur des Proletariats? Höchstens kommt es zu einer Diktatur der Funktionäre.

Wenn man die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verfolgt: An Drohgebärden hat es nie gefehlt, aber hinter ihnen versteckten sich Feigheit und Halbherzigkeit. Dem Entscheidungskampf mit der herrschenden Schicht haben SPD wie Gewerkschaften stets das Arrangement mit ihr vorgezogen: der Reformer Lasalle hat sich gegen den Revolutionär Marx (den frühen Marx) durchgesetzt. Im Gothaer Programm v. 1875 wurde die Einigung besiegelt. Die radikalen Sprüche, die immer wieder gerissen wurden, waren auch nur ein Ritual. Nicht um die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft ging es mehr, sondern um die Eingliederung in sie: man wollte mit den feinen Leuten am gleichen Tisch sitzen, wenn auch an dessen unterstem Ende. Der Traum der SPD von der "Volkspartei" wurde schon damals geträumt, während die Gewerkschaften von der Sozialpartnerschaft schwärmten. Es fehlte der Arbeiterbewegung von Anfang an das nötige Selbstbewußtsein, vielleicht nicht an der Basis, aber bei den meisten Führern. Ständig waren sie bereit, sich anzubiedern. "Vaterlandsloser Geselle" wollte man um keinen Preis heißen, ein Arbeiter hat denn auch gedichtet: "Deutschland! Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt, aber wir haben sie nur nie beim Namen genannt: herrlich zeigte sich in deiner größten Gefahr, daß dein ärmster Sohn zugleich dein treuester war." Wen wunderts da, daß 1914 von der SPD die Kriegskredite bewilligt wurden?

Natürlich hats immer wieder Ansätze zu einem "Basis-Sozialismus" gegeben: Im alten Preußen die Aufstände der schlesischen Weber; in der Weimarer Zeit die Räterepublik in München und, nach dem Kapp-Putsch, ein Volksfrontbündnis im Ruhrgebiet - beidem wurde von der SPD-Führung schnell der Garaus gemacht. Nichts fürchtet eine Bürokratie mehr als die Spontaneität ihrer Schäflein.

Die Kommunisten, die es mit dem Klassenkampf ernster meinten, hatten in Deutschland nie genug Rückhalt: nur in Zeiten größter Not waren sie eine ernsthafte Alternative, vor Hitler etwa. Doch schon bald nach 1945, als die Zeiten auch nicht gerade rosig waren, warfen sich Gewerkschaften und SPD gleich wieder dem Bürger an

den Hals, einig im Antikommunismus. Da scheint Marx rechtgehabt zu haben: die Revolution sei eine Sache der jeweils fortschrittlichsten Klasse, also der ihrer Herkunft nach bürgerlichen Linken. Und doch, ohne die Arbeiter wird ebensowenig etwas gehen wie ohne die Christen: Wie die "Kirche von unten" muß auch eine "Gewerkschaft von unten" möglich sein. Der "neue Mensch" ist ebenso eine christliche wie ein sozialistische Vision.

Sicher ist für Bürgerkinder der ideologische "Ausstieg" um einiges leichter. Sie sind, auch als Christen, von klein auf vollgestopft worden mit "Idealismus" und brauchen ihn nur "vom Kopf auf die Füße" zu stellen. Der bürgerliche Aussteiger kann Geld und Gut geringschätzen; ihm bleibt unverlierbar der Besitz der genossenen Bildung, die ja mehr ist als Ansammlung von Wissen und Fertigkeiten, vielmehr die Chance, die Dinge (und sich selbst) kritisch zu hinterfragen zu lernen; freilich - wie viele nutzen sie wirklich?

Von Anfang an hatten auch die Arbeiter großes Interesse an Bildung; vieler ihrer Vereine gaben sich damit ab. Daß dieses Interesse allmählich erlahmte, rührte wohl nicht nur daher, daß der Staat, wie die Versicherung der Arbeiter auch ihre Bildung an sich riß und sie entsprechend lenkte; es mögen auch manche intellektuelle Funktionäre gefürchtet haben, kritisch gewordene Arbeiter könnten ihrer Führung entgleiten - ausgesprochen wurde das natürlich nicht.

Sicher geschieht Bildung nicht erst in den Schulen; was schon vorher gelaufen ist, dessen Spuren lassen sich nicht tilgen. Auch da ist das Bürgerkind besser dran. Selbst wenn ihm vieles verwehrt wird, was dem Arbeiterkind erlaubt ist - streunen, schmutzig sein - die elterliche, d.h. meist väterliche Autorität wird im bürgerlichen Haushalt "liberaler" ausgeübt; auch die ökonomischen Bedingungen unterscheiden sich: Bürgerkinder sind es gewohnt, höhere Ansprüche stellen zu dürfen, was ihnen ebenfalls einen größeren Freiraum verschafft.

Der Arbeiter hat den Idealismus der Philosophen und Priester als eine feindliche Kraft erfahren, die ihn dazu bringen sollte, zufrieden zu sein, sich zu bescheiden, nicht aufzumucken. In dieser Gesellschaft - eine andere konnte er sich nicht vorstellen - nach oben zu kommen, nicht sie zu verändern war sein Wunsch: ein Plätzchen an der Sonne des kapitalistischen Systems. (Man kann Erich Fromms "Haben oder Sein" von verschiedenen Seiten lesen, der des Besitzenden, der anderen die Armut schmackhaft machen möchte, und der des Habenichts, der sich dadurch verschaukelt fühlt. Es gäbe einen weiteren Standpunkt: "Euer Wohlstand ist mit meiner Lebensqualität zu teuer erkauft; ich träume lieber als mich zu plagen".)

Vielleicht zielt die "idealistische" Betrachtungsweise in die Zukunft, während der "Materialist" nur die Hand vor den Augen sieht. Da wird dann der Arbeitsplatz wichtiger als die Frage nach dem Wert der geleisteten Arbeit. Mag sie entfremdet sein, da kann man nichts machen. Vielleicht wärs möglich, in selbstverwalteten Betrieben zu zeigen, daß es auch anders geht, ohne Ausbeutung und Selbstausbeutung. Der Widerspruch zwischen Idealismus und Materialismus erscheint nicht unlösbar, er ist eher künstlich. Weg und Ziel sind nicht identisch, aber auch keine Gegensätze.

Was wir gemeinsam anstreben, ist eine andere Republik. Wie sie letztlich aussehen wird, kann heute noch

offen bleiben; noch ists nicht so weit. Die sie erleben, werden sie sich selber einrichten, nach ihren eigenen Vorstellungen, die andere sein werden, als wir sie heute haben. Einem veränderten Sein entspricht ein verändertes Bewußtsein. Nur so viel: "Republik" meint eine Ordnung des Gemeinwesens, die nicht mit "Staat" gleichzusetzen ist.

Streiten wir nicht um Worte. Nicht "der Staat" ist gewalttätig, sondern die Menschen, die sich hinter diesem Namen verschanzen, ihn benutzen, um ihr Verlangen nach Herrschaft zu befriedigen. Er ist die Ziffer, von der die vielen Nullen, die dahinter kommen, ihre Bedeutung ableiten: je mehr du aber von ihnen abstreichst, desto weniger wert ist, was vorn übrig bleibt.

Die in die Struktur eingebettete Herrschaft befreit von Verantwortung - "ich tu ja nur meine Pflicht" - und sie wird (immer noch) als legitim anerkannt. Das ist das Gemeingefährliche an ihr. Wer außerhalb der Struktur Herrschaft anstrebt, gilt als kriminell. Gegen diese "punktuelle" Gewalt hat eine Gesellschaft (ein "System") Sanktionen in Vorrat; gegen strukturelle Gewalt hilft nur die Beseitigung des Systems.

Strukturelle Gewalt, etwa ausgedrückt im Betrieb einer atomaren Anlage, betrifft mehr oder weniger jeden, punktuelle, wie eine Flugzeugentführung, immer nur eine beschränkte Anzahl von Menschen.

Herrschaftsstrukturen versprechen den Opfern wenigstens Sicherheit und Stabilität - ein leeres Versprechen, denn in Wirklichkeit sind sie viel weniger stabil als solche, die für immer neue Veränderungen offen sind, Veränderungen, die nicht bloß kosmetischer Natur sind, sondern an die Substanz gehen.

Weg und Ziel? Die Entwicklung hat kein Endziel, allenfalls eine Richtung. Geschichte ist nicht "Fortschritt", sie "geschieht" aber wird nicht "gemacht", schon gar nicht von großen Männern. "Prozeß" meint etwas anderes als Fortschritt, nämlich die Austragung von Konflikten, doch nicht im Weg eines Kuhhandels, sondern eines Kampfs.

Wir gehen nicht auf irgend ein gelobtes Land zu: immer wieder werden sich neue Ziele zeigen und neue Wege gegangen werden müssen: die Gefährten von heute können dann Gegner sein, es hat nichts zu sagen.

S.

Überlegungen zu - Gedanken über Weg und Ziel -

Der Text von S. hat **nach meiner Meinung gute bzw. gut versuchte Ansätze, doch will ich** einige **geschichtliche Weglassungen** und Ungereimtheiten **von meiner** Sicht aus richtig **stellen.**

Zuerst möchte ich zu den **Aussagen**, "Der Weg ist das Ziel", und daß "irgend ein Papst diesen Weg bestimmt", klar stellen, daß nicht jeder Weg zum Ziel führt, besonders wenn man ihn ohne geschichtliche und gesellschaftliche Schlußfolgerungen wählt. Diese Schlußfolgerungen lassen die Aussage zu, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der Geschichte nur mit Gewalt (Revolutionen) zum Durchbruch kamen. Es gibt in der Geschichte kein einziges Beispiel, worin alte überholte gesellschaftliche Verhältnisse nicht durch Neue gewaltsam beseitigt werden mußten. Außerdem stellt sich die Frage heute doch noch klarer, daß bei diesem Gewaltmonopol und Gewaltapparat den dieser und auch andere Staaten in Anspruch nehmen, eine friedliche Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche wohl schwer vorstellbar ist. Nicht irgend ein Papst bestimmt den Weg durch die Geschichte (wobei schon einige "Päpste" diesen Weg als richtig erkannten), sondern die *gesell-schaftlichen Widersprüche *be-stimmen den Weg und die Handlungsweise der unterdrückten Klassen. Die Aussage, daß andere Extrem liege in der Behauptung von der Diktatur des Proletariats, ist so in seiner Schlußfolgerung auch nicht korrekt. Diktatur des Proletariats bedeutet ja nicht eine Diktatur im umgedrehten Sinne zur Diktatur des Kapitals, sondern die Macht der Produzenten über die Produktionsmittel und die Produkte, und daß mit allen Konsequenzen für eine kleine Minderheit früherer Diktatoren.

Die Diktatur der Funktionäre (siehe Ostblock), ist dagegen eine Diktatur einer herrschenden Minderheit über die Mehrheit der Produzenten und Arbeiter/innen, und somit eine bestehende klassische Kapitaldiktatur. Doch die Frage des Proletariats im klassischen Sinne dürfte bei einem heutigen Proletenanteil von 20 % gemessen an den Erwerbstätigen (die auch immer weniger werden) in den Industrieländern so oder so überholt sein. Die Ausführungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sehe ich mit einigen Abstrichen auch so, doch ist noch zu bemerken, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht Loblieder auf Nationalismus und Faschismus sangen, weil sie davon zum großen Teil überzeugt waren, sondern doch auch, weil sie von SPD und Gewerkschaften verraten und verkauft wurden. Um hier noch etwas Anarchistisches anzuhängen, ist noch zu bemerken, daß die Industriesabotage sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg zu deren Ende 2-3% der deutschen Kriegsproduktion ausmachte. Und dann gabs da noch einen Hölz und noch ein paar andere, die als Matrosen noch mitmischten.

Zur Behauptung, daß Marx sagte: Die Revolution sei eine Sache der jeweils fortschrittlichsten Klasse, ist klar zu stellen, daß er damit die Arbeiterklasse meinte, und nicht die von ihm so spöttisch bezeichneten "kleinbürgerlichen Linken". Denn zum Fortschritt gehört ja wohl nicht nur das Denken einiger bürgerlichen Linken, sondern im entscheidenden Maße die Handlungen der Massen.

Daß der "neue Mensch" ebenso eine christliche wie eine sozialistische Vision ist, ist wohl auch sehr zweifelhaft, da das Christentum von seiner Basis, von einer Bewußtseinsänderung der Menschen durch die christliche Weltanschauung ausgeht, und damit alle historischen Zustände außer acht läßt, und sich damit selbst ad absurdum führt, indes sie es bis zum heutigen Tage nicht geschafft hat, die Menschheit zum christlichen Zusammenleben zu bringen.

Ausdruck dieser Tatsache ist das Entstehen der Kirche von unten, darin kristallisiert sich die Tatsache heraus, daß es die bestehenden Verhältnisse sind, die verändert werden müssen, und nicht nur die "Einstellung" zwischen Reich und Arm. Wie soll denn auch eine christliche Vision mit der einer sozialistischen gleichbedeutend sein, **wenn die erstere keine primären ökonomisch bedingten Klassenverhältnisse anerkennt, sondern nur** von der Veränderung **der Moral und** dem Verhalten der Menschen **ausgeht**. Das Ganze soll jetzt natürlich nicht heißen, daß nicht Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten (wenn nur Bezeichnungen die Revolution machen würden!) gemeinsam diesen Staat bekämpfen können, doch ebenso wie den Christen dürfte es den anderen bewußt sein, daß sich große Teile ihrer Vorgehensweisen und Ziele stark unterscheiden.

Zu: die Arbeiter und ihre "Hand vor Augen", möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß das schon eine bürgerliche Betrachtung ist, da ja wohl die Arbeiter das größte Recht haben, ein Plätzchen an der Sonne zu bekommen. Erstens ist es ja so, daß alle großen Revolutionen von der Arbeiterschaft (städtische und Landarbeiter) getragen und kräftemäßig ermöglicht wurden. Un zweitens kann man den Arbeitern/rinnen unmöglich vorwerfen, daß sich auch für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse eintreten. Sie haben Jahrhunderte lang in Löchern gehaust, bis zu 20 Stunden am Tag gearbeitet und sind in den meisten Fällen nicht mal 40 Jahre alt geworden.

Für die bürgerlichen (Kapitalismus, Imperialismus), die alle gesellschaftlichen Veränderungen nur bedingt durch ihre Köpfe gelten lassen wollen - die ja auch einen Geist enthalten, und der Veränderung der Produktion und der Gesellschaft nur durch ihr zutun verändert und verbessert wird. Kriege werden demnach von ihnen vom Zaun gebrochen, wann immer es ihnen auch ohne wirtschaftliche Gesichtspunkte paßt, oder dadurch, daß man einen ihrer Repräsentanten ermordet (Sarajevo); alles geschieht nur durch die Idee und den Entscheidungen der Personen - am besten gleich durch den Kanzler - oder durch irgendeinen Diktator. Doch da sind noch die Wirtschaftsführer, die ja entscheiden und lenken und überhaupt alles im Griff haben. Daß es dann doch nicht ganz so ist, zeigt sich immer wieder in Produktions- und Wirtschaftskrisen, worin sich eindeutig eine Anarchie der Produktion entdecken läßt.

Buchtip: Die Roller der Persönlichkeit in der Geschichte, von Plechanow.

Wobei die Bürgerkinder wohlbehütet, **gebil**det, liberal und mit Freiräumen (von denen ein Arbeiter nur **träu**men konnte) aufwuchsen, und im Durchschnitt schon vor hundert Jahren 60 Jahre alt wurden. Daß sich demgegenüber die Verhältnisse geändert haben, ist sicherlich richtig, doch auch heute besteht noch ein großer Unterschied zwischen Arbeiter und Bürgerkindern. Auch heute noch werden 50% der Erwerbstätigen zu Frührentnern gemacht, und daß durch die immer noch Körper und Geist vernichtende Ausbeutung für den Maximalprofit.

Noch dazu **kommt**, daß der Bildungsanteil reiner Arbeiterkinder an den Unis bundesweit nicht mehr als 5% beträgt.

In dem **Brief wird** zum Schluß hin mit den Begriffen "idealistische" und "materialistische" Betrachtungsweise falsch **bzw. verwirrend** umgegangen, deswegen möchte ich versuchen, einiges verständlicher zu machen.

Zum einen ist der Begriff "idealistisch" (Idealismus) im bürgerlich-volksgebräuchlichen Umgang die Vorstellung von einem idealen Zustand bzw. dessen Idee, zum anderen wird der Begriff "materialistisch" (Materialismus) bei der selben Betrachtungsweise nur für plump materielle Gegenstände bzw. für handfeste, die zum fressen, saufen und befriedigen von leiblichen Bedürfnissen sind, verwendet.

Diese Betrachtungsweisen sind zutiefst bürgerlich, da diese Reduzierungen auch eine dauernde Diskreditierung der politischen und philosophischen Anschauungen der Linken beinhalten. Marx, Engels, Bakunin, Lenin und Trotzki bezeichneten sich als Materialisten, was die Bürgerlichen immer zur Hetze im volksgebräuchlichen Sinne verwandten und noch verwenden. Deswegen möchte ich versuchen, kurz darzulegen, wie die politischen und philosophischen Betrachtungsweisen des Idealismus und Materialismus aussehen.

— **Der Idealismus** geht von der Idee bzw. **dem Inhalt** des Geistes aus, der weltumspannend ist und schon vor der Materie existiert haben soll (also vor unserer Welt und uns Menschen). Dieser Geist soll demnach auch die Materie geschaffen haben - aus einem Zustand der Bewegungslosigkeit (7 Tage). Geist ist oder kann Gott sein, der ihn wiederum in den Menschen pflanzte und somit den Menschen befähigte, die Materie zu beherrschen. Damit sind wir schlicht gesagt bei den Persönlichkeiten, die die Geschichte bestimmten, oder auch bei den Ideen, die sie dazu befähigten. Daraus läßt sich sowohl für die Kirchen wie für jede herrschende Klasse schöpfen. Für die Kirche, für die der Weltgeist alles vorbestimmt hat was gesellschaftlich und menschlich abläuft (alles natürlich nur mit der entsprechenden autoritären Führung - Regierung, Oberhäupter usw.). In der Geschichte lassen sich die feudalen Herrscher mit in die kirchlichen Anschauungen einordnen.

— **Der Materialismus** geht von der Materie **als solcher** aus, aus der alles besteht und aus der wiederum nur Materie hervorgeht. Das bestätigen sowohl die neuesten Ergebnisse der Teilchenbeschleunigung sowie die Erkenntnisse der Astrophysik. Die Materie ist ohne Anfang und Ende, ist weder erschaffbar, noch vernich[illegible]r. Die inhärenten Existenzbedingungen der Materie sind Bewegung, Raum und Zeit - also Bewegung im Raum und in der Zeit. Die uns heute bekannten Bewegungsarten der Materie sind unter anderen **die** physikalischen und chemi**schen, die** sich wiederum differenzie**ren, doch** alle diese Bewegungsarten **sind** in Bewegungsformen gebunden, bzw. nehmen Formen an. Die Materie **besteht** ihrem sichtbaren Äußeren nach **durch** die Formen der materiellen Be**wegung.**

Die uns heute am höchst entwic**keltste und** bekannte Bewegungsform **der Materie** ist der menschliche Organ**ismus** (menschlicher Geist) und seine **gesell**schaftliche Daseinsweise. Diese **gesell**schaftliche Daseinsweise oder Existenzweise basiert grundsätzlich **auf** materiellen Produktionsbedingungen - nicht was produziert wird, sondern wie bestimmt die ökonomischen und sozialen Epochen der menschlichen Gesellschaft (Marx, Kapital 1.Bd.). Diese materiellen Produktionsbedingungen wirken von ihrer materiellen Substanz auf den Menschen und seinen materiellen Geist.

Erst die dialektische Wechselwirkung zwischen diesen beiden Formen der Materie (Werkzeug und Gehirn) bringen eine Reaktion hervor, die wiederum den Menschen agieren läßt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Epochen sind also nicht durch den "immateriellen" Geist der Menschen entstanden, sondern durch materielle Verhältnisse, die sie immer wieder vorfanden bzw. weiterentwickelten. Daraus läßt sich der sekundäre Charakter des menschlichen Geistes im Verhältnis zur materiellen Umwelt ableiten und dessen Beschränktheit erklären. Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Somit ist es also unmöglich, durch große Geister oder Ideen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse und deren Entwicklungsstand von heute auf morgen zu ändern. Die Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität und nicht in ihrem Geiste.

Daß ich jetzt wieder auf den Boden komme, hat mit dem "unlösbaren Widerspruch" zwischen Idealismus und M[illegible]ialismus zu tun, und der ist wie versucht dargelegt eher nicht "künstlich". Sollte S. die ganze Sache nur im Licht der bürgerlich volkstümlichen Betrachtungsweise sehen, so sei ihm dies zu weiteren Ausführungen gegönnt, doch wird dadurch die Verwirrung der Begriffe leider nicht aufgehoben.

Ansonsten sehe ich einer Veränderung bestehender Verhältnisse nicht nur zu, wodurch sich das gleiche Ziel - eine andere "Republik" - wie bei S. ergibt.

P+F für d. Staat H.

Günther Müller

Anfangs wurde ich wie alle Gefangene im Knast Bruchsal erstmal gewarnt, daß der Günter und der Roland "schlechter Umgang" wären, wenn ich irgendwann einmal in den "Genuß" von sog. Vollzugslockerungen, wie Urlaub, vorzeitige Entlassung, etc. kommen wolle.

Als das nicht fruchtete, bekam ich ab 1982 zuerst unregelmäßigen - ab 83 dann dauernden Ausschluß aus allen Freizeit- und Gemeinschaftsveranstaltungen.

84 wurde ich in eine der neu gebauten Sicherheitszellen verlegt: meine Post und Besuche wurden fortan gesondert überwacht. Meine Beschwerden durch die eigens für die Gefangenen aus der RAF eingerichtete Sicherheitsabteilung im baden-württembergischen Justizministerium (Jumi) bearbeitet.

Ab 85 - dem Hungerstreik um Zusammenlegung - der verstärkten Angriffe der Guerilla - des immer breiter und militanter werdenden Widerstands - dem kontinuierlichen und starken Kampf der Angehörigen für die Zl der politischen Gefangenen - also unserer gemeinsamen Offensive drinnen und draußen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung: gegen Isolation, Folter und Mord weltweit durch den US-Imperialismus und seine Handlanger - wurden meine Haftbedingungen weiter verschärft.

Begründet und legitimiert wurden diese durch die Anstaltsleiter Preusker und Rehring, in Absprache mit dem Staatsschutzsachbearbeiter im jumi, Mündelein und der Stvk Karlsruhe im Tenor von: (Zitat) "Bekannt sind insbesondere seine Versuche, mit dem terroristischen Umfeld und in der JVA Bruchsal inhaftierten Terroristen Kontakt aufzunehmen." oder "Die Stvk hat bereits zahlreiche Anträge des

Gefangenen zurückgewiesen, mit denen er die Aushändigung terroristischer oder der RAF nahestehender Druckwerke verlangte." oder "Bei dem Gefangenen Müller handelt es sich um einen Sympathisanten der RAF, der mit den hier inhaftierten Mitgliedern dieser Organisation Sonnenberg und Mayer häufig Kontakt hat." (Zitat Ende)

Am 16.1.86 kam dann die "Sonderhofgangsverfügung" gegen uns, durch welche unser Kontakt untereinander, wie auch zu den sog. normalen Knakis weiter beschnitten wurde.

Abermals verschärft wurde diese Regelung am 29.7.86, in dem man diesen Sonderhofgang fortan "zu unregelmäßigen Zeiten durchführte.

Beweis dafür, daß hinter diesen dauernden Haftverschärfungen die BAW und der Staatsschutz steckt, ist z.B. einerseits der "Besuch" derselben im Knast Bruchsal am 24.7.86 - also 3 Tage vor Einführung dieser neuerlichen Schikane gegen uns. Andererseits die Einführung derselben Schikane gegen die Gefangene aus der RAF, Heidi Schulz in Köln-Ossendorf. Laut Konkret 10/86 wurde sie gegen Heidi von "übergeordneter Stelle" angeordnet.

Bereits am 16.6.86 beantragte Rehring beim Jumi Baden-Württemberg meine Zwangsverlegung in einen vergleichbar gesicherten Knast eines anderen Bundeslandes, in welchem keine Gefangene der RAF einsitzen. Hier ein paar kurze und bezeichnende Sätze aus der 5-seitigen Begründung: (Zitat) "Seit seiner Wiedereinlieferung (81) verweigert der Gefangene die Arbeit, unternahm mehrfach Ausbruchsversuche (...) und entwickelte sich mehr und mehr von dem ehemals milieugeschädigten unreifen Frühkriminellen mit zum Teil jugendtypischen Delikten, die größtenteils unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung dienten, zu einem zumindest nach außen dokumentierten überzeugten Anhänger der RAF. Seine Hauptbezugspersonen in der VA Bruchsal sind die Gefangenen Roland Mayer und Günter Sonnenberg, mit denen er täglich den Hofgang verbringt und auch sonst Kontakt sucht. Sein früher in Bandenstraftaten ausgelebtes Geltungsbedürfnis scheint nunmehr dadurch befriedigt zu werden, daß er sich neben diesen beiden bekannten Terroristen in einer Front gegen die weltweite Unterdrückung durch den US-Imperialismus und die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in aller Welt wähnt. Die Ideenwelt der RAF scheint auf ihn, den bislang bislang ausschließlich vordergründig eigennützigen Einbrecher, einen eigenartigen Reiz auszuüben. Er korrespondiert praktische ausschließlich mit Personen, die diesem Gedankengut nahestehen, teilweise auch mit Widerstandsbewegungen in anderen Ländern. Die Höhe der vorerwähnten letzten Verurteilung durch das Landgericht Stuttgart führt er bezeichnenderweise darauf zurück, daß er sich in diesen Kampf eingereiht habe.

Die Politisierung des Gefangenen ist aktenmäßig unvollständig dokumentiert ... (Zitat Ende)

Vor allem aus diesem zuletzt zitierten Satz geht eindeutig hervor, daß entgegen den dauernden Propaganda Reden und Versicherungen von Kapitalisten knechten wie Rebman, usw. Kontakte zu Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand halt doch dokumentiert und entsprechend sanktioniert werden, daß Eyrich's immer wieder öffentlich versicherter "Normalvollzug" für die politischen Gefangenen nur Tünche ist unter welcher die Repressionsschraube gegen uns kontinuierlich angezogen wird.

Am 27.8.86 wurde ich dann gegen meinen erklärten Willen in den Knast Kassel I zwangsverlegt. Beweis dafür, daß auch dahinter die BAW steckt, ist ein Artikel in "Die Welt" vom 12.9.86 - DW Karlsruhe - unter "RAF-Kontakte zu Inhaftierten". Dort stand u.a.: "Ermittler gegenüber der Welt. ... aus der Vollzugsanstalt Bruchsal wurde ein krimineller Straftäter nach Kassel verlegt. Er hatte Kontakte zu den RAF-Mitgliedern Günther Sonnenberg und Roland Mayer unterhalten. ..." (Zitat Ende)

Da Rechtsanwalt Härdle u.a. aber erst am 16.9.86 eine Presseerklärung zu dieser Zwangsverlegung abgaben (siehe 'TAZ' desselben Datums - unter "Normalvollzug ad absurdum geführt") - der "gute Draht" der Welt zur BAW ja allgemein bekannt ist - ergibt sich daraus klar die versteckte Urheberschaft derselben.

Kalkül dieser Zwangsverlegung - der verschärften Haftbedingungen gegen uns alle - des Terrors draußen gegen den Widerstand ist ganz offensichtlich Einschüchterung und Abschreckung.

Auf Grund dessen, daß sie immer mehr an Terrain verlieren, müssen sie in ihrer Defensive die verschiedenen Masken und Verkleidungen nach und nach aufgeben. Begründen sie die kriegsmäßigen Überfälle auf die Hafenstr. in Hamburg, die Kiefernstr. in Düsseldorf, Emmaus in Stuttgart und die Verhaftung der Veranstaltung in München ausschließlich politisch.

Sie können die Realität des Kampfes, die Kontinuität der bewaffneten Auseinandersetzung nicht mehr abstreiten - auch nicht das fortgeschrittene Stadium des Antagonismus wie er sich im augenblicklichen Kampfzyklus materialisiert.

Sie entlarven sich, ihre Defensive und die Realität des nicht mehr zudeckbaren Klassenantagonismus auch mit dem Versuch, den "Kronzeugen" offiziell einzuführen - der Ausweitung des 129a und der Wiedereinführung des 130a.

Sie wollen Stärke und Überlegenheit demonstrieren, in dem sie sich die schnappen, die sie kriegen können - die sich inhaltlich und konkret mit dem qualitativen Sprung, dem aktuellen Kampfzyklus noch nicht auseinandergesetzt haben.

Sie versuchen mit Masse zu kompensieren was ihnen qualitativ fehlt. Was heißt, sie verstärken auf taktisch-operativem Gebiet bei gleichbleibendem Niveau ihre Mittel, weil es ihnen nicht gelingt eine politische und strategische Konzeption und Perspektive zu entwickeln - was für dieses System bezeichnend ist.

Natürlich können sich auch ganz anders agieren wie man bei allen Kämpfen weltweit sieht und was selbstverständlich auch für die Metropolen gilt - siehe die brutale Verhaftungswelle in Italien '81 oder ansatzweise momentan in Frankreich. Aber das sind politische Entscheidungen, die ihrem ganzen imperialistischen Propagandagebäude vom freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat den letzten Rest geben würden. Das wissen sie selbst natürlich auch und machen es deshalb noch nicht, obwohl es ihnen zunächst vielleicht taktische Vorteile bringen würde.

Trotzdem müssen aktuelle Sprüche wie die von Wegener (Ex-GSG9-Leiter), der "die Situation heute mit der 77 vergleicht" hellhörig machen. Vor allem auch dann, wenn Poniatowski empfiehlt "zu den Mitteln zu greifen, die die BRD 77 in Stammheim angewandt hat (Poniatowski war 77 französischer Innenminister und weiß also, wovon er redet)".

Nur vor diesem Hintergrund ist der Antrag der STA auf "eine empfindliche Freiheitsstrafe" gegen mich bereits in der Anklageschrift zu verstehen. Ist der Vorwurf "Körperverletzung" nur die Tünche, die den eigentlichen Kern der Verfahrens verbergen soll. Nämlich - mich wie schon durch den Prozeß vor dem LG Stuttgart, auf Grund meiner Politisierung im Knast seit 81 zu bestrafen - mich weiter im Knast zu halten.

Ich soll hier also verurteilt werden wegen meiner Ablehnung und Bekämpfung des Knastgleichschaltungs- und -vernichtungsprogramms; des Kontakts zum Günter und Roland, meines kontinuierlichen Widerstands durch die Arbeitsverweigerung - der Auseinandersetzung und Beschäftigung mit revolutionärer antiimperialistischer Politik; den Analysen, Einschätzungen und der Praxis von Guerilla und Widerstand.

So wird durch die zitierten Unterlagen klar, daß es sich hier um ein von den beteiligten Stellen genau geplantes Szenario mit dem Ziel handelt, mich abermals exemplarisch und massiv zu bestrafen. Mich auf weitere Jahre im Knast zu halten und somit mich u.a. abzuschrecken. Ich verknackt werden soll, weil ich mich nicht nur nicht gleichschalten lasse sondern sogar anfing zu kämpfen. Sie das nicht hinnehmen können, weil es Beispielsfunktion für andere habe könnte - weshalb sie mittels dieses Prozesses, der Zwangsverlegung usw. versuchen, mir gegenüber wieder in die Offensive zu kommen. Es geht hier und heute also nicht um Recht und Unrecht, sondern darum, die kapitalistische Politik der Ausbeutung und Unterdrückung - die Unterwerfung unter diese - durchzupeitschen. Diente die Justiz schon immer dazu, die von den Herrschenden aufgestellten Spielregeln - genannt Gesetze - durchzusetzen. Hier: Die gezielte Vernichtung des gefangenen politischen Gegners durch Isolationsfolter, wenn er/sie nicht abschwört; seine politische Identität nicht aufgibt. Sein Bewußtsein, sein Leben und seinen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung aller Menschen nicht verleugnet und verrät sondern auch im Knast und trotz der alltäglichen Repressionen weiterkämpft. Sich einreiht in den weltweiten Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Fremdbestimmung durch den US-Imperialismus und seine Kriegsmaschine, die US-Nato.

Besonders deutlich wird diese gezielte Vernichtungsstrategie durch die Isolationsfolter, die am Günter trotz seiner erheblichen Verletzung - Haftunfähigkeit - seit seiner Inhaftierung vollzogen wird.

"Normaler" Knast schon ist unmenschlich; Isolationshaft ist moderne Folter - typischer Ausdruck eben solcher mörderischer und Menschenverachtender kapitalistischer Systeme/Gesellschaftsordnungen wie hier in der BRD - in allen sog. freiheitlichen Demokratien westlicher Prägung.

Ich werde deshalb nicht zulassen, daß sie mittels diese Prozesses in Verbindung mit der Zwangsverlegung usw. mir gegenüber wieder in die Offensive kommen. Ich werde meine Kampf verstärken und dafür Sorge tragen, daß ihnen auch dieser Versuch mich gehirnzuwaschen auf die eigenen Füsse fällt - er zu einer weitere Niederlage für sie wird.

Darum gilt auch für mich, was Fidel Castro am 19.12.53 in einem Brief aus dem Gefängnis schrieb: (Zitat) "Was für eine ungeheure Schule ist das Gefängnis! Hier schmiede ich nun meine Weltanschauung und erkenne vollends den Sinn meines Lebens. Ich weiß nicht, ob es lang oder kurz sein wird, fruchtbar oder steril. Aber eines, das fühle ich, festigt sich in mir: Mein Wunsch nach Aufopferung und Kampf!"

ZU DEN HAFTBEDINGUNGEN

Am meisten wissen wir erstmal über die Haftbedingungen bei Claudia (Gefangene aus dem Widerstand, die im Hungerstreik 84/85 bei einem Anschlag in Stuttgart eingefahren ist) und schreiben deshalb auch fast ausschließlich darüber.

Also erstmal zu den Zellen, in denen in Aichach die politischen Gefangenen sind und von denen sie einige als Arrestzellen benutzen: Sie sind ungefähr 2*4 m groß und haben zwei Türen hintereinander, so daß Geräusche von draußen so gut wie verschluckt werden. Das Fenster ist ung. in 1,80 m Höhe und ist außer ner Klappe unter der Decke nicht zu öffnen - dadurch kann überhaupt kein Luftaustausch stattfinden. Vor dem Fenster ist das normale Gitter und zusätzlich ne Sichtblende angebracht - also ne Milchglas-Fliegengitter-Konstruktion, durch die man nicht durchschauen kann und die das meiste Licht schluckt. Dadurch ist es immer düster in den Zellen.

Hofgang lief bei Barbara (die vor kurzem nach Hamburg verlegt wurde) und bei Claudia mit anderen Gefangenen mit Ausziehen vorher und nachher. Den Einzelhofgang, den Claudia beantragt hat um sich die Auszieherei zu sparen, wurde abgelehnt wegen Personalmangel. Sie hat dann weiter Hofgang mit den anderen Frauen gemacht, bis plötzlich das Verbot für alle kam, was mit raus auf den Hof zu nehmen und mehr als zwei Zigaretten dabeizuhaben. Also weder Strickzeug, noch Bücher, noch Schreibzeug oder Briefe ... also alles, worüber die Gefangenen reden können, sich gegenseitig zeigen ... und daraufhin hat Claudia dann den Hofgang abgebrochen. Sie hatte dann gar keinen mehr, weil ihr Einzelhofgang weiterhin verweigert wurde.

Vor ung. 2 Monaten wurde dann Brigitte zwangsweise nach Aichach verlegt. Ziemlich zeitgleich kam Claudia weg in ne andere Abteilung, in den sog. "Normalvollzug". Brigitte ist in der alten Zelle von Claudia und ist 23 Std. in der Zelle und hat 1 Std. Einzelhofgang.

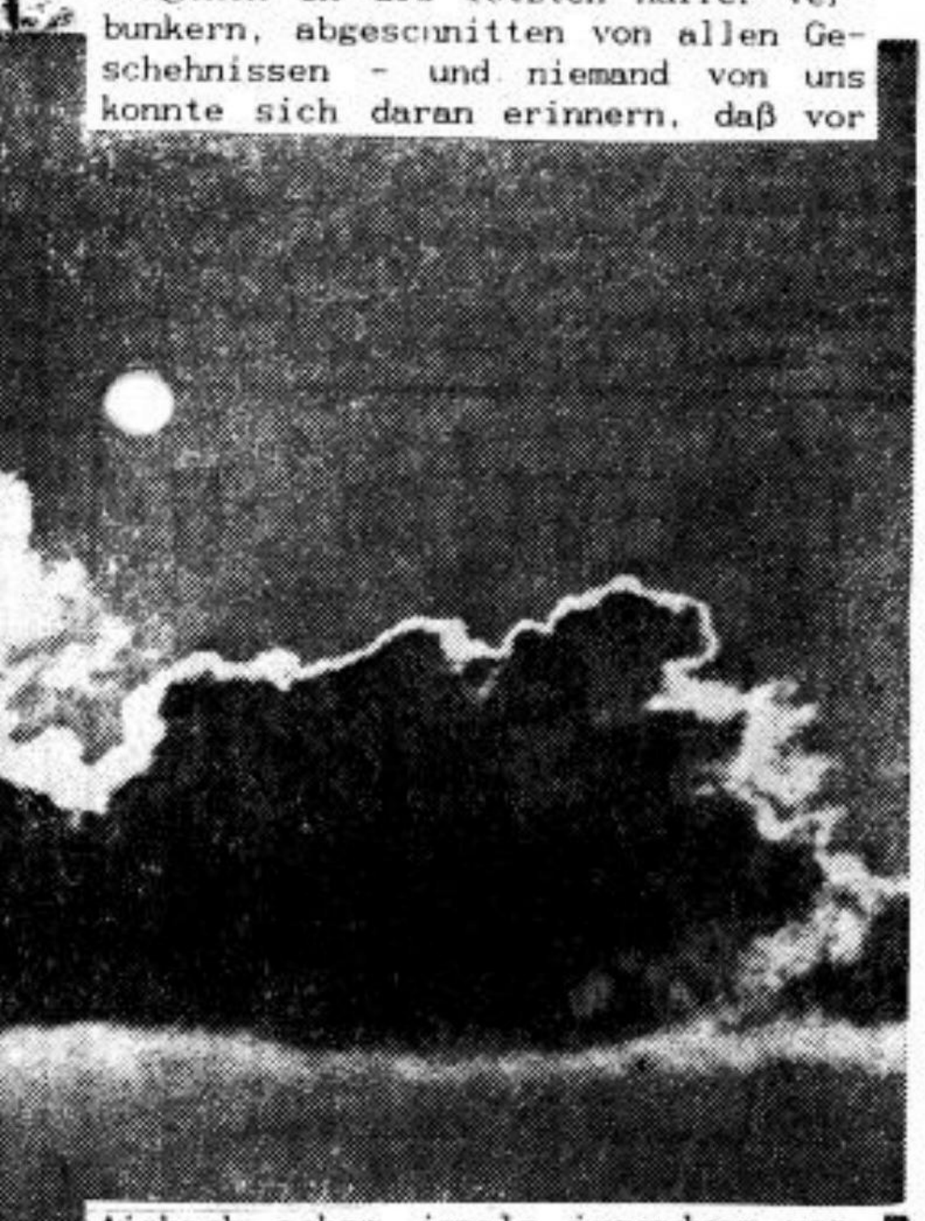
Der Normalvollzug bei Claudia sieht so aus, daß sie als Näherin für den absoluten Ausbeuterlohn arbeiten sollte, was sie natürlich verweigert hat, und für die Arbeitsverweigerung hat sie Hofgangsperre, kommt also aus ihrer Zelle nie raus. Die Post wird wie bei den meisten Gefangenen in Unmengen beschlagnahmt, verschwindet zum Teil ohne Beschlagnahmebeschluß oder geht sogar als unzustellbar zurück. Briefe, in denen Zeitungsartikel zitiert sind, werden angehalten mit der Begründung: Kontrolle in Bezug auf versteckte Nachrichten nicht möglich. Sorum sollen auf die Art kontinuierliche Diskussionen nach drinnen und draußen verhindert werden und ihr Informationen entzogen werden, damit es für sie schwieriger wird, sich'n Bild zu machen von dem, was abläuft, was an Entwicklungen draußen passiert. Dazu ist wichtig, daß am Anfang über Monate hinweg das Knastradio (Bayern 3) kaputt war, sie ihr eigenes Radio wegen Kontrolle (obwohl es von nem anderen Knast versiegelt war) nicht rausgerückt haben - so daß sie praktisch noch nicht mal Nachrichten hören konnte. Sie hat dann zwar ihr Radio gekriegt, was ihr aber nichts nützt, weil sie dafür keine Batterien kaufen kann. D.h. sie hatte von Anfang an Einkaufssperre, die sie illegalerweise auf Batterien und Schreibzeug ausgedehnt haben, auch wenn das nach Strafgesetzbuch unzulässig ist. Nach ner Beschwerde von ihr konnte dann einmalig Batterien und Schreibzeugeinkauf laufen - das war aber bisher das einzige Mal.

Der Anwalt, dem sie geschrieben hat und der sich um ihre anstehenden Sachen kümmern soll, ist wegen §146 - Mehrfachverteidigung- abgelehnt worden. §146 bedeutet, daß ein Anwalt nur einen Gefangenen der wegen §129a angeklagt ist, verteidigen darf, bzw. das Haftmandat von nur einem nach §129a verurteilten Gefangenen übernehmen kann.

Seit 15 Jahren kämpfen die politischen Gefangenen für ihr Zusammenkommen und kollektiven Strukturen im Knast, mit ihrer Forderung - der Zusammenlegung in große Gruppen - setzen sie damit dem gezielten Vernichtungsprogramm der Isolation, Vereinzelung und den permanentem Terror im Knast gemeinsam etwas entgegen, wo es drinnen um den gl[illegible]chen Prozess wie für uns hier d[illegible]ßen geht, nämlich dem Zusammenkommen der Kämpfe und untereinander, selbstbestimmte und handlungsfähige Zusammenhänge und Strukturen zu schaffen, um den revolutionären Kampf gegen das ganze System von Vernichtung, Vereinzelung und Faschismus durchzusetzen.

Sylvester in Aichach

Wir haben uns ziemlich spontan überlegt, was wir Sylvester machen und kamen dann drauf, zum Knast nach Aichach zu fahren. Aichach deshalb, weil vor den Knästen in München schon öfter mal Leute waren wie z.B. in der Walpurgisnacht ne Frauendemo nach Neudeck, oder im Hungerstreik 84/85 oder am 19.10. Kundgebungen vor Stadelheim ... und so direkt in der Stakt kann man das ja auch öfter mal mit einbeziehen. Aber wir wollten auch gerade dahin, wo sie die Gefangenen in die letzten Käffer verbunkern, abgeschnitten von allen Geschehnissen - und niemand von uns konnte sich daran erinnern, daß vor



Aichach schon jemals irgendwer war, obwohl es einer der Knäste mit den miesesten Bedingungen ist.

Und dann sind wir eben losgefahren mit ung. 15 Leuten um den gefangenen Frauen und besonders auch Claudia (Wannersdörfer) und Brigitte (Mohnhaupt), die beide in Totalisolation sitzen, nen lauten und bunten Sylvesterbesuch abzustatten.

Der Empfang war schon umwerfend: höllisches Metallgeklapper durch Geschirr, das die Frauen immer wieder rhytmisch gegen die Gitter gehauen haben und dazu immer wieder Sprechchöre von drinnen. Es war blöd, aber von draußen konnte man es nicht verstehen, was da gerufen wurde. Es sind dann erstmal an der Mauer entlang alle nach hinten gezogen und dann schossen Raketen über die Mauer, wurden kunterbunte Kreisel hochgeworfen, Böller gezündet und Richtung Knast geschmissen, und Wunderkerzen machten unzählige kleine Sterne. Der Krach und die Farbenpracht wurde zwischendrin immer wieder unterbrochen um Parolen zu brüllen und wir haben dann gerufen: Drinnen und Draußen eine Bewegung, Einheit im Kampf und Zusammenlegung - Kraft und Power durch die Mauer -Kollektivität ist die Kraft die Zusammenlegung schafft - Brigitte - Claudia - und alle anderen.

Aus dem Knast fliegen gleichzeitig Papierfetzen aus den Gittern und brennende Klorollen und sonstiges Zeug lieferte noch angemessene Beleuchtung dazu. Die gerufenen Parolen von den Frauen konnte man aber wieder nicht verstehen. Irgendwann fing dann noch die Wiese durch ne Fackel Feuer und brannte so vor sich hin, wurde ein Tor verdächtig schwarz ... und Drinnen und Draußen ein erbarmungsloser Krawall zu Sylvester und das Neue Jahr fing für alle gut an.

Nachdem wir ung. ne halbe Stunde ungestört da stehen konnten, sind wir dann zurück und der Abzug wurde genauso heftig begleitet wie der Empfang zuvor unüberhörbar war. Und an ner anderen Stelle, von wo aus man besser zu sehen aber schlechter zu hören war als wir, setzten Verwandte oder/und Freunde/innen der Gefangenen das Feuerwerk fort.

Guatemala

Vor kurzem war der Jahrestag, an dem der Christdemokrat Vincero Cerezo die Präsidentschaft Guatemalas übernahm. Dies wurde kürzlich durch die internationale Presse als Ende der blutigsten Diktatur Lateinamerikas und als Beginn des Demokratisierungsprozesses in Guatemala dargestellt. Dazu hatten Reagan und Gefolgschaft eine "Untersuchung" in Auftrag gegeben: Sie beschönigt einen "rohen" Wahlprozeß, der nicht einmal die minimalsten demokratischen Regeln einhielt und den Beginn einer starken Repressionswelle aufdeckte und die gesamte Opposition verbannte. Genau diese Medien haben entschieden zu einer internationalen Desinformationskampagne über die

Foto: Klaus-Dieter Tangermann

„Juana" und „Pedro" während der Pressekonferenz

Ausschnitte aus der Pressekonferenz

v. 1980

Die Bevölkerungszusammensetzung dürfte in Guatemala ähnlich wie in Bolivien sein. In Bolivien sind mehrere indianische Bewegungen entstanden, die unter anderem die Macht übernehmen und eine autochthone auf ihre Ideologie gegründete Indianerregierung bilden wollen. Habt ihr nie daran gedacht, eure eigene Regierung zu bilden? Ihr seid ja die Mehrheit der Bevölkerung.

Auf diese Vorstellung trifft man auch hier innerhalb der Bewegung. Aber angesichts der gegenwärtigen harten Repression gegen das gesamte Volk scheint es uns nicht gerechtfertigt, diese Forderung zu erheben. Zur Zeit ist die vorherrschende Auffassung, einen Staat des gesamten Volkes zu schaffen, der nicht nur die Indianer umfaßt.

Welche Auswirkungen hat der hohe Anteil der Indianer auf die Truppe? Du sprachst von 98%.

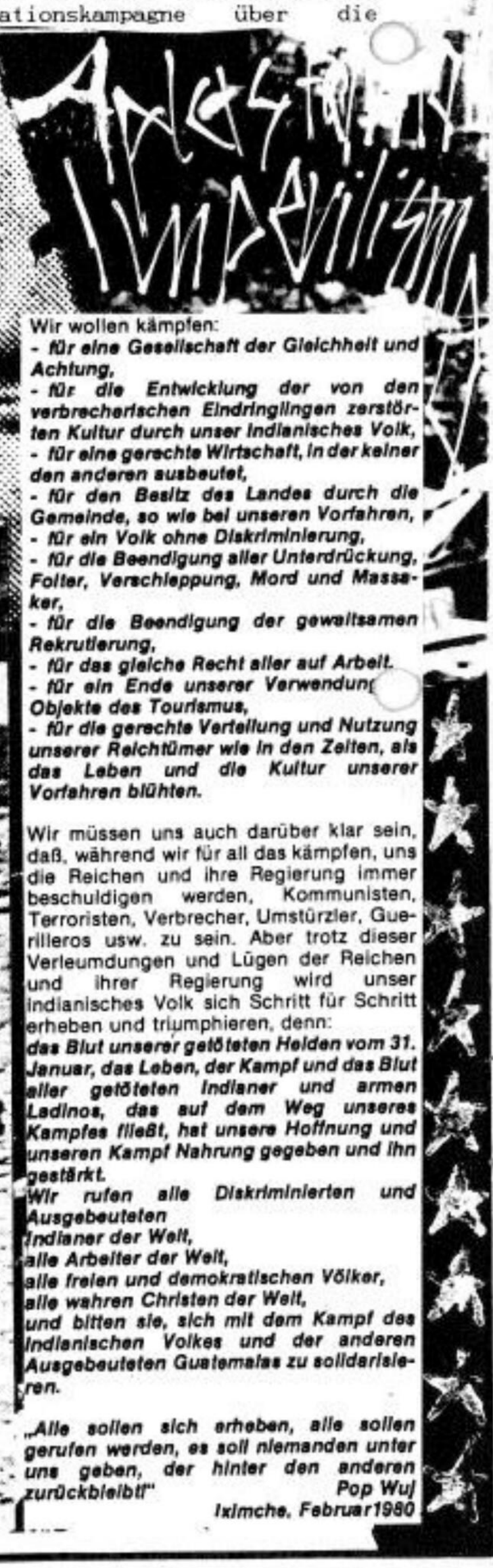
Die Soldaten werden zwangsweise eingezogen; sie gehen nicht freiwillig zum Militär. Manchmal geschieht es, daß kleine Gruppen von Soldaten mit ihrer gesamten Ausrüstung verschwinden und in ihre Dörfer zurückkehren.

Das Heer betreibt eine mentale Entfremdung. Anfangs betrug der Militärdienst ein Jahr. Als sie aber sahen, daß das nicht ausreichte, verlängerten sie ihn auf zwei Jahre. Inzwischen sind es 36 Monate. Den Vorwand hierfür liefert die Alphabetisierung. Drei Jahre zum Alphabetisieren in spanisch, um ihre Lebensweise zu ändern. Es geschieht oft, daß sie nicht in ihre bäuerlichen Gegenden zurückkehren, sondern zu fliegenden Händlern in den Städten werden. Das ist Teil der Entfremdung durch das Heer.

Warum wird es demnächst ein neues Programm der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR) geben? Wer die Erklärung von Iximché (siehe Seite 110) mit der bisherigen Plattform der FDCR vergleicht, wird den Unterschied stark ethnisch orientierter zu traditionell linken Positionen feststellen. Gibt es inzwischen eine größere Annäherung beider Positionen, und erhalten die Indianer ein stärkeres Gewicht in der Front? Gibt es noch indianische Organisationen außerhalb der Front? Wenn Du bitte die neue Qualität des Programms erklären würdest.

Es stimmt, daß einige indianische Gruppen, die sich auch am Kampf beteiligen, noch außerhalb stehen. Das heißt aber nicht, daß wir ihre Forderungen nicht in Erwägung gezogen hätten. Das haben wir in der CUC auch getan. Was die Unterschiede vom alten zum neuen Programm anbetrifft, so kann ich dazu nicht viel sagen, da die noch nicht beendeten Verhandlungen gefährdet werden könnten.

Der Name ist veraltet. Es geht nicht mehr um den Kampf gegen die Repression, sondern um den Sturz des Regimes Lucas. Zum anderen geht es um die Errichtung einer revolutionären demokratischen Reund um ein Programm, das die verschiedenen vertretenen Bereiche ausdrückt. Teilnehmen kann jeder, der seine Hände nicht durch Unterdrückung beschmiert hat. Die Front ist also viel weiter geworden.



Wir wollen kämpfen:

- für eine Gesellschaft der Gleichheit und Achtung,

- für die Entwicklung der von den verbrecherischen Eindringlingen zerstörten Kultur durch unser indianisches Volk,

- für eine gerechte Wirtschaft, in der keiner den anderen ausbeutet,

- für den Besitz des Landes durch die Gemeinde, so wie bei unseren Vorfahren,

- für ein Volk ohne Diskriminierung,

- für die Beendigung aller Unterdrückung, Folter, Verschleppung, Mord und Massaker,

- für die Beendigung der gewaltsamen Rekrutierung,

- für das gleiche Recht aller auf Arbeit.

- für ein Ende unserer Verwendung(Objekte des Tourismus,

- für die gerechte Verteilung und Nutzung unserer Reichtümer wie in den Zeiten, als das Leben und die Kultur unserer Vorfahren blühten.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß, während wir für all das kämpfen, uns die Reichen und ihre Regierung immer beschuldigen werden, Kommunisten, Terroristen, Verbrecher, Umstürzler, Guerilleros usw. zu sein. Aber trotz dieser Verleumdungen und Lügen der Reichen und ihrer Regierung wird unser indianisches Volk sich Schritt für Schritt erheben und triumphieren, denn:

das Blut unserer getöteten Helden vom 31. Januar, das Leben, der Kampf und das Blut aller getöteten Indianer und armen Ladinos, das auf dem Weg unseres Kampfes fließt, hat unsere Hoffnung und unseren Kampf Nahrung gegeben und ihn gestärkt.

Wir rufen alle Diskriminierten und Ausgebeuteten
Indianer der Welt,
alle Arbeiter der Welt,
alle freien und demokratischen Völker,
alle wahren Christen der Welt,
und bitten sie, sich mit dem Kampf des indianischen Volkes und der anderen Ausgebeuteten Guatemalas zu solidarisieren.

„Alle sollen sich erheben, alle sollen gerufen werden, es soll niemanden unter uns geben, der hinter den anderen zurückbleibt"

Pop Wuj
Iximche, Februar 1980

Guatemala

- Eine Militärdiktatur in Zivilkleidern

wirkliche Situation, unter der das guamaltekische Volk zu leiden hat, beigetragen.

Internationale Unterstützung

Durch das pseudodemokratische Manöver kann das gutemaltekische Militär auf tatkräftige internationale Unterstützung bauen: Auf die schon angesprochen Hilfe durch die nordamerikanischen Imperialisten -Schirmherren dieses Projekts- , ebenso wie auf die Unterstützung der internationalen Christdemokraten und der sozialistischen Internationale. Letztere haben anschaulich gezeigt, daß auch der spanische Staat beim offiziellen Besuch Cerezos in Madrid Ende letzten Jahres die guatem. Militärs von sozialistischen Funktionären mit aufwendiger Hilfe bedacht wurden. Bei seiner europäischen Rundreise hatte Cerezo das Ziel, das gutem. Regime als die "demokratische" Regierung darzustellen. Die verschärfte Wirtschaftskrise, in die die Militärregierung das Land manövriert hat, soll möglichst von den Unterstützerstaten aufgefangen werden.

Der Counterinsurgency-Plan kommt voran

Im Jahr der "zivilen Präsidentschaft" haben sich die Morde und Entführungen an wichtigen Mitgliedern der Organisation der Volksbewegungen fortgesetzt; ebenso hat sich die Terrorisierung und Kontrolle der Landbevölkerung ausgeweitet. Die Menschenrechtsorganisation GAM demonstriert wöchentlich für die Aufklärung, der bei Militäraktionen und bei Aktionen der Nationalen Polizei (policia nacional) verschwundenen und ermordeten Menschen. Das betrifft monatlich etwa 150 Menschen, die nach staatlichen Terroraktionen meistens mit Folterspuren am Körper tot oder gar nicht aufgefunden werden (Monitor 10.3.87). Der Plan der Aufstandsbekämpfung wurde seit den Wahlen nur formell geändert. Die Militärs betreiben ihn seit den 80ern bzw. existieren die Anzeichen für die Ausführung des Plans seit den 60ern. Damals wurden die ersten Antiterrormaßnahmen eingesetzt, um die soziale Unterstützung der Guerillabewegungen (Guerillaheer der Armen = EGP) zu zerschlagen.

Die Anwendung dieses Planes wurde durch die Ideologie der verbrannten Erde eröffnet, so wie sie später in Vietnam angewendet wurde. D.h. der gesamte Landbau wurde Opfer des Feuers. Brunnen wurden vergiftet und die Menschen zwangsevakuiert. Jede dieser Aktionen wurde der Guerilla zur Last gelegt. Vereinfacht durch die Einschüchterung der Bauern gelang es den vom CIA geleiteten Militärs ganze Landstriche zu entvölkern, in die sich die Guerilla zurückziehen konnte. So wurde ihr die soziale Basis entzogen.Die vertriebenen Bauern wurden zu 1000den in sogenannte "Wehrdörfer gesperrt,regelrecht interniert.Diese eingezäunten und stark bewachten Bereiche nannten die Militärs "Entwicklungszonen".Sie zerstörten damit auch die ursprüngliche Lebenskultur der dort lebenden Menschen.Gleichzeitig leiteten sie internationale Hilfsgüter in diese Zonen um.So konnten dort die Menschen wenigstens ihr Existenzminimum sichern.-auf Kosten ihrer Freiheit.In diesen Dörfern wird ausschließlich zum ***Agrarexport*** produziert! Dies ist also das Hauptinteresse der Militärs,die nur daran interessiert sind Devisen zu kassieren.Folglich besitzt die Bevölkerung dieser Wehrdörfer nichts um sich selbst zu organisieren,geschweige denn sich eine Existenz zu sichern oder selbstständig zu handeln. Der Kreis der Aufstandsbekämpfung schließt sich mit der "zwischenbetrieblichen Koordination" (coordinadores interinstitucionales), deren Ziel es ist die ländlichen Gemeinschaften zu beaufsichtigen.Die militärische Disziplin und die sogenannten "Selbstverteidigungspatrouillen" kontrollieren jede Handlung in diesen Dörfern.Sie bilden gleichzeitig die unterste Kontrollmöglichkeit der Militärs (man/frau erinnere sich nur an das Blockwartsystem des 3.Reiches).

Die Zivilkleidung der Militärdiktatur

Der Christdemokrat Vinicio Cerezo Arevalo hat bestätigt, was die guatemaltekische Militäroligarchie und die Imperialisten von ihm erwarten :ER ist Vorzeigeobjekt der Militärs(s.a.Duarte in El Salvador).Wie könnte es auch anders in einem Land sein,in dem die Militärs seit 30 Jahren das Machtmonopol innehalten .Die wichtigste Strukturänderung lag in der Übernahme der totalen Kontrolle der Wirtschaft .Die Kerngruppe der Offiziere und Generäle hat sich festgesetzt,zu Großgrundbesitzern und in Dirigenten der nationalen Wirtschaft quer durch alle unterschiedliche Einrichtungen und staatlichen Betrieben gewandelt.

Das Öffnungsmanöver hat auch die Schaffung des"Zentralamerikanischen Rates" (CONDECA:Consejo de Defensa Centroamericano"), eine Allianz der Streitkräfte von El Salvador,Honduras und Guatemalas möglich gemacht.Die Führung in diesem Rat fällt auf Guatemala zurück .Sie stellt in diesem Zusammenhang eine ernste Bedrohung der nicaraguanischen Revolution dar. Die Initiative Cerezos erfüllt denselben Zweck .Sie soll dem "Zentralamerikanischen Parlament" den Boden entziehen und als Scheinalternative zur Gruppe der CONTADORA-Staaten arbeiten.Dadurch erhoffen sich die Militärs Lateinamerikas eine Isolierung der Sandinistischen Regierung.

Die Volksbewegung wächst

Aber in den letzten 12 Monaten hat sich die Volksbewegung ebenfalls weiterentwickelt.Die Mobilisierung der verschiedenen sozialen Bereiche, die für Lohnerhöhung , Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Landreform und demokratische und gewerkschaftliche Freiheiten kämpfen, hat sich verstärkt. Sie fordern auch die Bestrafung der Militärs, die schuld an den Massakern sind (Das Heer hat sich kurz vor der Machtübernahme der "zivilen" Regierung selbst amnestiert).

Gleichzeitig haben sich die Aktivitäten der Guerillaorganisationen (URNG: Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca - EPG) verstärkt. Sie sind aus der defensiven Position der letzten Monate zu einer wirklichen Offensive gekommen.

Bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei...

Mitte März besuchte Richard von Weizsäcker , Bundespräsident der BRD, neben Argentinien, Bolivien auch Guatemala um sich die "Demokratisierung" in Lateinamerika reinzuziehen. Im Zuge der Kreditvergaben hat der Entwicklungsminister Jürgen Warnke 55 Mercedesstreifenwagen, 5 Polizeibusse und 25 Motorräder als Teil der Entwicklungshilfe an die paramilitärische Nationale Polizei Guatemalas feierlich übergeben. Jürgen Warnke hat dafür nur die verlogene Begründung gegeben: "In Guatemala hat sich ein Demokratisierungsprozeß gezeigt...das sagt auch die US-amerikanische Menschenrechtskonferenz und die UNO...". Also sei es auch notwendig in diesem Land eine leistungsfähige Polizei aufzubauen, die der kriminellen Gewalt ein Ende macht.Daher wird in den nächsten Monaten eine 10köpfige Truppe guatemaltekischer Polizeichefs in Bayern ausgebildet (Einer der Offiziere war an dem Massaker in El Quiche beteiligt).

Aus Monitor vom 10.3.87

Die Solidarität ankurbeln!

Die Solidarität ist im letzten Jahr durch die sogenannte demokratische Öffnung der Militärs ebenso wie durch die verfälschende Berichterstattung der internationalen Presse geschwächt worden. Die verschiedenen Solidaritätskomitees stellen, ebenso wie für die sandinistische Revolution oder andere, einen sehr wichtigen Beitrag dar, um gegen die Desinformationskampagne, anfangs beschrieben, bestehen zu können. Das Volk Guatemalas bekämpft den Imperialismus in einer der schwierigsten Regionen auf diesem Planeten. Ihr kampf verdient braucht unsere Solidarität!

(Dieser Artikel wurde größtenteils aus "La Puca i el General, Jan. - Feb.", Spanien übernommen)

Infostelle:
5600 Wuppertal 1
Friedrichstr. 10

STIHL

SYRIEN

Ich möchte euch heute ein bißchen berichten über unsere Situation in Syrien.

Die Situation hier hat sich in den letzten Jahren in jeder Hinsicht verschärft, besonders die ökonomische Situation ist sehr schwierig. Der Kurs der syrischen Lira verfällt von Tag zu Tag. Vor einem Jahr kostete die DM noch 3 Lira, heute 15 und morgen vielleicht schon 20 Lira. Dementsprechend sind auch die Preise ungeheuer gestiegen. Preise für Grundnahrungsmittel wie Zucker, Mehl usw. um mindestens 200-300%, ausländische Industrieprodukte um vieles mehr. Die Löhne sind natürlich überhaupt nicht oder nur minimal angehoben worden, so daß sich die ökonomische Situation - besonders derer, die nichts besitzen, sehr verschlechtert hat. Der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt ca. 1000-1500 Lira (70-100 DM), einer Arbeiterin 700-1000 Lira (50-70 DM), eines Kindes zwischen 500 und 700 Lira (30-50 DM). Diese schwierige ökonomische Situation ist Ergebnis einer gezielten Politik der reaktionären arabischen Staaten an der Spitze Saudi-Arabien, unterstützt von den imperialistischen Staaten. Sie hoffen hauptsächlich mit Hilfe von Währungsmanipulationen das syrische Regime in die Knie und zu politischen Zugeständnissen zwingen zu können.

Syrien ist der einzige Staat in diesem Raum, der sich den imperialistischen Plänen für die Lösung der Libanon- und Palästina-Frage in den Weg stellt und somit ein Dorn im Auge aller derer, die diese Pläne durchsetzen wollen. Syrien ist den ökonomischen Angriffen stark ausgeliefert, weil es nicht über die Potenzen verfügt, die es ihm erlauben würden, die Wirtschaft nach außen abzuschotten.

Zwar hat die Regierung versucht, den Warenschmuggel einzudämmen, ganz unterbinden kann sie ihn aber nicht, weil das zur absoluten Versorgungskrise führen würde. Ohne auf Schmuggelwaren zurückzugreifen, kann man hier kaum existieren. Von Kleidung über Käse, Butter, Seifenpulver, Zigaretten bis zu Videoanlagen wird alles aus Libanon, der Türkei und Jordanien schwarz über die Grenze gebracht.

Deswegen können die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung des Schmuggels gar nicht die erwünschten Ergebnisse haben, sondern im Gegenteil, sie verschlimmern die Situation, weil sie das Schmuggelgeschäft in den Händen einiger weniger konzentrieren und die Preise für die Schmuggelwaren in die Höhe treiben.

Ein Paket Ariel kostet mittlerweile ca. 250.- Lira, das ist ein Wochenlohn. Der größte Schaden entsteht der syrischen Wirtschaft allerdings durch den Devisenschmuggel, der kaum zu unterbinden ist, solange er für den Schmuggler ein gutes Geschäft ist, und dafür sorgt Saudi-Arabien. Die syrische Regierung hat versucht, darauf zu reagieren, indem sie selbst ins Geschäft eingestiegen und nun ausländische Währungen selber zum Preis, der dem Schwarzmarkt angeglichen ist, handelt. Aber die Maßnahme verschlimmert langfristig nur die Situation. Und die Krise wird sich sicherlich in den nächsten Monaten noch verschärfen, auch wenn eine kurzfristige Erholung des Kurses der Lira erreicht wird.

Wie diese Krise bewußt politisch genutzt wird, wird deutlich an der Tatsache, daß Saudi-Arabien, Hauptdrahtzieher ökonomischer Verschwörung auch wieder auftritt als Drahtzieher von Hilfsprogrammen mit politischen Hintergedanken. So hat Saudi-Arabien vorgeschlagen, Syrien solle die Ölpipelines vom Irak zum Mittelmeer wieder öffnen unter erheblicher Erhöhung der Benutzungsgebühr. Diese Finanzspritze wäre natürlich Syrien hochwillkommen, sie würde aber politisch eine Stärkung der arabischen Reaktion bedeuten, weil es den Irak im Krieg gegen Iran entlasten würde, Irak verfügt ja bekanntlich nur über einen umkämpften Hafen am Golf.

So ist das syrische Regime in einer Zwickmühle: dem ökonomischen Druck nachgeben will und kann es nicht, andererseits wird die Verschärfung der ökonomischen Situation zwangsläufig zu innenpolitischen Schwierigkeiten führen. Die öffentliche Stimmung gegen das Regime verstärkt sich. Hier im Lager erzählt man sich eine Legende: Eine Frau habe an einer öffentlichen Lebensmittelverteilungsstelle mehrere Stunden lang in der Hitze angestanden, um ein paar Tomaten zu ergattern. Als die Frau endlich an der Reihe war, merkte sie, daß die Tomaten minderer Qualität waren, aber was sollte sie machen, sie kaufte 2 Kilo. Als sie sich mit ihren Tomaten wieder durch die wartende Menschenmenge gedrängt hatte, hatte sie nur noch Tomatensaft in ihrer Tüte. Sie schmiß die Tomaten auf die Erde, zertrat sie mit den Füßen und rief "es lebe Hafez Al-Assad". Sie soll angeblich von der Polizei abgeführt und kahlgeschoren wieder nach Hause entlassen worden sein.

Es ist nicht auszumachen, ob diese Geschichte wahr, halbwahr oder ganz erfunden ist, aber sie entspricht dem, was die Menschen denken und fühlen. Die Preise steigen und die Waren sind nicht in genügender Menge auf dem Markt. Die Menschen geben dem Regime die Schuld ohne zu sehen, daß das, was nach Al-Assad kommt nur noch schlimmer sein kann.

Es gibt Kräfte, die eifrig daran arbeiten, die innenpolitische Krise auszunutzen und zu verstärken. Vor einigen Monaten wurde ein Ring von Moslembrüdern aufgedeckt, ihm umfangreiches Waffenlager beschlagnahmt und mehrere Personen verhaftet. Sie hatten im Mai und Juni eine Reihe von Sprengstoffanschlägen ausgeführt, bei denen mehrere 100 Menschen starben. Nach faschistischem Muster deponierten sie den Sprengstoff in überfüllten Bussen, die naturgemäß hauptsächlich vom ärmsten Teil der Bevölkerung benutzt werden. Diese Terrorwelle hat soviel Angst und Schrecken verbreitet, daß viele Menschen aus Angst vor Anschlägen das Haus nicht mehr verlassen haben. Nachdem die Täter verhaftet worden waren, haben die Ermittlungen ergeben, daß die Aktionen vom Irak aus gesteuert waren. Ebenso wurden Verbindungen zu faschistischen kreisen in der Türkei vermutet. Mit den Verhaftungen und der Einnahme des Waffenlagers gab es keine weiteren Anschläge. Aber die Moslembrüder existieren natürlich weiterhin. Ihre Verbindungen gehen über Irak nach Saudi-Arabien.

Auch die syrische Bourgeoisie mischt natürlich eifrig mit gegen das Regime. Einer ihrer Vertreter drückte es so aus "es ist ein Kampf auf Biegen und Brechen". Die Bourgeoisie will gemäß ihre Klasseninteressen durchsetzen, daß das Regime die Beziehungen zur Sowjetunion abbricht und den Markt für ausländisches Kapital und Waren öffnet. Für sie ist das die einzige Möglichkeit zur Lösung der Krise, die Lösung, die ihnen die Möglichkeit gibt, sich als Klasse zu entfalten.

Jetzt stehen viele Fabriken still, weil Rohstoffe aus dem Ausland zu teuer geworden sind, oder einheimische Rohstoffe nicht dem Binnenmarkt zur Verfügung stehen, weil sie ausgeführt werden müssen, um die nötigsten Devisen ins Land zu holen. Ein Beispiel ist eine völlig neue Fabrik, die erst vor kurzem eröffnet wurde, und in der in Lizenz der Firma Canada Dry Cola, Brause usw. hergestellt wurde. Die Fabrik mußte vor ca. 1 Monat dicht machen, weil es keinen Zucker gibt. Die staatliche Streichholzfabrik mußte geschlossen werden, so daß jetzt Streichhölzer schon zu einem teuren Luxus geworden sind. Auf dem Markt sind nur die aus Libanon geschmuggelten. Hier in der Nähe von Yarmouk hat eine Farbmittelfabrik die Produktion eingestellt. Das sind nur einige Beispiele, es gibt sicher eine ganze Reihe weiterer Fälle. Viele Kapitalisten versuchen darum, ihr Kapital ins Ausland zu bringen. Vor ca. 1/2 Jahr wurde einer der syrischen Großkapitalisten am Flughafen verhaftet, als er sich mit Hab und Gut ins Ausland absetzen wollte. Der feine Herr Kouboutli ist der Saubermann Syriens. Einer der

größten Hersteller von Seifenartikeln. Das Regime wollte an ihm offensichtlich ein Exempel statuieren, um einen weiteren Kapitalabfluß zu verhindern.

Aber letztendlich wird das Regime sich im besten Fall nur zwischen die Stühle setzen, denn zu Maßnahmen, die die Krise wirklich im positiven Sinne überwinden könnten, wie Enteignung, Verbreiterung des staatlichen Sektors, gerechte Lebensmittelverteilung, wird das Regime sich nicht entschließen können und dazu sind die linken Kräfte im Lande zu schwach. So bleibt nur abzuwarten, wie lange sich Imperialisten und Reaktion auf den Wirtschaftskrieg beschränken. In Vorbereitung haben sie sicherlich auch weitergehende Maßnahmen wie Putsch oder Krieg.

Ihr habt sicherlich die ganzen Diskussionen innerhalb der NATO im Zuge der Lybien-Aggression verfolgt.

Hier wurden diese Probleme heiß diskutiert als Provokation unserer Existenz. Unter den Genossen wurden ganze Hammel verwettet um die Frage, ob es noch in diesem Jahr oder erst später Krieg geben wird. Besonders im Mai schien die Situation akut brenzlig. Die Nato hatte gerade Libyen, Syrien und Iran - als Staaten die angeblich den Terrorismus unterstützen - für vogelfrei erklärt. In Israel rührten sich daraufhin die Scharfmacher mit markigen, großkotzigen Drohungen, man werde sich dies und jenes nicht gefallen lassen usw. Die sowjetischen Aktivitäten im Nah-Ost-Raum nahmen deutlich zu. Der sowjetische Botschafter im Libanon, ein intimer Kenner der Nahost-Szene wurde dringend nach Moskau abberufen. Staatliche syrische Stellen schickten eilige Briefe an alle Institutionen wie Krankenhäuser, Hotels usw., ihre Lebensmittellager aufzufüllen, so daß sie den Bedarf für mindestens 3 Monate decken und die Leute hier munkelten "es ist wie 1973" (vor dem Oktoberkrieg).

Wer Geld hatte, versuchte ein wenig zu hamstern, aber die Märkte waren wie leergefegt. Die Genossen diskutierten untereinander: was machen wir, wenn; auf den Konferenzen der Frauenorganisation, die zu dieser Zeit überall im Lager abgehalten wurden, verlangten die Mitglieder, Kurse für Zivilschutz durchzuführen. Damals schien eigentlich die Frage mehr zu sein, wann der Krieg kommt, nicht ob er kommt. Erst im Juli kristallisierte sich deutlicher heraus, daß die vereinigte Reaktion zunächst einmal auf Wirtschaftskrieg setzt. Und sicherlich sind auch in dieser Hinsicht noch nicht alle Karten ausgereizt.

Die Leute fürchten jetzt den Winter. Wenn die Versorgung so bleibt wie jetzt - und alles deutet darauf hin, daß sie sich eher verschlechtert - wird im Winter sicher mancher wirklich hungern müssen. Zucker, Linsen, Weizenschrot, Reis, Mehl, Brot, Eier, Milch - alles das sind Mangelwaren, z.T. überhaupt nicht erhältlich, z.T. nur noch durch Beziehungen und zu völlig überhöhten Preisen. Jetzt ist hier die Zeit, wo die Haushalte die Wintervorräte einkaufen, aber viele Leute haben einfach kein Geld um vorzusorgen, oder die nötigen Lebensmittel sind nicht verfügbar. Und das in einem Land, in dem auch zu "normalen Zeiten" Hunger herrscht, zwar selten der nackte Hunger nach einem Stückchen Brot, aber weit verbreitet in breiten Schichten der Bevölkerung Mangelerscheinungen wie Eiweißmangel, Vitaminmangel usw. und damit verbundene erhöhte Anfälligkeiten für Krankheiten aller Art.

Das Regime führt z.Z. mit Hilfe der UNO eine große Impfkampagne gegen die 6 gefährlichen Seuchen durch. Im östlichen Teil Syriens, der an den Irak und die Türkei grenzt, ein Kurdengebiet, sollen gefährliche Seuchen, die man für ausgestorben hielt, wieder aufgetreten sein. Man weiß nichts genaues, aber unter der Hand verbreitet sich Angst. Aus eigenen Beobachtungen und gestützt auf Aussagen von Ärzten kann ich sagen, daß Typhus häufiger auftritt und auch Malta-Fieber, das in dieser Gegend stark zurückgegangen war, in diesem Sommer sehr viel aufgetreten ist.

Die schlechte ökonomische Situation beeinflußt natürlich die Stimmung der Massen. Und hier in Syrien gibt es keine linke (syrische) Kraft, die in der Lage wäre, das aufzufangen und positiv zu wenden. Die KP ist seit Jahren gespalten. Der offizielle Flügel unterstützt das Regime und ist politisch nicht in der Lage, eine selbständige Klassenpolitik zu entwickeln. Der linke, abgespaltene Flügel, der sich KP (Basis) nennt, ist zu schwach, um das Regime herauszufordern und arbeitet unter schwierigen Bedingungen, weil das Regime keine demokratische Diskussion duldet. Diese Situation bekommen auch die palästinensischen Organisationen zu spüren. Die palästinensischen linken Zeitungen sind teilweise oder ganz verboten. Die Al-Hadaf z.B. darf in Syrien nur zensiert verkauft werden, d.h. es fehlen jeweils ein paar Seiten. Außerdem darf sie nur über öffentliche Verteilorganisationen, die Kioske usw. geliefert, vertrieben werden. Jede Veranstaltung, die wir machen, bedarf einer Genehmigung und größere Veranstaltungen mit über 1000 Teilnehmern werden in der Regel verboten. Vor unseren Lager haben jetzt staatliche Spitzel ihr Lager aufgeschlagen.

Es ist eine groteske Situation. In gewisser Weise sitzen wir hier wie die Maus vor der Schlange. Im Augenblick ist keine linke syrische Kraft in Sicht, die einen fortschrittlichen Weg aus der Krise durchsetzen könnte, die Palästinenser sind nur eine kleine Minderheit im Land (weniger

MIT RUND 60 PANZERN *des sowjetischen Typs* T 55 *haben 7000 syrische Soldaten in Westbeirut Stel* *lung bezogen. Sie sollen den Kämpfen zwischen den pro-syrischen Milizen ein Ende berei*[illegible] *, die in der vergangenen Woche 300 Tote und 1300 Verletzte forderten.* oto: AF

als 1 Million). So bleibt nur die Frage, wie lange das kleinbürgerliche Regime, das ohne die Unterstützung der Sowjetunion schon lange weggefegt wäre, dem ökonomischen, politischen und militärischen Druck standhält. Und diese Frage ist nicht nur aus einer Analyse der inneren Gegebenheiten heraus zu beantworten, sondern stark verknüpft mit der Entwicklung der internationalen Situation. Wie weit sind die Amerikaner entschlossen, die Provokation gegen die Sowjetunion zu treiben? Ist Israel in der Lage, einen Krieg gegen Syrien zu führen? Welche Belastungen kann die NATO aushalten, ohne Schaden zu nehmen? Der Testfall Libyen ist ja für die Amerikaner positiv verlaufen, wird sie das zu weiteren Abenteuern ermutigen? Der Nahe Osten ist für sie sicher strategisches Gebiet und es geht für sie weniger um Frieden in dieser Region als vielmehr darum, ihn fest in den Griff zu nehmen, als Basis für ihre aggressive Politik gegen die Sowjetunion. Das weiß aber auch die Sowjetunion und darum ist sie hier in Syrien mit ihren neuesten Waffen vertreten, die sonst nicht außerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten eingesetzt werden und ebenso mit einer großen Zahl von Militärberatern.

Ein Krieg mit Syrien könnte so leicht zu einem Krieg zwischen den Großmächten führen.

Vielleicht aber reicht schon der ökonomische Druck aus, das kleinbürgerliche Regime in die Knie zu zwingen.

Parallelen zu Ägypten bieten sich an. Da ist ja bekanntlich die Entwicklung vom patriotisch-kleinbürgerlich Nasser-Regime zur Lakaienregierung Sadats und Mubaraks zunächst über eine ökonomische Umstrukturierung, der Lösung der ökonomischen Krise im kapitalistischen Sinne, und dann erst eine politische Kehrtwendung verlaufen. Nur ist die Situation in Syrien sicherlich komplizierter, denn - es geht nicht um Syrien allein. Es geht im wesentlichen auch um Libanon. Und hier sind die linken Kräfte immer noch so

stark, daß bis jetzt keine Kraft, weder Katereb noch Marines noch Israel und auch nicht Syrien die Situation in den Griff bekommen haben. Wer zum Schlag gegen Syrien ausholt, muß also einerseits bereit sein zur Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und andererseits sollte er sicher sein, gleichzeitig mit dem Libanon fertig zu werden.

Für uns bleibt nur zu hoffen, daß sich der Status quo so lange wie möglich hält, damit palästinensische Revolution und patriotische libanesische Bewegung Spielraum erhalten und einen Weg aus ihrer Krise finden können. Besonders die palästinensische Linke, die sich nur langsam aus der Betäubung von 1982 erholt, braucht diese Atempause.

Liebe Freund, ich hoffe, daß ihr was mit meinem Brief anfangen könnt, der sicher nur einen ganz kleinen Komplex unserer Probleme behandelt. Was euch angeht, denke ich, daß das Wichtigste, was ihr für uns tun könnt, neben der propagandistischen Arbeit der Kampf gegen die NATO-Bedrohung und damit gegen die NATO schlechthin ist.

Nieder mit der NATO!

Für weitere Informationen stehen zur Verfügung:
Bücherladen Trampelpfad, Tel. 48 96 09
Adalbert 14 Buchhandlung, Tel. 34 23 13
Basis Buchhandlung, Tel. 282 38 28

PRESSEMITTEILUNG

Gegen mehrere Münchner Buchhandlungen wird zur Zeit wegen "fahrlässiger Veröffentlichung" (Bay. Pressegesetz, §11, Abs. 3) vorgegangen; was heißt: wegen Verkauf von politischen Zeitschriften, deren Inhalt nach Meinung der Staatsanwaltschaft teilweise gegen Paragraphen des Stgb verstößt:

Verkauf vor der diesbezüglichen Entscheidung der Behörden, wohlgemerkt.

Der erste Prozeß fand am 27. Januar 1987 statt. Angeklagt war die Inhaberin des Bücherladen Trampelpfad.

Bedenklich an der Vorgehensweise der Justiz sind vor allem 2 Momente:

1. Daß ein strafrechtliches Vergehen vorliegt, wird zum Teil nur noch von der politischen Gesinnung der Herausgeber einer Zeitschrift abgeleitet: bekanntestes Beispiel:

die Veröffentlichung einer Liste von an der WAA beteiligten Firmen, u.a. in den Zeitschriften "Freiraum", "Spion" und "Radiaktiv". Auch wenn eine solche Liste kommentarlos abgedruckt wird, so argumentiert man, müsse dies bei der allgemeinen Anti-WAA Tendenz der Herausgeber als implizite Aufforderung zu Straftaten gegen diese Firmen gewertet werden.

2. Vom Buchhandel wird gefordert, daß wir, bevor noch ein Staatsanwalt über die strafrechtliche Relevanz einer Veröffentlichung entscheidet, selbst eine Vorentscheidung treffen und gegebenenfalls eine Zeitschrift nicht mehr verkaufen - die perfekte Vorzensur. O-Ton Strafbefehl:

"Bei dem allgemein bekannten extremen Charakter der Veröffentlichungen in der seit über 2 Jahren in München erscheinenden Druckschrift "Freiraum" Mußte damit gerechnet werden, daß deren Inhalt gegen das Strafrecht verstößt. Es war Ihnen deshalb zuzumuten, sich vor der Weiterverbreitung selbst zumindest einen graben Überblick über den Inhalt zu verschaffen und nicht die Ausgabe Nr. 12 unbesehen zu verbreiten."

Daß unter dem Vorwand der "Terrorismusbekämpung" verfassungsmäßige Grundrechte mehr und mehr eingeschränkt wurden und werden, ist nichts Neues. Wir fürchten jedoch, daß in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist. Für alle an der Verbreitung von Nachrichten und Meinungen Beteiligten verschärft sich die Situation quasi von Monat zu Monat. Dabei wird zunächst natürlich gegen kleinere Zeitschriften, Verlage und Läden vorgegangen, die sich kostspielige Verfahren durch die Instanzen nicht leisten können.

"Demosanitäter sind eine Art Führungscrew innerhalb der laufenden Aktionen. "Diesen Tenor hatte ein Beitrag im Rahmen eines WAA-Filmes im Bayerischen Fernsehen. Bevor sich noch mehr unqualifizierte Kommentare bzw. Gerüchte über die Arbeit von Demosanis mehren, stellen wir uns lieber selbst vor, bevor dies wie gesagt andere für uns tun.

Demo-Sani-Gruppen als solche entstanden aus der Notwendigkeit, durch vorwiegend entstandenen Verletzungen, eingesetzte Polizei-"Hilfsmittel" (wie Knüppel und Chemical Mace) bereits an Ort und Stelle, zumindest provisorisch, zu behandeln. Demo-Sanis sind ein Teil der Demonstranten im medizinischen Bereich. "Mit freundlichen Grüßen Ihr BGS (Bundesgrenzschutz)" - dies ist nicht etwa die lobende Anerkennung der Sani-Arbeit, mit diesen Worten "klauten" die Herren in Grün den Sanis auf einer Großdemo in Wackersdorf das Wasser. Daraus läßt sich auf eine prächtige Zusammenarbeit schließen. Es gilt festzustellen, daß in den Augenspülflaschen kein Benzin geschmuggelt wird. Muttern sich nicht für Klammerverbände eignen und eine Verbandsschere nicht ausreicht, einen Zaun anzusägen.

Wenn wir nicht auf Demonstrationen "toben", treffen wir uns einmal wöchentlich mittwochs zwischen 19-21 Uhr im Gesundheitsladen München, Auenstr. 91 (direkt gegenüber dem Polizeirevier).

Neues Konzept für (Ex-) Kohlfurter Infoladen

Der Infoladen arbeitet vorerst hauptsächlich an den Bereichen Antifa, Frauenkampf und Jobber.

Ziel der Infoladenleute ist die Vernetzung der politisch arbeitenden Gruppen des autonomen, antipatriarchalischen und antiimperialistischen Kampfes. Der Laden soll von den verschiedenen Gruppen getragen werden, die Räume stehen auch für Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Berliner sind auf Infos aus der BRD angewiesen, also schickt ihnen Diskussionspapiere, Flugis, Aufrufe usw.

Adresse: Infoladen, Waldemarstr.22, 1000 Berlin 36
Di+Fr 14.00 - 19.00 offen

Kegeln, Flippern, Billiard!

Normal

im
KREITTMAYRHOF
geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr

8000 München 2, Kreittmayrstr 15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

Die

AG Nordeifeler Antimilitaristen

hat, nach 'Natopark Nordeifel' und dem Regierungsbunker im Ahrta' eine

Broschüre zu dem Thema

MILITÄR UND INNERE SICHERHEIT

erstellt. Aus dem Inhalt:

- Verdeckter Kampf
- Psychologische Kriegsführung
- Die innerstaatliche Kriegserklärung
- Wie der Russe die Massen hypnotisiert
- Der Regierungsbunker
- Die Notstandsgesetzgebung

48 Seiten, 40 Bilder s/w,
Preis 4,- DM

Bezug: Rainer Drzymalla
Justinianstr.17
5000 Köln -21

Postgirokonto Köln
3568 17-508

SPION

MÜNCHNER ZEITUNG FÜR ALLE, DIE SICH NICHT ALLES GEFALLEN LASSEN

HERGEHÖRT!

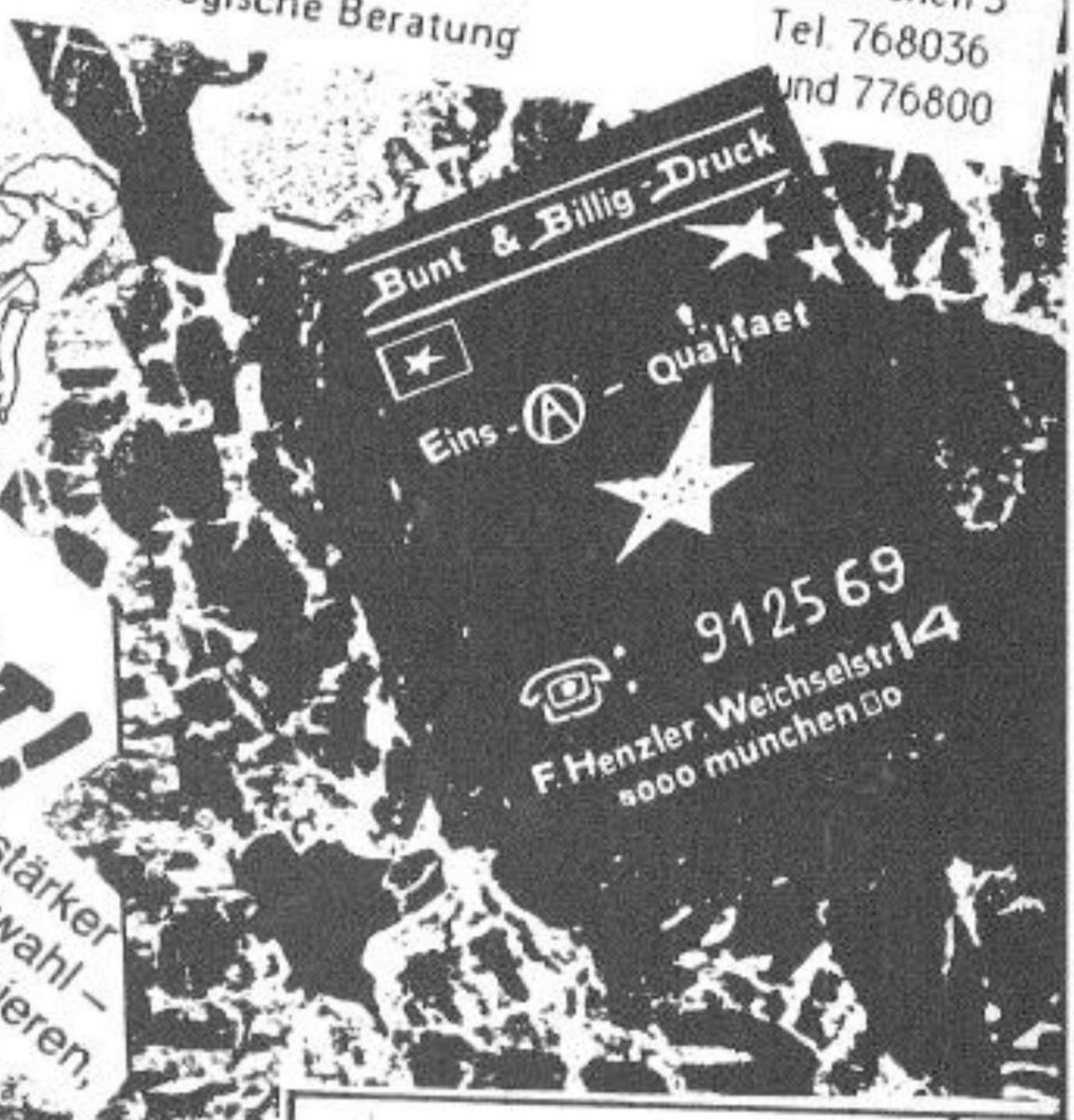
Lautsprecher, Mikrofone, Verstärker von Disco bis Studio. Große Auswahl – kleine Preise. Alles zum Ausprobieren, Mieten und sogar zum Kaufen.

SPONTON
Tontechnik
Neureutherstr. 18
☎ 271 83 72
Mü 40

AIZ BIOBAU GmbH

Renovierungen
Um- und Neubauten
in biologischer Bauweise
Baubiologische Beratung

Reifenstuelstr. 6
8000 München 5
Tel. 768036
und 776800



Anzeige

Die provisorische Plattform der Anarchistischen Arbeiter-Union (AAU) ist jetzt für 1,00 DM in Briefmarken erhältlich.

Bestellungen an folgende Adresse:

Postlagerkarte Nr. 073396 A
8000 München 34

K.O. BACK

ökologisch
kollektiv
vollwert

BÄCKEREI

8 München 40
Gundelindenstr. 1 (Ungererbad)
Tel: 36 55 67
geöffnet: DI-SA 9-13 15-18
MO + DI sunday ZU!

und in der Metzstr. München

graswurzelrevolution

Libertär-sozialistische Zeitung

Sonderheft Widerstand gegen die Wehrpflicht

Die Wehrpflicht ergreift jedes Jahr ca. eine halbe Millionen junger Menschen. Wir sind in der Vorbereitung eines Sonderheftes, das allen Kriegsgegnern Mut und Lust zum Widerstand machen soll.

April 1987, 68 Seiten, Preis 6,- DM

Wer bis zum 15. März mindestens fünf Hefte vorbestellt, bekommt statt der üblichen 30 sogar 40 Prozent Wiederverkaufsrabatt.

- O Warum wir für die Auflösung der Bundeswehr kämpfen
- O Geschichte der Wehrpflicht
- O Erfassungs-, Musterungs-, Totalverweigerung
- O Antimilitaristische Soldatenarbeit
- O Internationale KDV
- O Knast und Solidarität
- O Kontroversen

und vieles mehr.

Bestellungen mit Scheck oder Briefmarken an:
GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Basis
Antiquariat

Gute Bücher zum Basis-Preis

Adalbertstr. 43/Ecke Barer Str.
8 München 40 T. 272 36 28

Seid Feuer + Flamme für unsere gute Sache...